

Landtag des Saarlandes

14. Wahlperiode



Pl. 14/17
19.01.11

17. Sitzung

am 19. Januar 2011, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.03 Uhr
Ende: 12.53 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Ley (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Jochem (FDP)
Erste Schriftführerin Schramm (DIE LINKE)
Zweite Schriftführerin Willger-Lambert
(B90/GRÜNE)
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)

REGIERUNG:

Minister der Finanzen Jacoby (CDU)
Minister für Bundesangelegenheiten und Kultur - Chef
der Staatskanzlei Rauber (CDU)
Minister für Inneres und Europaangelegenheiten
Toscani (CDU)
Minister für Gesundheit und Verbraucherschutz
Weisweiler
Minister für Bildung Kessler
Minister für Wirtschaft und Wissenschaft Dr.
Hartmann (FDP)
Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr Dr. Peter

Es fehlen:

Ministerpräsident und Minister der Justiz Müller (CDU)
Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und
Sport Kramp-Karrenbauer (CDU)
Abg. Eder-Hippler (SPD)
Abg. Maas (SPD)
Abg. Rehlinger (SPD)
Abg. Scharf (CDU)

Abwesenheitsmitteilung	1389	Namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/381, Ablehnung des Antrages	1400
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	1389		
Änderung der Tagesordnung	1389		
1. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Ministergesetzes und beamtenrechtlicher Vorschriften (Drucksache 14/343)	1389	4. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion, der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Großregion muss an Fahrt gewinnen! (Drucksache 14/378 - neu)	1400
Minister Toscani zur Begründung.....	1389	Abg. Roth (SPD) zur Begründung.....	1400
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (ID)	1390	Abg. Kuhn-Theis (CDU).....	1403
2. Zweite Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung bundesrechtlicher Justizgesetze (Drucksache 14/313)	1390	Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE)	1406
(Erste Lesung: 15. Sitz. v. 18. Nov. 2010)		Minister Toscani.....	1407
Abg. Heib (CDU), Berichterstatterin.....	1390	Abstimmung, Annahme des Antrages	1410
Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	1390	5. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Notwendige Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen (Drucksache 14/379)	1410
3. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion, der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Zukunft der Bundeswehr und des Standortes Saarland (Drucksache 14/380 - neu)	1390	9. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Saarländische Verbraucherinnen und Verbraucher vor Lebensmittelskandalen schützen - Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen (Drucksache 14/383)	1410
8. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Zukunft der Bundeswehrstandorte im Saarland (Drucksache 14/381)	1390	Abg. Ries (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/379.....	1410
Begrüßung des Leiters des Kreiswehrersatzamtes im Saarland, Herrn Breit	1391	Abg. Schmitt (FDP) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/383.....	1414
Abg. Heinrich (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/380 - neu..	1391	Abg. Schramm (DIE LINKE).....	1415
Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages 14/381.....	1393	Abg. Hans (CDU).....	1417
Abg. Jost (SPD).....	1395	Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE).....	1421
Minister Toscani.....	1398	Minister Weisweiler.....	1423
Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/380 - neu -, Annahme des Antrages	1400	Abg. Ries (SPD).....	1425
		Abg. Hans (CDU).....	1425
		Abg. Ries (SPD).....	1426
		Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/379, Ablehnung des Antrages	1426

Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/383, Annahme des Antrages 1426

6. Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 5) (Drucksache 14/377) 1426

Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/377, Annahme des Antrages 1426

7. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 14/382) 1426

Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/382, Annahme des Antrages 1426

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 17. Landtagssitzung.

Herr Ministerpräsident Peter Müller und Frau Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sind für die heutige Sitzung entschuldigt. Sie nehmen an Besprechungen im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch teil. Herr Fraktionsvorsitzender Heiko Maas ist wegen eines Auslandsaufenthalts in Afghanistan für die heutige Sitzung entschuldigt. Herr Abgeordneter Hermann-Josef Scharf ist wegen eines Indienaufenthaltes entschuldigt. Wegen Krankheit sind Frau Abgeordnete Anke Rehlinger und Frau Abgeordnete Elke Eder-Hippler entschuldigt. Im Übrigen freue ich mich, dass der Kollege Edmund Kütten wieder an Bord ist.

(Beifall des Hauses.)

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 17. Sitzung für heute, 9.00 Uhr, einberufen und für die Sitzung die uns vorliegende Tagesordnung festgesetzt.

Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben beantragt, die Tagesordnung um den Antrag „Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages“ zu erweitern. Der Antrag liegt uns als Drucksache 14/382 vor. Wer dafür ist, dass dieser Antrag als Punkt 7 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Wer ist

dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann werden wir so verfahren.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung. Dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Zukunft der Bundeswehr und des Standortes Saarland“, Drucksache 14/380, ist die SPD-Landtagsfraktion zwischenzeitlich beigetreten. Der Antrag liegt uns nunmehr als Drucksache 14/380 - neu - vor. Zu dem Thema hat DIE LINKE-Landtagsfraktion mit der Drucksache 14/381 den Antrag „Zukunft der Bundeswehrstandorte im Saarland“ eingebracht. Wer dafür ist, dass dieser Antrag als Punkt 8 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass dieser Antrag Drucksache 14/381 als Punkt 8 in die Tagesordnung aufgenommen ist und gemeinsam mit Punkt 3 der Tagesordnung beraten wird.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung. Dem Antrag der SPD-Landtagsfraktion „Die Großregion muss an Fahrt gewinnen!“, Drucksache 14/378, sind die Koalitionsfraktionen zwischenzeitlich beigetreten. Der Antrag liegt nunmehr als Drucksache 14/378 - neu - vor.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, dem Antrag der SPD-Landtagsfraktion „Notwendige Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen“, Drucksache 14/379, haben die Koalitionsfraktionen mit der Drucksache 14/383 den Antrag „Saarländische Verbraucherinnen und Verbraucher vor Lebensmittelskandalen schützen - Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen“ eingebracht. Wer dafür ist, dass der Antrag als Punkt 9 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann wird so verfahren.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Ministergesetzes und beamtenrechtlicher Vorschriften (Drucksache 14/343)

Zur Begründung erteile ich Herrn Innenminister Stephan Toscani das Wort.

Minister Toscani:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Ministergesetzes und beamtenrechtlicher Vorschriften vor. Dieser Gesetzentwurf zielt darauf ab, künftig eine Doppelalimentation von Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu vermeiden. Es geht um saarländische Europaabgeordnete, denen einerseits eine Abgeordnetenentschädigung als

(Minister Toscani)

Europaabgeordnete zusteht und die auf der anderen Seite gleichzeitig einen Versorgungsanspruch als frühere saarländische Minister oder als frühere saarländische Beamte haben.

Bislang war diese Doppelalimentation ausgeschlossen. Bislang heißt, bis zum Jahr 2009. Das hat sich dann mit dem neuen Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments im Juli 2009 geändert. Jetzt, mit diesem neuen EU-Abgeordnetenstatut, kann es zu einer Doppelalimentation für Europaabgeordnete kommen, und zwar in den Fällen solcher Abgeordneter, die sich optional nicht für die bisherige Rechtslage, sondern für dieses neue EU-Abgeordnetenstatut entschieden haben. Um diese jetzt bestehende Doppelalimentation abzuschaffen, brauchen wir Ruhens- beziehungsweise Kürzungsvorschriften. Genau die führen wir jetzt mit dem neuen Gesetz ein. Dieses Gesetz ändert das Saarländische Ministergesetz, das Beamtenbesoldungsgesetz und das Beamtenversorgungsgesetz.

Konkret bedeutet das, der Europaabgeordnete erhält künftig seine normale Diät aus dem EU-Abgeordnetenstatut. Die parallele Versorgung als ehemaliger Minister oder Ruhestandsbeamter wird gekürzt beziehungsweise zum Ruhen gebracht. Die neuen Regelungen entsprechen im Ergebnis den Vorschriften, die vor dem Inkrafttreten des neuen EU-Abgeordnetenstatuts galten. Dadurch verhindern wir künftig diese Doppelalimentation.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, in Erster Lesung dem Gesetzentwurf zuzustimmen und ihn zur weiteren Beratung an den Innenausschuss zu überweisen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Datenschutz zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 14/343 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Datenschutz ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle dann fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres und Datenschutz überwiesen ist.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

Zweite Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Ge-

setzes zur Ausführung bundesrechtlicher Justizgesetze (Drucksache 14/313)

Zur Berichterstattung erteile ich Frau Abgeordneter Dagmar Heib das Wort.

Abg. Heib (CDU), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der genannte Gesetzentwurf wurde vom Plenum in seiner 15. Sitzung am 18. November 2010 mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen und zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung überwiesen.

Der Gesetzentwurf sieht eine gesetzliche Grundlage vor, um eine Bestellung niedergelassener und sonstiger approbierter Ärzte mit der erforderlichen Sachkunde zu Gerichtsärzten im Sinne von § 87 Abs. 2 Strafprozessordnung zu ermöglichen. Ferner wird für das zuständige Ministerium der Justiz die Möglichkeit eröffnet, diesen Ärzten weitere gerichtsärztliche Tätigkeiten zu übertragen.

Der Ausschuss, der den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12.01.2011 beraten hat, empfiehlt dem Plenum einstimmig, bei einer Stimmenthaltung, die Annahme des Gesetzes in Zweiter und letzter Lesung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Ich danke der Frau Berichterstatterin und eröffne die Aussprache. Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 14/313 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 14/313 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen dann zu den Punkten 3 und 8 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion, der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Zukunft der Bundeswehr und des Standortes Saarland (Drucksache 14/380 - neu)

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag

(Präsident Ley)

**betreffend: Zukunft der Bundeswehrstandorte
im Saarland (Drucksache 14/381)**

Bevor ich zur Begründung das Wort erteile, heiße ich herzlich den Leiter des Kreiswehrrersatzamtes im Saarland, Herrn Breit, willkommen.

(Beifall des Hauses.)

Zur Begründung des Antrages Drucksache 14/380 - neu - erteile ich Herrn Abgeordneten Günter Heinrich das Wort.

Abg. Heinrich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag hat seinen Anlass in der Strukturreform der Bundeswehr, bedingt durch den Wegfall der Wehrpflicht und die Reduzierung der Truppenstärke auf zirka 185.000 Mann. Man muss sich im Klaren darüber sein: Diese Reform betrifft alle Bundesländer, in denen Bundeswehrstandorte vorhanden sind.

Mit der Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate ist eine breite Debatte in der Bundesrepublik und in Fachkreisen aufgekommen, die insbesondere zum Ergebnis hatte, dass sechs Monate Wehrpflicht nicht ausreichen, um Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr wirksam erfüllen zu können. Drei Monate Grundwehrdienst und nur noch drei weitere Monate, die die Wehrpflichtigen der Bundeswehr zur Verfügung stehen, machen wenig Sinn bezüglich des Organisationsablaufes der Bundeswehr. Zudem ist es ein enormer Verwaltungsaufwand gerade für die Kreiswehrrersatzämter, eine Vielzahl von jungen Wehrpflichtigen zu mustern, die dann nur für kurze Zeit zur Verfügung stehen. Das ist auch mit den Grundsätzen der Verwaltungsökonomie nicht vereinbar. Von daher war die Strukturreform richtig und notwendig und sie wird mit Sicherheit auch Auswirkungen auf unser Bundesland haben.

Lassen Sie mich deshalb ein paar Sätze zur Saarlandbrigade sagen. Seit 1971 trägt die Brigade 26 den Namenszusatz Saarland. Allein dieser Namenszusatz sagt schon viel. Er ist eine Auszeichnung für die Brigade, er ist aber auch eine Auszeichnung für uns Saarländerinnen und Saarländer. Die Kompanien, in denen die rund 3.700 Soldaten ihren Dienst tun, bekennen sich ausdrücklich zu diesem Namen und zeigen damit auch eine große Verbundenheit mit dem Saarland. Seit 1972 ist die Saarlandbrigade in Saarlouis stationiert. Sie ist eine von zwei Luftlandebrigaden der Bundeswehr und hat damit eine herausragende Stellung im Aufgabenspektrum der Bundeswehr.

Außer dem Fallschirmjägerbataillon 263, das in Zweibrücken stationiert ist, gehören der Brigade das Fallschirmjägerbataillon 261 in Lebach, das Luftlandeunterstützungsbataillon 262 in Merzig sowie die

Luftlandepionierkompanie 260 und die Stabskompanie in Saarlouis an.

Zu den Kernfähigkeiten der Saarlandbrigade gehören die Evakuierungsoperationen, bei denen Deutsche oder Bürger anderer Nationen aus Krisen- und Kriegsgebieten gerettet werden sollen. Zu ihrem Aufgabengebiet gehört aber auch der Einsatz gegen irreguläre Kräfte. Hier ist der bisher größte und wohl auch gefährlichste Auslandseinsatz in Afghanistan zu nennen.

Wir haben ja heute auch einen Antrag der LINKEN vorliegen, die sich ausdrücklich gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr ausspricht. Ich sage insbesondere an die Adresse der Kollegen der LINKEN: Wir erwarten, dass Sie heute auch klar dazu Stellung nehmen, ob es Ihnen lieber ist, dass Terror in der Bundesrepublik stattfindet und hier bekämpft werden muss oder ob es nicht besser ist und mehr Sinn macht, den Terror an der Wurzel des Übels zu bekämpfen, und das ist eben in Afghanistan.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Da Sie auch eine Partei sind, die sich im Besonderen dem Sozialen und den Menschenrechten verpflichtet fühlt, müssen Sie auch zu den Erfolgen Stellung nehmen, die durch diesen Einsatz in Afghanistan zu verzeichnen sind. In Afghanistan ist wieder Schulunterricht möglich. In Afghanistan dürfen Mädchen in die Schule gehen. In Afghanistan sind Frauen Mitglieder des Parlamentes. In Afghanistan ist ein Großteil der Infrastruktur wiederhergestellt worden, die den menschlichen Grundbedürfnissen annähernd Rechnung tragen kann. Das sind Erfolge, die insbesondere auch damit zu tun haben, dass die Saarlandbrigade dort ihren Dienst verrichtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich selbst war während meiner Zeit als Abgeordneter als Reservist mehrfach an Einsatzübungen zur Evakuierung von Staatsbürgern beteiligt. Ich habe dort erlebt, welche Anforderungen bei einem solchen Einsatz an den Verband und an jeden einzelnen Soldaten gestellt werden. Und ich habe erlebt, welchen Einsatzwillen, welche hohe fachliche Kompetenz und welche Sozialkompetenz die jungen Menschen mitbringen. Dabei war auch festzustellen, dass das oftmals unterstellte Machogehabe dort überhaupt nicht anzutreffen ist. Es handelt sich um von der Sache überzeugte Soldaten, die sprichwörtlich als Bürger in Uniform ihren Dienst mit Freude wahrnehmen und dabei ihrer Heimat, dem Saarland, in einer besonderen Weise verbunden sind.

Meine Damen und Herren, es wird bei der Bundeswehrreform in der Hauptsache um Standortfragen gehen. Jede Standortgemeinde wird im Bundesgebiet um ihren Bundeswehrstandort kämpfen. Jede Gemeinde wird sich für ihren Standort einsetzen. Jeder Kreis und jedes Land wird gute Gründe für sei-

(Abg. Heinrich (CDU))

nen Standort finden. Deshalb müssen wir im Saarland herausarbeiten, wie wir uns mit unseren Bundeswehrstandorten positiv von den anderen Bundesländern absetzen können. Dabei ist zu bemerken: Alle Bataillone verfügen über eine Infrastruktur, die ihrer jeweiligen Aufgabenstellung gerecht wird. Das ist natürlich bei uns im Saarland ebenso. In dieser Beziehung werden wir uns nicht von unseren bundesweiten Mitbewerbern positiv absetzen können, hier haben wir keine Sonderkompetenzen.

Es gibt aber ein Argument, das hinsichtlich der künftigen Aufgabenstellung der Bundeswehr bei uns im Saarland sicherlich als einmalig gewertet werden darf. Ich darf daran erinnern, es hat Zeiten gegeben, da wurde gegen die Bundeswehr als Einrichtung demonstriert. Soldaten wurden beschimpft. Es gibt auch heute noch Landstriche in der Bundesrepublik, wo jegliche Identifikation der Zivilbevölkerung mit der Bundeswehr fehlt. Mancherorts wird sie sogar als lästiges Übel angesehen.

Hier kommt unser Standortvorteil, aus meiner Sicht ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal, zum Tragen. Bundeswehr und Zivilbevölkerung sind im Saarland ein großes Ganzes. Das eine gehört untrennbar zu dem anderen. Wie die Saarschleife gehören die Soldaten zum Bild des Saarlandes. Meine Damen und Herren, das ist auch ein großes Verdienst der Städte und Gemeinden in ihrem gemeinsamen Engagement für die Bundeswehr und mit der Bundeswehr. Und es ist das Verdienst von vielen ehrenamtlichen Organisationen, die mit ihrem Engagement zu dieser Akzeptanz beigetragen haben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Soldaten erfahren im Saarland nicht nur eine hohe Akzeptanz bei der Bewältigung ihrer Aufgaben, sie sind hier auch in den Herzen der Bürger aufgenommen. Viele junge Menschen aus dem „Reich“, die hier ihre Ausbildung bei der Bundeswehr genossen haben, haben im Saarland auch ihr Herz verloren, eine Familie gegründet und sind diesem Land als Bürger erhalten geblieben. Ich glaube, wenn man das über die zurückliegenden Jahrzehnte verfolgt, dann ist das einer der schönsten, der bedeutendsten und der nachhaltigsten Ansiedlungserfolge, die wir im Saarland zu verzeichnen haben.

Viele von denen, die als Soldat ins Saarland gefunden haben, haben unser Land und seine Bürger kennen und schätzen gelernt. Sie haben gelernt, wie Bundeswehr und Familie sich bei uns arrangieren können und sich eben nicht als institutionelle Feinde gegenüberstehen. Familie, Beruf, Kindergarten und Schule lassen sich im Saarland im Umfeld der Bundeswehrstandorte problemlos organisieren. Diesen Standortvorteil wissen viele Betriebe, wenn es darum geht, Ansiedlungen vorzunehmen, sehr wohl zu

schätzen. Das ist natürlich bei unseren Soldaten ebenfalls nicht anders.

Bei vielen von ihnen ist zu beobachten, dass sie ihre guten Erfahrungen bei der Bundeswehr im Saarland und die saarländische Lebensfreude weitergeben an ihre Kinder, Verwandte und Freunde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von uns nehmen an den öffentlichen Gelöbnissen teil, die regelmäßig im Saarland stattfinden. Ich erinnere nur an die vielen Gelöbnisse, die sich gerade am Standort Lebach vollziehen. Wenn man dort als Abgeordneter sitzt und den Blick über den Platz schweifen lässt, stellt man fest, dass viele ehrenamtlich Tätige und viele Bürgerinnen und Bürger aus Lebach diesem Gelöbnis beiwohnen und damit auch ihre Verbundenheit zu diesem Standort ausdrücken.

Wenn man sich vorstellt, gegen was alles in dieser Republik demonstriert wird, dass an manchen Orten auch Demonstrationen gegen die Bundeswehr stattfinden, und man dann den Bundeswehrstandort in Lebach betrachtet, im Herzen der Stadt mit seinem alltäglichen Betrieb, dann stellt man fest: Hier ist das nicht so. Man hat hier nicht nur nichts gegen die Bundeswehr, sondern man identifiziert sich mit den Soldaten. Die Soldaten sind dort gängiges Bild im Umgang mit den Bürgern. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen, und dieses Zeichen gilt es auch heute von hier aus zu setzen.

Dies ist auch mit ein gewichtiges Pfand, wenn man sich die künftigen Aufgaben des Kreiswehersatzamtes vor Augen hält. Die Kreiswehersatzämter waren zuständig für die Rekrutierung der jungen Wehrpflichtigen, eine Aufgabe, die in Zukunft gänzlich entfällt. Nach den bisherigen Überlegungen und Planungen sollen sie nun für die Werbung von Freiwilligen verantwortlich sein. Auch hier empfiehlt sich in einer besonderen Weise das Kreiswehersatzamt Saarlouis mit seiner anerkannten Kompetenz. Bezüglich der auch künftig durchzuführenden medizinischen und psychologischen Eignungsuntersuchungen Freiwilliger ist das Kreiswehersatzamt in Saarlouis besonders gut aufgestellt, wie die Spitzenergebnisse des Amtes bei der Werbung und Einberufung freiwillig Wehrdienstleistender und der Musterungsquote bereits heute unter Beweis stellen. Diese Kompetenz muss bei sachgerechten Überlegungen zur Neustrukturierung der Bundeswehr mit ihren Einrichtungen Berücksichtigung finden. Wir haben diesbezüglich gute Karten im Land. Diese Karten gilt es auch auszuspielen.

Meine Damen und Herren, erfolgreich werben für den Beruf Soldat bei der Bundeswehr können Sie nur dort, wo das Umfeld stimmt. Wo Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung gegenüber der Bundeswehr besteht, werden wir nicht sehr viele junge Menschen als Soldaten gewinnen können. Dort, wo jedoch Auf- und Existenz der Bundeswehr eine breite Unter-

(Abg. Heinrich (CDU))

stützung erfahren, und dort, wo Soldaten gerne gesehene Bürger und Mitmenschen sind, wird man auch zukünftig erfolgreich Soldaten für die neuen Aufgaben der Bundeswehr gewinnen können. Deshalb ist es wichtig, dass heute vom saarländischen Landtag ein Zeichen der Solidarität von Bürgern und Volksvertretern mit ihren Soldaten und den Beschäftigten des Kreiswehersatzamtes gesetzt wird. Hier im Saarland waren Soldaten gerne gesehene Gäste, Freunde und Bürger dieses Landes. Wir wünschen uns von Herzen, dass auch zukünftig Soldaten der Saarlandbrigade an den Standorten Lebach, Merzig und Saarlouis als Bürger dieses Landes unserer Solidargemeinschaft angehören.

Ich werte es als ein großartiges Zeichen der demokratischen Geschlossenheit und der inneren Verbundenheit mit unseren Soldaten und deren Familien, dass heute die Koalitionsfraktionen, die SPD und in modifizierter Form auch die LINKEN in diesem Hohen Hause mit diesem Antrag ein sichtbares Zeichen für die Standorte und damit für die Soldaten der Bundeswehr hier im Saarland setzen.

Meine Damen und Herren, unser Appell gilt heute insbesondere dem Bundesverteidigungsminister und allen in der Strukturkommission Verantwortlichen, im Interesse der Bundeswehr, aber auch im Interesse des Saarlandes als jüngstes der alten Bundesländer dazu beizutragen, dass das Saarland durch eine sachgerechte Standortentscheidung mit seiner geringen Präsenz von Bundesbehörden in seiner Wirtschaftsstruktur nicht weiter geschwächt wird. Dies würde die Erfolge der beiden vergangenen Legislaturperioden insbesondere auf dem Beschäftigungssektor konterkarieren. Das dürfen wir so nicht zulassen. Deshalb müssen wir uns für diese Standorte einsetzen.

Mein Appell nach Berlin und Bonn lautet: Wenn die Bundeswehr in ihren neuen Strukturen Erfolg haben will, dann empfiehlt es sich, an den bisherigen Standorten im Saarland festzuhalten und diese weiterhin aufrechtzuerhalten. Wir haben uns entschlossen, unseren Beitrag dazu fraktionsübergreifend zu leisten. Ich möchte deshalb unser Engagement mit dem Slogan der Fallschirmjäger beschreiben: Einsatzbereit jederzeit. In diesem Fall aber nur bundesweit. - Glück ab!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Zur Begründung des Antrages 14/381 erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine das Wort.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Heinrich, Sie haben hier in

sachlicher Form den Antrag der Koalitionsfraktionen, dem sich auch die SPD angeschlossen hat, begründet und festgestellt, dass in der Grundsatzfrage, dass das Saarland zu den hiesigen Bundeswehrstandorten steht, kein Dissens hier im Parlament besteht. Es ist wichtig, das festzustellen, denn das ist nicht der Gegenstand des Alternativantrages, den wir hier vorlegen. Der Gegenstand ist vielmehr ein anderer. Wir können ja nicht daran vorbeigehen, dass die Saarlandbrigade derzeit im Afghanistan-Krieg eingesetzt wird. Zu diesem Gegenstand möchte ich mich heute hier äußern und ich will das in aller gebotenen Sachlichkeit tun.

Sie haben hier die bekannte Argumentation vorgebracht, dass die Saarlandbrigade dort auch im Kampf gegen den Terrorismus eingesetzt ist; so habe ich Sie ja wohl richtig verstanden. Hier ist der erste Streitpunkt. Ich habe im Deutschen Bundestag der Bundeskanzlerin zwei bis drei Jahre lang bei allen Debatten zu diesem Gegenstand die Frage gestellt, was Terrorismus ist. Ich habe immer wieder begründet, wenn Sie gegen den Terrorismus kämpfen, dann müssen Sie in der Lage sein, der deutschen Bevölkerung zu sagen, was Terrorismus ist. Die Bundeskanzlerin hat im Deutschen Bundestag diese Frage zwei bis drei Jahre lang nicht beantwortet, bis es das Gesetz zur Anti-Terror-Datei gab, wo Sie es jetzt nachlesen können. In diesem Gesetz steht: Terrorismus ist die gewaltsame Durchsetzung und die rechtswidrige Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Belange. Ich habe diesen Passus im Deutschen Bundestag vorgetragen und festgestellt, das Parlament hat soeben beschlossen, dass die Herren Bush, Blair und andere Terroristen sind, denn ohne jeden Zweifel haben sie rechtswidrig Gewalt zum Erreichen politischer Belange angewendet.

(Beifall bei der LINKEN.)

Es gab keinen Widerspruch. Sie können das im Bundestagsprotokoll nachlesen. Es gab keinen Widerspruch im Bundestag, als ich dies vorgetragen habe. Ich weise zusätzlich darauf hin, den Irak-Krieg betreffend hat das Bundesverwaltungsgericht - dieses Urteil ist viel zu wenig beachtet worden - beschlossen, dass der Irak-Krieg völkerrechtswidrig ist und es daher rechtswidrig ist, dass die Bundesrepublik zur Unterstützung der Militärmaßnahmen im Irak-Krieg ihre infrastrukturellen Einrichtungen zur Verfügung stellt. Ich bin also der Auffassung, wenn wir den Terrorismus bekämpfen wollen - und es geht mir nicht um Polemik, Herr Kollege Heinrich -

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE). - Sprechen.)

Wenn Sie das jetzt als eine polemische Ausführung ansehen, tut es mir leid. - Wenn wir den Terrorismus bekämpfen wollen, dann müssen wir zumindest sa-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

gen, was wir darunter verstehen. Ich habe hier die offizielle Rechtsdefinition des bundesdeutschen Gesetzgebers vorgetragen und habe für uns vorgetragen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Bis zum heutigen Tage, Herr Kollege Heinrich und die Damen und Herren, soweit Sie an einer sachlichen Erörterung dieses Themas interessiert sind, sind mir keine nachvollziehbaren Gegenargumente vorgetragen worden. Die Diskussion wird ja zwischen den Parteien geführt.

Ich will einen Kronzeugen anrufen, der lange Zeit auf der rechten Seite des politischen Spektrums stand und mit dem ich in früheren Jahren die Klinge gekreuzt habe: den ehemaligen CDU-Abgeordneten Todenhöfer. Todenhöfer hat sich wie kaum ein anderer in dieser Frage engagiert und kommt zu völlig anderen Schlussfolgerungen. Ich bemühe ihn hier nur, um deutlich zu machen, dass auch im anderen Lager ganz anders gedacht wird. Todenhöfer, der sehr oft in Afghanistan war und offensichtlich eine tiefe emotionale Verbundenheit zu diesem Land hat, hat festgestellt, dass unsere Vorgehensweise dort ein Terrorzuchtprogramm sei. Das heißt, er kommt zu einem ganz anderen Urteil als Sie, nämlich zu dem Urteil, dass, wenn man dort einen Krieg führt, so wie er jetzt geführt wird, der Terrorismus geradezu gezüchtet wird und auch die Anschlagsgefahr in unserem Land ansteigt.

Dass die Anschlagsgefahr in unserem Land ansteigt, diese Auffassung hat nicht zuletzt auch der damalige bayerische Ministerpräsident Beckstein öffentlich in einem Interview bekundet. Ich habe ihn damals im Bundestag zitiert und ich gebe ihn jetzt sinngemäß wieder: Wir wissen, dass unser Einsatz dort die Anschlagsgefahr in Deutschland erhöht. - Die Frage ist also: Ist es verantwortlich, dass wir Missionen unternehmen, bei denen die Anschlagsgefahr in Deutschland erhöht wird?

Wir kommen hier zu einem anderen Ergebnis als Sie. Wenn man das Problem des Terrorismus ernst nimmt, muss man alles tun, damit der Terrorismus wirklich zurückgedrängt wird, sowohl in anderen Ländern als auch in der Bundesrepublik. Wir sind der Überzeugung, dass ein Krieg, der so geführt wird wie jetzt, den Terrorismus stärkt und nicht bekämpft. Das ist der entscheidende Punkt, den ich hier ansprechen möchte.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das ist ja auch verständlich. Herr Kollege Heinrich, ich spreche Sie an, weil ich gespürt habe, dass Sie ernsthaft diese Auffassung vertreten. Sie müssen sich einen Moment vorstellen, es sei umgekehrt, es würden hier Flugzeuge eines anderen Landes Bomben abwerfen und es kämen bei diesen Bombenabwürfen in großem Umfang Zivilpersonen ums Leben. Was glauben Sie wohl, was die Reaktion der Ver-

wandten auf diesen Sachverhalt wäre? Man muss sich einfach nur diese Frage stellen. Wir stellen uns diese Frage und kommen zu einem anderen Ergebnis.

Der zweite Punkt. Ursprünglich war es ja so, dass viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages - ich war an diesen Debatten immer beteiligt - der Auffassung waren, es handele sich in erster Linie um eine Friedensmission. Wenn wir als Partei DIE LINKE das Wort Krieg in den Mund genommen haben, wurde dies als eine nicht zulässige Vereinfachung oder Bezeichnung immer wieder zurückgewiesen. Es wurde damals nicht mit rechtlichen Argumenten, die heute noch angeführt werden, argumentiert, sondern es wurde schlicht und einfach gesagt, es handele sich um einen Friedenseinsatz. Von daher seien unsere Argumente nicht zulässig. Wir müssen doch feststellen, meine Damen und Herren, dass sich dies jetzt geändert hat, dass auch die Bundesregierung eingesehen hat, dass es sich hier um einen Krieg handelt. Also geht es nicht mehr darum, die Saarlandbrigade - worüber man ja diskutieren könnte - zu einem Friedenseinsatz zu schicken. Wir schicken sie in einen Krieg, und dies halten wir unter den gegebenen Umständen nicht für verantwortbar.

(Beifall bei der LINKEN.)

Deshalb noch einmal unser Verweis auf den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr. Es ist, denke ich, eine enorme moralische Herausforderung, wenn man als Abgeordneter über den Einsatz junger Männer entscheiden soll, die ihr Leben aufs Spiel setzen sollen. Man kann dies sicherlich verlangen, wenn der Einsatz dazu dient, die eigene Heimat zu beschützen, also im klassischen Verteidigungsfall. Niemand wird infrage stellen, dass dies ethisch und moralisch verantwortbar ist, unbeschadet der Positionen des Pazifismus. Wenn man aber junge Soldaten in andere Einsätze schickt, dann stellt sich, wie ich meine, eine neue Herausforderung, dann stellt sich auch eine andere Frage.

Wenn man sich fragt, ob der Kriegseinsatz verantwortbar ist, muss man die Ziele heranziehen, die erklärt worden sind. Wie gesagt: Das erste Ziel, die Terrorbekämpfung, trägt nicht. Das ist mittlerweile bewiesen. Und auch die Nachrichtendienste, von denen ja so oft die Rede ist, haben immer wieder darauf hingewiesen, dass wir die Anschlagsgefahr in Deutschland erhöhen. Es gibt genügend Äußerungen in diese Richtung. Der zweite Punkt ist die Befriedung des Landes. Am Anfang bestand sicherlich die Absicht, das Land zu befrieden. Ich bin der Auffassung: Nach vielen, vielen Jahren Kriegseinsatz muss heute jeder zu dem Ergebnis kommen, dass Krieg eben kein Mittel ist, um ein Land zu befrieden. Deshalb ist, wie ich meine, auch dieses Ziel verfehlt worden. Auch wenn man grundsätzlich militärische Kampfeinsätze billigt, um ein Land letztendlich zu

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

befrieden, muss man hier einsehen, dass dieses Mittel nicht geeignet ist. Afghanistan ist in viel höherem Maß in einem unsicheren Zustand, als es zu Beginn des Militäreinsatzes der Fall war. Das ist die Analyse aller Beteiligten.

(Beifall bei der LINKEN.)

Damit ist wiederum die These des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt in seiner Nobelpreisrede bestätigt worden, deren Kernsatz lautet: Krieg ist eben nicht die Ultima Ratio, sondern Krieg ist die Ultima Irratio. Wir bleiben bei dieser Feststellung und sind der Ansicht, dass der Afghanistan-Krieg dies einmal mehr gezeigt hat.

Der nächste Punkt: Ist dieser Einsatz überhaupt rechtmäßig? Dazu werden in Debatten des Deutschen Bundestages immer wieder Beschlüsse der UNO herangezogen. Ich unterstelle jetzt einmal, dass die Anfangsargumente hinsichtlich der Abwehr eines Angriffs zutreffen; ich will mich aus Zeitgründen nicht mit ihnen beschäftigen. Aber was immer wieder ausgeklammert wurde - und dies verbindet sich mit der Betrachtung zum Terrorismus - ist, dass in Afghanistan aufgrund seiner Infrastruktur und Kultur kein Krieg zu führen ist, ohne große Opfer in der Zivilbevölkerung in Kauf zu nehmen. Sie können nämlich einen afghanischen Bauer, zu dessen Tradition es gehört, Waffen zu tragen, nicht von einem sogenannten Terroristen unterscheiden. Deshalb ist die Kriegsführung in diesem Land nach unserer Auffassung nicht vertretbar, weil das Gebot der Genfer Konvention, von dem in den ganzen Diskussionen keine Rede ist und welches beinhaltet, dass bei Kriegsführung die Zivilbevölkerung zu schonen ist - anders formuliert: Ein Krieg, der die Zivilbevölkerung nicht schont, ist gar nicht vertretbar -, in Afghanistan schon aus infrastrukturellen und kulturellen Gründen überhaupt nicht durchzuhalten ist. Deshalb bleiben wir dabei, dass dieser Krieg völkerrechtswidrig ist.

Ein Letztes noch aus unserer Sicht, und ich hoffe, dass ich niemandem zu nahe getreten bin. Wenn man sagt, humanitäre Interventionen seien geeignet, Menschenleben zu retten, dann muss man doch ernsthaft die Frage stellen, ob die These, humanitär zu wirken, überhaupt richtig ist. Da kommen wir zu dem Ergebnis, dass ein Sachverhalt niemals bestritten werden kann, auch jetzt wieder nicht: Wenn man das Geld, das man zur Kriegsführung verwendet, einsetzen würde, um Hunger und Krankheit zu bekämpfen, würde man ungleich mehr Menschenleben retten, ohne einen Einzigen töten zu müssen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Und solange dieser Satz stimmt, sind wir der Auffassung, dass sogenannte militärische Interventionen auch im Sinne der Nobelpreisrede Brandts die Ultima Irratio sind. Und noch ein abschließender Hinweis: Stellen Sie sich einen Moment vor, wir hätten

die vielen Mittel, die auch wir in diesem Krieg aufgewandt haben, teilweise eingesetzt, um die Seuche in Haiti zu bekämpfen. Jedes Mal, wenn ich die Bilder von dort sehe, geht mir das durch den Kopf. Wäre es nicht sinnvoller, dass Deutschland hier ein Beispiel gäbe und versuchen würde, anders zu wirken als andere Nationen, die teilweise ja auch eine große koloniale Tradition haben? Obwohl hier ungleich weniger Mittel viele Menschenleben retten könnten, wird das Geld nicht eingesetzt. Das ist traurig. Aus all diesen Gründen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir unseren Antrag gestellt. Weil er ein grundsätzlicher Antrag ist, beantrage ich im Auftrag meiner Fraktion namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der LINKEN.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Reinhold Jost.

Abg. Jost (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es direkt vorweg sagen: Herr Kollege Fraktionsvorsitzender Lafontaine, was Sie hier geführt haben, war eine Stellvertreterdebatte. Ich will gar nicht einmal die Frage „polemisch oder nicht polemisch“ bewerten. Ich stelle aber fest: Sie haben kein einziges Wort zu dem gesagt, was eigentlich Tagesordnungspunkt ist, nämlich die Zukunft der Bundeswehrstandorte im Saarland.

(Beifall bei der SPD und den Regierungsfractionen.)

Sie haben stattdessen eine Stellvertreterdebatte geführt, die mit Sicherheit notwendig ist und die auch die Menschen interessiert,

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Sie haben nicht zugehört)

die jedoch hier, Kollege Linsler, mit Sicherheit völlig fehl am Platz ist. Wir haben nämlich nicht darüber zu entscheiden, wo die Bundeswehr eingesetzt wird. Diese Debatte ist im Deutschen Bundestag zu führen. Ich nehme Ihnen Ihr Engagement ab, Herr Kollege Lafontaine, aber dann hätten Sie Ihre Rede besser im Bundestag halten sollen, dann wären Sie besser Mitglied des Deutschen Bundestages geblieben. Dann hätten Sie diese Diskussion dort führen können, wohin sie gehört, nämlich im Deutschen Bundestag. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Es war eine Stellvertreterdebatte, und die haben Sie am Schluss Ihrer Ausführungen noch einmal sehr deutlich auf den Punkt gebracht, indem Sie gesagt haben, dass Sie über Ihren Antrag eine namentliche Abstimmung beantragen. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie mit derselben Kraft, Energie und Beharrlichkeit, mit der Sie diese Stellvertreterdebatte dar-

(Abg. Jost (SPD))

über geführt haben, ob und wo von wem Krieg geführt wird, das Thema „Zukunft der Bundeswehrstandorte im Saarland“ angegangen wären. Das ist nämlich der Punkt, um den es hier geht. Alles andere sind Stellvertreterdebatten.

(Beifall bei der SPD und bei den Regierungsfractionen.)

Ich sage dies auch als jemand, der aus seiner politischen Sozialisation heraus Anfang der Achtzigerjahre seine Diskussionen rund um das Thema „NATO-Doppelbeschluss und Nachrüstung“, das damals viele Menschen bewegt hat, führte und trotzdem - wie die überwiegende Mehrheit in diesem Land - ein unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr hat. Es war, ist und bleibt über viele Jahrzehnte, von den Achtzigerjahren über die Neunzigerjahre bis heute, einer der großen Pluspunkte, dass das Saarland zur Bundeswehr und den Menschen, die dort in Uniform oder im zivilen Bereich ihren Dienst verrichten, ein solches Verhältnis hat. Das Saarland ist mit der Bundeswehr sehr stark verwurzelt, da gibt es eine große Identität, und dies ist ein Pluspunkt, auf den wir stolz sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Regierungsfractionen.)

Deswegen hätte ich erwartet, dass man diese Diskussion unter der Überschrift „Zukunft der Bundeswehrstandorte im Saarland“ führt, wie es ja auch in Ihrem Antrag dargestellt ist.

(Abg. Huonker (DIE LINKE): Dann lies doch den Antrag!)

Die Kollegin Huonker ruft von hinten: „Dann lies doch den Antrag!“ Ja, den Antrag lese ich wohl, aber die Begründung ist mit keinem einzigen Wort auf ihn eingegangen. Es geht darum, wie wir in den kommenden Jahren mehrere Tausend Menschen, die in der Bundeswehr ihren Dienst tun, hier im Saarland halten können. Das ist die Debatte, die wir zu führen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Enschede (DIE LINKE).)

Dazu habe ich von Ihnen kein einziges Wort gehört. Das ist ein bisschen traurig, meine sehr geehrten Damen und Herren von der LINKEN, aber vielleicht kommt es ja noch.

(Beifall bei der SPD und bei den Regierungsfractionen. - Abg. Linsler (DIE LINKE): Du lenkst doch ab von der Debatte! - Heiterkeit.)

Ich lasse mich jetzt von Ihnen mit Sicherheit nicht ablenken, Herr Kollege Linsler, und es wird gewiss die vielen Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr, die über Verdi organisatorisch angebunden sind, inter-

essieren, wie der ehemalige Verdi-Landesvorsitzende ihre Interessen wahrzunehmen gedenkt.

Kollege Linsler, erinnern Sie sich noch an die Reform 2004? - Erinnern Sie sich nicht?

(Abg. Linsler (DIE LINKE): An was soll ich mich erinnern?)

An die Reform 2004. Sie hat uns damals im Saarland vor große Herausforderungen gestellt. Es ging darum, die Bundeswehrstandorte, die vorhanden waren, insbesondere die wehrtechnischen Betriebe im Bestand so zu erhalten, dass sie zukunftsfähig sind. Die Ergebnisse, die damals erzielt wurden, sind durchweg positiv. Am Ende stand das Saarland als Gewinner da. Ich zitiere aus der Saarbrücker Zeitung vom 02. November 2004: „Struck stärkt Saar-Kasernen. Das Saarland profitiert als einziges Bundesland von der Bundeswehrreform. 660 zusätzliche Soldaten und Zivilangestellte sind an der Saar vorgesehen.“ - Wie damals Heiko Maas gesagt hat, war dies die größte Neuansiedlung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Saarland seit vielen Jahren.

Es war ein Projekt, das unter dem Strich dazu geführt hat, dass das Saarland im Vergleich zu anderen Bundesländern das einzige war, das keine Dienstposten abgegeben, sondern zusätzliche bekommen hat, und zwar hochwertige wie die von Zeit- und Berufssoldaten und nicht nur solche im Bereich der Wehrpflicht. Es war ein gemeinsames Ergebnis, das wir damals erreicht haben und auf das wir bis heute alle stolz sind. Wir haben es über die Möglichkeiten und den Einfluss von Heiko Maas als Fraktionsvorsitzendem der SPD zusammen mit Hans-Georg Wagner, der damals parlamentarischer Staatssekretär war, und auch mit der Landesregierung, insbesondere vertreten durch Karl Rauber und den Ministerpräsidenten, erreicht. Es war ein gemeinsames Ergebnis. Im Lichte der Erkenntnis der Ergebnisse von 2004 sage ich im Jahr 2011, dies muss uns heute wieder gelingen. Wir werden an dem Ergebnis von 2004 gemessen. Das ist die Herausforderung, die wir zu meistern haben. Wir haben im Saarland eine gute Verwurzelung der Bundeswehr. Wir haben auch das Engagement der Politik, alle Fraktionen übergreifend. Wir werden uns der Herausforderung stellen. Wir wollen unter dem Strich nicht schlechter dastehen als vorher. Das müssen wir meistern.

Diese Diskussion und Herausforderung ist getragen durch die Entscheidung, die Wehrpflicht auszusetzen und damit fundamental andere Rahmenbedingungen zu schaffen. Es geht um die Frage der Umfänglichkeit des Personals und dessen Auswahl. Es geht auch um die Ausrichtung der Bundeswehr. Das ist richtig. Es geht insbesondere - das darf man nicht vergessen - auch um diejenigen, die rund um die

(Abg. Jost (SPD))

Bundeswehr als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in wehrtechnischen Betrieben ihr Auskommen finden, die in den vergangenen Jahren viele Umstrukturierungen hinter sich gebracht haben und die durch diese neue Reform ebenfalls vor zusätzliche Aufgaben gestellt werden.

Wir sagen, dass das Saarland gute Gründe hat, im Rahmen dieser Reform nicht als Verlierer, sondern gegebenenfalls wieder gestärkt hervorzugehen. Es geht darum zu verdeutlichen, dass wir gute Gründe haben, die Bundeswehrstandorte, die es im Saarland gibt, zu erhalten und in dieses neue Konzept passgenau einzubringen. Angesichts der Diskussion, warum man im Saarland andere Maßstäbe ansetzen sollte als in anderen Bundesländern, verweise ich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Anfang der Neunzigerjahre, in dem ausdrücklich festgestellt wurde, dass wir mehr Dienststellen, Posten und entsprechende Berufsfelder mit bundesdeutscher Unterstützung haben sollten. Wir haben bei uns wenige Bundeseinrichtungen. Diejenigen, die wir haben, müssen erhalten bleiben. Auch dieses Argument spricht für das Saarland.

(Beifall von der SPD und bei den Regierungsfractionen.)

Ich sage dies auch ganz bewusst angesichts der Debatte mit Rheinland-Pfalz. Dem Konkurrenz- und Verteilungskampf, den es gibt, können und werden wir uns stellen. In dieser Diskussion sagen wir auch, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Saarland besser ausgestattet ist mit Bundeswehr- und Armee-Einrichtungen, insbesondere was die amerikanischen Einrichtungen angeht. Wir wollen nicht mehr als das, was uns zusteht. Was uns zusteht, haben wir zurzeit. Wir haben nichts abzugeben. Wir sind der Auffassung, die Bundeswehr im Saarland ist und soll auch weiterhin gut aufgestellt sein. Deshalb machen wir unsere Ansprüche geltend.

Es geht um die hohe Qualität der Einrichtungen und um das, was in den vergangenen Jahren mit Millionenbeträgen an Aufwand betrieben wurde, beispielsweise in den Kasernen und Standorten in Merzig, Lebach oder Saarlouis. Es wäre ein Treppenvitz, wenn wir feststellen müssten, dass wir mit vielen Millionen Steuergeldern in den letzten Jahren die Kasernen hervorragend ausgestattet und für den Wettbewerb herausgeputzt haben, aber diese Kasernen nachher stillgelegt werden und wir Investitionsruinen haben. Das können wir niemandem vermitteln. Die Mittel waren und sind gut investiertes Geld. Die Standorte sollten deshalb längerfristig Bestand haben.

Es geht auch um das Thema Akzeptanz. Es wurde eben bereits darauf hingewiesen, dass die Bundeswehr im Saarland einen guten Namen hat. Ich sage das als jemand, der nicht nur bei Gelöbnissen dabei

ist, sondern der sich auch regelmäßig im Austausch mit den Verantwortlichen befindet. Wenn sich nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Bundeswehr gut aufgehoben fühlt, ist das ein Kompliment, auf das man stolz sein kann. Deshalb sage ich, die hohe gegenseitige Akzeptanz zwischen Bundeswehr und Bevölkerung gilt es, als Trumpf auszuspielen.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass bisher etwa 3.500 Mann bei der Luftlandebrigade im Saarland stationiert sind. Es gibt eine Schwesterbrigade in etwa gleichem Umfang in Oldenburg. Wie man hört, sollen diese Brigaden auf Regimentsgröße abgestuft werden. Das sind dann etwa 1.900 bis 2.000 Mann als Sollstärke. Wenn dies so kommt, gilt es, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass alle drei saarländischen Standorte gehalten werden können. Das geht nur, wenn außer den Regimentern zusätzliche Kräfte vorgehalten werden, beispielsweise in Form von Unterstützungsregimentern im Bereich der Aufklärung, der Pioniere oder der Sanitätseinheiten. Die Herausforderung kann auch dadurch gemeistert werden, wenn - wie man hört - die Fallschirmspringerausbildung in Altenstadt wegfällt. Dann sollte man sich darum bemühen, dass diese Ausbildung von Altenstadt ins Saarland, gegebenenfalls nach Merzig, kommt. Dort sind die Voraussetzungen sehr gut. Es gibt einen Sprungturm, eine Packanlage und einen Absetzplatz sowie die relativ gute Nähe zu Flughäfen.

Die Möglichkeiten sind im Vergleich zu anderen Regionen und Bundesländern sehr gut. Die Chancen für den weiteren Bestand sind gegeben. Es gilt, das Ganze zu verzahnen. Es wurde eben darauf hingewiesen, dass sich die Herausforderungen zur Gewinnung von qualifiziertem Personal durch das Thema Kreiswehrrersatzamt und den Wegfall der Wehrpflicht anders darstellen als vorher. Ich sage ganz bewusst, dass sich dadurch Druck ergibt, dass qualifiziertes Personal in Konkurrenz zu anderen, zu privaten Unternehmen gewonnen werden muss. Dies gilt es aufzunehmen. Das Kreiswehrrersatzamt darf nicht geschwächt, sondern es muss gestärkt werden, damit man dieser Gewinnung von qualifiziertem Personal Rechnung tragen kann. Deswegen verlangen wir, genauso wie wir für den Erhalt der Standorte Merzig, Lebach oder Saarlouis sind, auch den Erhalt des Kreiswehrrersatzamtes Saarlouis, um dieser Gewinnung von qualifiziertem Personal Rechnung tragen zu können.

(Beifall von der SPD und bei den Regierungsfractionen.)

Diese Diskussion und Herausforderung wird sich auch bei den wehrtechnischen Betrieben stellen. Insbesondere im Landkreis St. Wendel gibt es immer noch fast 2.500 direkt oder indirekt abhängige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Beispiel bei der IWS und der HIL. Deswegen sagen wir, dass der

(Abg. Jost (SPD))

2005 geschlossene Vertrag mit der Option, bis mindestens 2015 keine Kündigungen vornehmen zu müssen, eingehalten werden muss.

Der gleiche Bestandsschutz, wie er für die Bundeswehrstandorte zum Tragen kommen muss, muss sich auch für die wehrtechnischen Betriebe und zivilen Beschäftigten, die von der Bundeswehr abhängig sind, ergeben. Wir haben keinen Arbeitsplatz abzugeben, wir werden um jeden einzelnen kämpfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch dies ist eine klare Aussage.

(Beifall bei der SPD.)

Dort geht es nicht nur um die direkt Beschäftigten, dort geht es auch um Ausbildungsplätze, hoch qualifizierte Ausbildungsplätze. Dass zurzeit alleine in St. Wendel rund 123 Azubis beschäftigt sind, zwei Drittel davon im Kfz-Bereich, ein Drittel im Feinwerkmechanikerbereich, macht deutlich, welch hohen Stellenwert dieses Thema für die zukünftige Personalgewinnung auch für die Bundeswehr selbst haben kann; denn die hoch qualifizierten ausgebildeten jungen Menschen hätten dann auch die Chance, über einen sicheren Job bei der Bundeswehr eine Anschlussbeschäftigung zu finden. Es geht darum, diese Freiwilligengewinnung als Chance und Herausforderung zu sehen. Das geht nur, indem man eine entsprechende Verzahnung insbesondere mit vor- und nachgelagerten Betrieben sicherstellt. Mit dem gleichen Engagement, wie wir uns für die Standorte der Bundeswehr einsetzen, geht es auch um die Zulieferer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht um die Sinnhaftigkeit des Standortes Bundeswehr im Saarland; die ist ohne Wenn und Aber gegeben. Es geht auch um die Notwendigkeit - das ergibt sich von selbst, denn wir haben nichts zu verschenken. Ich sage ganz bewusst, es geht auch um die Chancengerechtigkeit insbesondere gegenüber anderen Regionen. Das Saarland und die Bundeswehr, das war in den vergangenen Jahrzehnten eine gute, eine erfolgreiche Story. Wir sind der Auffassung, dass die weitergeschrieben werden sollte. Wir haben in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren oftmals Reformen erlebt, die Schwierigkeiten mit sich gebracht haben. In dieser Reform sehen wir aber auch eine Chance für das Land, insbesondere für die Menschen. Wir stehen zur Bundeswehr, wir werden die Standorte verteidigen - im wahrsten Sinne des Wortes - mit allen demokratischen Mitteln, die wir haben, und hoffen dabei weiterhin auf eine überzeugende gemeinsame Sache. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Innenminister, Stephan Toscani.

Minister Toscani:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass es hier im Parlament über die Fraktionen hinweg, ein klares Bekenntnis zum Bundeswehrstandort Saarland gibt. Ich bedanke mich dafür im Namen der Landesregierung und darf Ihnen versichern: Die Landesregierung wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um das Saarland als starken Standort unserer Bundeswehr zu erhalten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Am 03. Januar dieses Jahres sind die letzten Wehrpflichtigen zur Grundausbildung in die Kasernen eingerückt. Das sind die letzten Wehrpflichtigen seit mehr als 50 Jahren. Die Bundeswehr ist in den letzten Jahren vielfach reformiert worden. Sie steht jetzt vor der tiefgreifendsten Reform seit ihrer Gründung. Die Wehrpflicht wird ausgesetzt, die Zahl der Streitkräfte wird drastisch reduziert. Damit verbunden ist auch eine Veränderung, eine Reduzierung des Personals in der Wehrverwaltung. Die bis heute gewachsene Gliederung vieler Verbände wird mit erheblichen Folgen für Personalstärke und Struktur neu geordnet.

Die Bundeswehr steht vor neuen Herausforderungen und es ist natürlich legitim, dass die Bundeswehr sich weiterentwickelt. Aber wir haben allen Grund, uns mit den Auswirkungen der anstehenden Reform für das Saarland zu beschäftigen. Darauf haben die Kolleginnen und Kollegen auch schon hingewiesen: Diese Veränderungen werden auch Auswirkungen auf das Saarland haben, auf die hier stationierte Luftlandebrigade 26, unsere Saarlandbrigade. Wie man hört, soll die Saarlandbrigade in ein Fallschirmjägerregiment umgewandelt werden. Da stellt sich natürlich die Frage, welche Folgen dies für unsere Region haben kann. Ich will an dieser Stelle einmal auf die wirtschaftliche Bedeutung der Saarlandbrigade verweisen. Allein die Lohnsumme der Saarlandbrigade beträgt über 100 Millionen Euro pro Jahr, Mittel, die weitgehend in unser Land fließen und dort verbleiben. Zwischen 2005 und 2009, also in vier Jahren, gab es an den Standorten der Brigade Baumaßnahmen von über 50 Millionen Euro, das ist ein gutes Drittel - allein an den Standorten der Bundeswehr - dessen, was wir im gesamten Land für das Konjunkturprogramm ausgegeben haben.

Auch wenn die Bundeswehr natürlich Bundessache ist, haben wir allen Grund, uns gemeinsam, Landesregierung und Landeparlament, mit den Folgen der anstehenden Reform für das Saarland zu beschäftigen. Es ist wichtig, dass wir heute in dieser Debatte unsere Argumente nennen, die guten Argumente, die wir im Saarland haben. Ich bedanke mich sehr herzlich, dass insbesondere die Kollegen Heinrich und Jost diese guten Argumente schon ins Feld geführt haben.

(Minister Toscani)

Neben den drei Standorten der Luftlandebrigade gibt es hier auch noch ein Bundeswehrdepot, und zwar in Eft-Hellendorf. Die Wege zwischen den einzelnen Standorten sind sehr kurz, das macht den Bundeswehrstandort Saarland sehr kompakt, zu einem sehr effizienten Standort. Wir haben zwei leistungsfähige Flugplätze in der Nähe mit Contwig und Ensheim. Zusätzlich verfügen wir über den Absetzplatz Düren, der ebenfalls gute Bedingungen für den Fallschirmsprungdienst sowie die Ausbildung bietet.

Das Übungsgelände der Saarlandbrigade ist bestens abgestimmt auf deren Anforderungen. Es kommt die Nähe zum Truppenübungsplatz Baumholder hinzu. Diese Nähe zum Truppenübungsplatz Baumholder komplettiert die guten Trainingsmöglichkeiten.

Abschließend nenne ich die hervorragende Spezialinfrastruktur für den Sprungdienst in Merzig. Alles in allem gibt es hier im Saarland eine optimale Infrastruktur für die Bundeswehr, starke Argumente für die Bundeswehr im Saarland.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir sollten auch selbstbewusst über den Tellerrand des Saarlandes hinausschauen und einmal sehen, wie wir im Vergleich der anderen Bundesländer dastehen. Ein Bundesland, mit dem wir uns sehr oft vergleichen, ist das Nachbarland Rheinland-Pfalz. Trotz der guten Ausgangslage, die wir haben, haben wir weit weniger Standorte als Rheinland-Pfalz. Das gilt zum einen für die Bundeswehrstandorte, zum anderen aber auch für die Standorte alliierter Streitkräfte. Rheinland-Pfalz hat allein 30 Bundeswehrstandorte.

Gerade beim Vergleich mit anderen Bundesländern möchte ich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1992 verweisen. Dort hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich festgeschrieben, dass Standortentscheidungen des Bundes gebotene Maßnahmen sein können, um einem Haushaltsnotlagenland im Rahmen der bündischen Treue zu helfen. Dies, meine Damen und Herren, die bündische Treue, die Verantwortung des Bundes für die Gliedstaaten, ist ein besonderes Argument, das wir natürlich auch ins Feld führen, wenn der Bund selbst darüber entscheiden kann, in welchen Regionen, an welchen Standorten er Bundeswehrstandorte schließt oder aufrechterhält. Das sind also föderale Argumente, die wir zusätzlich ins Feld führen.

Aber das sind nicht alle Argumente, die wir haben. Mindestens so wichtig wie die wirtschaftlichen und föderalen Argumente ist die Tatsache, dass die Bundeswehr bei uns im Saarland tief verwurzelt ist. Viele Saarländerinnen und Saarländer dienen in den Standorten der Saarlandbrigade. 40 Prozent der Bundeswehrangehörigen im Saarland kommen aus

dem Saarland oder der näheren Umgebung. Das heißt, die Bundeswehr ist im Saarland tief verwurzelt. Es gibt eine emotionale Bindung der Menschen in den drei Standort-Kommunen zu den Soldaten, ein weiteres wichtiges Argument dafür, dass wir einen starken Standort im Saarland haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Lafontaine hat eben - obwohl es überhaupt nicht zum Thema des heutigen Morgens gehört - angesprochen, dass Soldatinnen und Soldaten der Saarlandbrigade in Afghanistan im Einsatz sind. Ich finde, was er eben gesagt hat, kann man so nicht stehen lassen. Die Bundeswehr bekämpft in Afghanistan die Taliban. Die Taliban bieten Ausbildungslager für Terroristen der Al Kaida. Das heißt, die Taliban ermöglichen, dass Al Kaida-Terroristen dort ausgebildet werden und dass sie ihre Anschläge in Europa und den USA verüben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Lafontaine, sollen wir tatenlos zuschauen wie in Afghanistan Terroristen ausgebildet werden, die dann bei uns in Europa, in Deutschland, Anschläge verüben? Das können wir nicht akzeptieren. Der Bundeswehreinsatz dient auch der Bekämpfung dieser Terroristen. Dazu hat die UNO mehrere Beschlüsse gefasst. Und deshalb will ich in aller Deutlichkeit sagen: Der Einsatz der Bundeswehr und somit der Einsatz unserer Soldaten der Saarlandbrigade ist eindeutig vom Völkerrecht gedeckt und mit dem Völkerrecht vereinbar.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Die Bundeswehr sichert in Afghanistan den Aufbau der Infrastruktur, sie sichert zum Beispiel den Aufbau von Schulen, den Bau von Straßen und Brunnen. Es gibt parallel ein Programm, bei dem Polizeibeamte bei der Ausbildung afghanischer Polizisten helfen. Auch saarländische Polizeibeamte sind regelmäßig in Afghanistan. Ich unterhalte mich mit ihnen, wenn sie von ihrem Einsatz zurückkehren. Sie sagen übereinstimmend, dass die Lage in Afghanistan noch schwierig ist, dass aber der Einsatz der internationalen Streitkräfte dazu beigetragen hat, dass die Situation der Zivilstruktur in Afghanistan besser geworden ist.

Wissen Sie, was mich in den letzten Jahren am meisten erschüttert hat, als Bilder aus Afghanistan zu uns gekommen sind? Es waren Bilder von kleinen Mädchen im Alter von sechs, sieben Jahren, denen die Taliban mit Säure ihr Gesicht verätzt haben, nur deshalb, weil sie zur Schule gegangen sind. Die Taliban wollen verhindern, dass kleine Mädchen zur Schule gehen. Sie verätzen ihnen das Gesicht. Was für menschenverachtende Verbrechen, die dort geschehen! Menschen, die so etwas tun, reagieren nicht auf gute Worte und gut gemeinte Appelle. Die verstehen leider nur die Sprache der Waffen. Dieser

(Minister Toscani)

Bundeswehreininsatz ist ein zutiefst humanitärer Einsatz. Unsere Soldatinnen und Soldaten helfen, dass die Menschenrechte in Afghanistan durchgesetzt werden!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag 14/380 - neu - und dann, wie beantragt namentlich, über den Antrag 14/381. Wer für den Antrag Drucksache 14/380 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/380 - neu - bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und der SPD-Landtagsfraktion sowie bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 14/381. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Nach § 69 Abs. 2 des Landtagsgesetzes ist auf Antrag einer Fraktion namentlich abzustimmen. Daher darf ich die Schriftführerin, Frau Astrid Schramm, bitten, die Namen der Abgeordneten einzeln aufzuzählen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich darf fragen, ob ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden ist. Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte die Schriftführerinnen, mir das Abstimmungsergebnis zu übermitteln.

(Die Schriftführerinnen zählen die Stimmen aus.)

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es sind 43 Stimmen abgegeben worden, davon 31 Nein-Stimmen und 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Damit ist der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion, der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Großregion muss an Fahrt gewinnen! (Drucksache 14/378 - neu)

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion und der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/378 - neu - erteile ich Herrn Abgeordneten Eugen Roth das Wort.

Abg. Roth (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am kommenden Montag, dem 24. Januar, findet der mittlerweile 12. Gipfel der Regierungschefs der Großregion statt. Ich möchte vor diesem Hintergrund und anlässlich des gemeinsamen Antrages, des Antrages, dem die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beigetreten sind, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, aus der gemeinsamen Erklärung des 1. Gipfels, der am 20. September 1995 in Bad Mondorf in Luxemburg stattgefunden hat, zitieren: „Die europäische Idee gewinnt an Realität. Greifbarer als je zuvor ist heute die Chance, eine immer engere Union der Völker Europas zu verwirklichen. Im Rahmen dieses Integrationsprozesses kommt den Gebieten an den Binnengrenzen eine besondere Rolle zu: Gerade hier wächst Europa zusammen.“

Wir müssen aktuell leider feststellen, dass eine gewisse Euro-Skepsis, dass eine Europa-Skepsis in den Debatten die Oberhand gewinnt. Es wird in der Öffentlichkeit, an den Tischen und Stammtischen, mehr darüber philosophiert, dass man doch nicht für die Griechen und andere zahlen wolle. Es wird darüber gestritten und diskutiert, ob der Euro instabil sei. Bestimmte Kapitalvertreter haben ihre Sendboten ausgeschickt, die sogar schon den Euro ablösen wollten. Es wurde diskutiert, ob die D-Mark wieder eingeführt werden sollte, ob wir einen „Euro Süd“ und einen „Euro Nord“ schaffen sollten. Auch ein gewisser Herr Henkel taucht dann immer wieder, in nach meiner Ansicht unsäglichlicher Art und Weise, plötzlich wie Phönix aus der Asche auf. Alle diese Überlegungen bringen natürlich auch in unserer Region die Entwicklung der gemeinsamen Identität nicht voran, sondern belasten sie eher.

In allen diesen Debatten, die sehr auf Gewinnorientierung angelegt sind, die sehr monetär und finanziell strukturiert sind, geht ein Sachverhalt völlig unter: Wir haben eben, in anderem Zusammenhang, breit über die Thematik diskutiert, dass sowohl Europa insgesamt als auch unsere Region im Besonderen im Grunde das größte Friedensprojekt darstellen, das die Geschichte kennt. Es ist noch nicht allzu lange her, dass die Waffen gesprochen haben. Das ist heute ad acta gelegt. Es wird zusammengearbeitet. Es wird zum Wohle der Menschen, die hier in auf vier Nationalstaaten verteilten Teilregionen leben, koordiniert. Es werden Abstimmungen getroffen. Das ist gut so. Das ist ein gewaltiger Fortschritt, gerade auch im Sinne des „Friedensprojektes Europa“.

Die Stabilität des Euro ist ein Aspekt, auf den wir hier nicht relevant lenkend einwirken können. Die Stabilität des Euro ist allerdings durchaus ein

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Abg. Roth (SPD))

Aspekt, der auch uns umtreiben muss, denn sie betrifft auch uns, unsere Unternehmen und unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb ist es richtig, alles für die Stabilisierung des Euro zu tun. Diejenigen, die versuchen, den Euro zu destabilisieren, die darauf wetten wollen, dass der Euro in die Knie geht, sind in meinen Augen Finanzkriminelle. Dagegen muss die Europäische Gemeinschaft, dagegen muss aber auch unsere hiesige Gemeinschaft, gewissermaßen im „Testlabor“ Europas, geschlossen antreten.

Ein Problem haben wir mit der Identität in dieser Großregion. Ich kann, trotz allem Engagement, trotz des, wie ich meine, großen Engagements, nicht feststellen, dass sich in dieser Großregion bis dato eine gemeinsame Identität entwickelt hat. Spricht man über Europa, meint man eher Aspekte, wie ich sie eben angesprochen habe, etwa den Finanzmarkt. Spricht man über Europa, denkt man eher an die Côte d'Azur oder an Mallorca oder an London oder Paris als an das Hohe Venn, die Vogesen, die Eifel, die Luxemburger Schweiz oder die Saarschleife. In der Folge droht die Idee einer europäischen Modellregion im Herzen Westeuropas in den Mühlen des Alltags unterzugehen.

Wir erwarten daher vom 12. Gipfel, der am kommenden Montag in Völklingen im Weltkulturerbe stattfinden wird, dass von ihm für die elf Millionen Menschen, die in den vier Nationalstaaten in fünf beziehungsweise, wenn man die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens gesondert zählt, sechs Teilregionen leben, ein wirklicher Impuls ausgeht. Wir erwarten einen Impuls für die rund 203.000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Wir verzeichnen in der Großregion unter allen europäischen Regionen den größten Anteil an Grenzgängern. In ganz Europa gibt es ungefähr 700.000 Menschen, die diesseits einer Grenze wohnen und jenseits der Grenze ihre Arbeitsstelle gefunden haben und täglich dort arbeiten. Unter allen Regionen haben wir aber das größte Aufkommen an Menschen, die täglich über eine Grenze gehen, um zu arbeiten.

Auch in ihrem Interesse erwarten wir, dass vom 12. Gipfel ein wirklicher Impuls für diese Region ausgeht. Wir erwarten, dass nicht einfach irgendwelche gedrechselten Erklärungen durchgewinkt werden. Wir erwarten vielmehr, dass man im Ergebnis feststellen kann, dass uns diese Region tatsächlich etwas wert ist. Das wird sich - das ist nun einmal so in einer Marktwirtschaft - auch daran zeigen, ob man bereit ist, dafür Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Das wird sich daran zeigen, ob man bereit ist, sich dieses Themas auch in der alltäglichen Politik im Sinne einer prioritären Querschnittsaufgabe anzunehmen, nicht nur im Sinne einer Zusatzaufgabe. Denn betrachtet man es nur als Zusatzaufgabe, gibt

man dem Feld der Entwicklung der Großregion, in deren Kern das Saarland liegt, keine Chance.

Es gibt bereits einige Beispiele der guten und regelmäßigen Zusammenarbeit. Ich will stellvertretend den Interregionalen Handelskammer- und Handwerkskammerrat und die Interregionalen Gewerkschaftsräte und die gewerkschaftliche Plattform der Großregion nennen. Ich erspare mir, diese Wortumgetüme, die Ergebnis zum Teil deutschsprachiger und zum Teil frankophoner Entwicklungen sind, hier zu erläutern. Ich möchte des Weiteren nennen die Grenzgängervereinigung, Le Comité de Défense des Travailleurs Frontaliers, den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion, den Interregionalen Parlamentarierrat, die mittlerweile regelmäßig durchgeführten Fachministerkonferenzen, den Gipfel der Regierungschefs. Es gibt auch kleinräumigere Kooperationen wie „Avenir SaarMoselle“ oder QuattroPole. Es gibt auch interessenorientierte Zusammenschlüsse, beispielsweise „Pont des Femmes“. Alle diese Beispiele belegen, dass sich doch einiges getan hat und dass es viele engagierte Frauen und Männer gibt, die an der Entwicklung dieser Region arbeiten.

Es gibt allerdings auch Rückschläge. Einen solchen sahen wir beim Interregionalen Presseinstitut IPI, das sich nunmehr aufgelöst hat, weil ihm die erforderliche Unterstützung, sogenanntes kleines Geld, verweigert wurde. Ich halte das für einen schweren Rückschlag, denn wir brauchen auch in den Medien eine gewisse Vernetzung, die den Fachjournalistinnen und -journalisten, die sich dieses Themas annehmen, verlorengehen wird. Deshalb erhoffen wir uns natürlich auch von diesem Gipfel einen Impuls, um dieses Anliegen voranzubringen. Um auch einmal zu sagen, wer sich in dieser Frage am meisten bewegen müsste: Das geht zuallererst an die Adresse von Rheinland-Pfalz.

Viele Vorschläge wurden gemacht. Ich will sie hier nur nennen, nicht näher darauf eingehen, denn auch das würde den Rahmen hier sprengen. Es gibt ganze Serien von Vorschlägen. Es gibt das Zukunftsbild 2020. Das ist eine sehr ambitionierte Perspektive für die Großregion, die gut erarbeitet, allerdings auch wirklich sehr hoch angesetzt war. Man ist drangekommen, das Vorhaben Zug um Zug abzuarbeiten. Unterhalb dieses hohen Niveaus gibt es beispielsweise die regelmäßigen Berichte des Wirtschafts- und Sozialausschusses an die Großregion. Beispielsweise möchte ich den Wirtschafts- und Sozialbericht nennen, der ein Labeling in der Region vornimmt; insofern ist er in Europa einmalig. Es gibt gemeinsame Interreg-Projekte. Es gibt das Haus der Großregion. Es gibt die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle. Es gibt eine gemeinsame Polizeidienststelle in Luxemburg. Es gibt aber auch sehr niedrigschwellige Angebote, die das Zusammen-

(Abg. Roth (SPD))

wachsen voranbringen, beispielsweise das gemeinsame Fußballturnier für Nachwuchsmannschaften der Großregion. Zu verweisen ist hier natürlich auch auf die Weiterentwicklung des Konzeptes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Großregion und auf die Hochschulkooperation, beispielhaft realisiert durch die „Universität der Großregion“.

Alle diese Berichte, Vorschläge und Initiativen müssen, wie auch viele Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates, etwa zum Moselschleusenausbau, der uns ja unmittelbar berührt, Zug um Zug in eine Umsetzung münden. Und das ist auch das größte Petikum, das dieser gemeinsame Antrag hat. Es darf nicht einfach weiter darum gehen, im Sinne eines Brainstorming noch viele kluge Vorschläge mehr zu machen. Wir haben ein ganzes Sammelsurium. Wir müssen Mechanismen finden, dass auch etwas umgesetzt wird. Entscheidend wird sein, dass die Menschen merken: Es passiert an dieser und jener Stelle tatsächlich etwas, die reden nicht nur, die schreiben nicht nur Papiere, sondern die setzen wirklich etwas um - Stichwort gemeinsame Polizeidienststelle. Dadurch wird diese Großregion auch erfahrbarer. Davon haben alle einen Vorteil.

Deshalb wollen wir Anregungen für die Realisierung. Zunächst einmal muss eine klare Prioritätensetzung in den regionalen und nationalen Parlamenten erfolgen. Das sagt sich so einfach, das ist es aber nicht. Wir - die sogenannten Europafreaks - wissen, dass viele denken: „Lass die mal reden, das wird an uns vorübergehen.“ Das muss sich ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen Schwerpunkte setzen bei den Grenzgängerinnen und Grenzgängern, denn sie leben Europa. Da müssen administrative und soziale Benachteiligungen abgebaut werden. Ich darf ein Beispiel nennen: Jetzt ist über die zuständige Stelle der Deutschen Rentenversicherung die Rente für Grenzgängerinnen und Grenzgänger für fünf Jahre nachbesteuert worden, was diese nicht mitgekriegt haben. Die Nachzahlung ist bei vielen kleinen Renten in der Summe nicht mehr leistbar. Solche Dinge müssen einfach kommunikativ besser laufen. An der Stelle hat sich auch der saarländische Finanzminister eingeschaltet, wofür ich ausdrücklich dankbar bin.

Wir müssen eine konkrete Erfahrbarkeit der Großregion schaffen. Zum Beispiel gibt es das Projekt Bürgerportal, das jetzt in der Pilotphase ist. Ich habe eben Rheinland-Pfalz kritisiert, jetzt muss ich es loben. Das Projekt wurde von Rheinland-Pfalz mit angestoßen, weil es zunächst einmal die Finanzierung übernommen hat. Hier kann man auf Knopfdruck alles Mögliche in der ganzen Region finden, und nicht nur aufgeteilt nach Teilregionen. Solche Projekte müssen vorangetrieben werden. Die Tourismusprojekte - dazu gibt es Gutachten - müssen umgesetzt werden. Es ist klar: Das Ganze ist mehr als die sie-

ben Teile. Es gab das Projekt Kulturhauptstadt 2007, das Symbol war der blaue Hirsch. Da haben die Luxemburger eine Vorleistung erbracht. Das sind Dinge, die die Großregion erfahrbar machen.

Die Sprache des Nachbarn ist ein Thema. Da gibt es eine Initiative des Kultusministeriums, die das Französischlernen betrifft. Man muss sehen, ob das reichen wird. Kontinuität in diese Arbeit hineinzubringen, wird das Schwierigste sein, auch bei der Debatte „Kernregion oder erweiterte Region“. Deshalb ein Vorschlag aus dem Zukunftsbild 2020, das hier im Hause eigentlich schon Konsens ist: Wir wollen einen Generalsekretär oder eine Generalsekretärin für die Großregion. Ich sage das so locker - diejenigen, die sich damit befassen, wissen, dass das eine größere diplomatische Anstrengung erfordern würde. Zunächst müsste man einmal eine für diese außerordentliche Rolle geeignete Persönlichkeit finden und sie dann, Kollege Jost, so in die diplomatischen Gespräche einbringen, dass wirklich alle Partnerinnen und Partner das akzeptieren. Aber man sollte nicht wegen der Schwierigkeit der Aufgabe das ganze Ziel aus den Augen verlieren. Ich finde, es wäre ein Signal am kommenden Montag wert, sich seitens der Regierungschefs dazu zu äußern.

Das gemeinsame Budget müsste gesteigert werden. Es gibt ja zarte Ansätze über gemeinsame INTERREG-Programme. Das ist aber wirklich nur ein zartes Pflänzchen. Es müsste auch in allen Teilregionen speziell zuständige und ausgestattete Regierungsressorts geben. Das ist im Saarland schon einige Zeit der Fall. Luxemburg hat einen Minister der Großregion benannt, den Kollegen von Herrn Toscani, Minister Halsdorf. Man muss sie auch als Großregionsminister in der Presse erfahren können. Da gibt es noch ein bisschen Steigerungspotenzial. Wichtig wäre jedenfalls, dass alle das so machen. Wir wissen, dass das wegen der unterschiedlichen staatlichen Strukturen und der unterschiedlichen Probleme in den Ländern schwierig ist. In Belgien/Wallonien werden Diskussionen geführt, ob das Land überhaupt zusammenhält. Der Aufbau des Staates in Frankreich ist ganz anders als bei uns. Das ist schwierig. Umso besser, umso diplomatischer müssen wir damit umgehen.

Was ich mir wünschen würde, wäre weiter ein mehr oder weniger barrierefreier Zugang zu Sicherheits- und Sozialstrukturen. Und ich hätte noch einen anderen Wunsch - etwas, das man nicht fordern kann. Wir sagen: „Wir sind eine Region, wir sind befreundet.“ Es wäre gut, wenn auch die Regierungschefs, also die „Number Ones“ mehr informelle Kontakte pflegen würden. Ich sage „informell“, denn nur, wenn man sich kennt, wenn man sich auch mal zwischen offiziellen Terminen trifft, sich unterhält, kann man den anderen einschätzen, nur dann geht es voran. Das ist die Kunst der Diplomatie. Mir ist bekannt

(Abg. Roth (SPD))

vom deutsch-französischen Dialog Merkel-Sarkozy, dass zum Beispiel im Bereich Oberrhein/Elsass sehr enge Kontakte bestehen. Die schaffen es immer, ein Thema einzuspielen. Wir sind noch nicht so weit. Wir müssen daran arbeiten. Die Grundvoraussetzung ist aber, dass sich so unterschiedliche Menschen wie Juncker, Masseret, Peter Müller, Kurt Beck und die Wallonen, je nachdem, wer dort gerade regiert, auch mal informell treffen. Jetzt schmunzeln einige, deswegen spreche ich davon. An dieser mangelnden Diplomatie krankt natürlich auch das ein oder andere.

(Beifall von der SPD.)

Abschließend möchte ich die Hoffnung äußern, dass am Montag keine Gipfelroutine eintritt. Es wäre das Schlimmste, was passieren könnte, dass das administrativ versumpft. Der Charme dieser europäischen Modellregion - Modellregion im umfassenden Sinne, also auch ganz besonders im Sozialen - sollte noch einmal herausgestellt werden, bei allen Debatten, die es im Vorfeld gab, die nicht unproblematisch waren, auch was die Übernahme der Gipfelpräsidentschaft betrifft. Ich bin der Auffassung, man müsste auch im Sozialbereich ein Best-Practice-Modell schaffen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das der Mindestlohn. Ich bin auch sicher, dass ich das in zwei Jahren hier nicht mehr zu fordern brauche; dann wird er realisiert sein. Gerade in diesem Fall gibt es eine gute Argumentationsgrundlage, denn die Nachbarn haben es gemacht. Mittlerweile fordert sogar die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft den Mindestlohn. Also es steht alles Kopf. Man könnte die Großregion nutzen, um über seinen Schatten zu springen. Wir hätten bessere Argumente als andere in Deutschland.

Wir müssen uns um die Eindämmung atypischer prekärer Beschäftigung kümmern. In der Region werden Putzkolonnen von hier nach dort gegeneinander ausgespielt. Wir müssen bestehende Errungenschaften absichern, unter anderem die interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle und den Wirtschafts- und Sozialbericht. Das hängt teilweise an einzelnen Personen; wenn die nicht mehr da sind, wackelt die ganze Angelegenheit. Hier muss Kontinuität hineinkommen. Man müsste die Politiken abstimmen in Wirtschafts-, Sozial- und Umweltfragen. Ich möchte nur den Bereich der Industriepolitik erwähnen. Ein kleiner Exkurs: Man hat immer gesagt, Lothringen macht es sehr gut, die haben den Bergbau rechtzeitig abgeschafft. Die Konsequenz davon ist leider, dass es dort die größte Arbeitslosigkeit in der ganzen Region gibt. So ein ganz vorbildhafter Vorgang war das also nicht; es gibt Riesprobleme damit.

Außerdem muss man das gesellschaftliche Leben und Zusammenwachsen fördern, zum Beispiel über Vereine und den Sport. Mir fehlt da an manchen

Stellen - ich sage das als Handballer - ein bisschen die Vorbildfunktion der Fußballmannschaften. Da gibt es ja einige Möglichkeiten. Nicht nur die C-Jugend des FC Saarbrücken und die C-Jugend des FC Kaiserslautern könnten gegeneinander spielen. Warum treten nicht auch einmal in irgendeinem Cup der Großregion die ersten Mannschaften an? Das würde riesige Beachtung finden. Da müsste doch etwas möglich sein.

Alles in allem war diese Rede nicht einmal meinen eigenen Atem wert, wenn die Verantwortlichen das nicht wirklich wollen. Ein Teil der Verantwortlichen sind wir selbst. Als Teil einer funktionierenden Großregion hat das Saarland nach meiner Auffassung allemal mehr Chancen als als Anführer der Pleitetafel der föderalen Bundesrepublik Deutschland mit einem zunehmend angelsächsischen Kapitalismus. Deshalb: In der Großregion liegt unsere Chance. Nutzen wir sie! - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Helma Kuhn-Theis.

Abg. Kuhn-Theis (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche natürlich auch im Auftrag der Jamaika-Koalition. Ich danke Eugen Roth für seine Anmerkungen und dafür, dass er diesen Antrag auf den Weg gebracht hat. Wir haben gemeinschaftlich den Antrag so gestaltet, dass wir uns alle wiedergefunden haben. Auch das zeigt die große Übereinstimmung in diesem Parlament, wenn es darum geht, die Großregion nach vorne zu bringen.

Es war eben die Rede von Europaskepsis. Es ist in der Tat so, die Menschen machen sich Gedanken um ihr Geld, haben Angst, dass die aktuellen Diskussionen möglicherweise zu einer Entwertung oder einer Währungsreform führen könnten. Das kann niemand wollen, und aus meiner Sicht wird es auch nicht so kommen. Es wurde eben gesagt, es wäre vernünftig, wenn wir als Saarland, als die treibende Kraft in der Großregion, auch einen Minister für SaarLorLux hätten. Wir haben aber einen Europaminister, der sich in dieser Funktion natürlich auch sehr verantwortungsvoll um die Anliegen der SaarLorLux-Region kümmert und für eine positive Entwicklung steht. Ich denke, in dem Bereich haben wir keinen Nachholbedarf.

Ich möchte heute aber nicht nur Skepsis verbreiten. In der heutigen Zeitung ist zu lesen, dass es durchaus sehr positive Ansätze gibt, die die Bürgerinnen und Bürger der Großregion ganz aktuell betreffen, nämlich bei der Verbesserung der Patienten-

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

mobilität. In Notfällen besteht bereits die Versorgung über die Grenzen hinweg, aber künftig wird es so sein, dass innerhalb der 27 Mitgliedsstaaten die Patienten ihren Arzt oder ihre Klinik wählen können. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger gerade in der SaarLorLux-Region von großer Bedeutung und von Vorteil.

Europa wächst an den Grenzen zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber das geht nicht von alleine, auch nicht bei uns, trotz der Tatsache, dass wir ein recht überschaubares europäisches Gebiet sind. Deshalb müssen wir die Fragen des Europas von morgen, wie wir sie hier in der Grenzregion täglich erleben, durch konkrete Maßnahmen mit alltagstauglichen Lösungen vorantreiben. Das müssen wir auch tun, nur so kann es gelingen, dass die Menschen, die diese europäische Region bewusst erleben und fühlen, auch einen Mehrwert spüren, und zwar in ihrem Alltag. Eugen Roth hat schon darauf hingewiesen, das ist zunehmend schwierig.

Peter Müller hatte damals, als er 2003 den Gipfelvorsitz innehatte, eine hervorragende Idee. Mit dem Präsidenten der Kommission, Jacques Santer, hat er ein herausragendes visionäres Papier auf den Weg gebracht, das über die Grenzen der Region hinaus Beachtung gefunden hat. Wir alle, vor allen Dingen die Mitglieder im IPR, waren in den letzten Jahren und sind weiterhin bemüht, dieses „Zukunftsbild 2020“ umzusetzen, was mitunter sehr schwierig ist. Eugen Roth hat bereits das eine oder andere angesprochen.

Wir haben in unserer langjährigen parlamentarischen Zeit erlebt und erfahren, dass wir einen langen Atem haben müssen. Selbst bei winzig kleinen Fortschritten dauert es manchmal lange - aus unserer Sicht viel zu lange -, bis sich etwas in Bewegung gesetzt hat. Man kann trefflich darüber philosophieren, wie man das hätte schneller machen können, aber wichtig ist, dass wir alle am Ball bleiben. Im Antrag heißt es: „Die Großregion muss an Fahrt gewinnen.“ Das bedeutet nicht - so ist dieser Antrag auch nicht zu verstehen -, dass nichts passiert ist, sondern dass der eingeschlagene Weg der richtige ist, aber die Geschwindigkeit nicht stimmt. Ich sehe zu meiner Rechten den ehemaligen Europaminister Karl Rauber, der auch schon den Vorschlag einer „Großregion der zwei Geschwindigkeiten“ machte. Er hatte diesen Vorschlag gemacht, als das Saarland den Gipfelvorsitz hatte, aus einer gewissen Verärgerung heraus, weil nicht alle Mitglieder des Gipfels so schnell, intensiv und verantwortungsvoll arbeiten wie das Saarland, Luxemburg und Rheinland-Pfalz. Das bringt uns jedoch nicht weiter. Wir sind in einer Schicksalsgemeinschaft, die aus mehreren, nicht nur aus drei Mitgliedern besteht. Deswegen brauchen wir einen langen Atem.

Ich möchte nur ganz kurz einige Dinge ansprechen, die schon umgesetzt worden sind. Ich nenne den gemeinsamen Wirtschaftsraum, der eine ungeahnte Dynamik erhalten hat. Wir sind die Region mit den meisten Grenzgängern. Die Untersuchungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion - wir haben die Ergebnisse in einer großen Veranstaltung vernehmen dürfen - haben ergeben, dass trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise die Anzahl der Pendler keinen Einbruch erlitten habe. Im Gegenteil, auch hier ist die Wirtschaftsdynamik im Grenzraum stabil geblieben, bis heute hat sich die Anzahl der Grenzgänger auf 203.000 erhöht. Deswegen ist es richtig, dass das Saarland unter seinem Gipfelvorsitz diese Mobilitätsinitiative zu seinem Thema gemacht hat. Das Saarland hat erkannt, dass dies ein ganz wesentlicher Faktor ist für die Arbeitsplatzsituation und für die wirtschaftliche Entwicklung der SaarLorLux-Region und auch des Saarlandes. Ich beglückwünsche das Saarland und den Europaminister dazu, dass der saarländische Gipfelvorsitz so engagiert und verantwortungsbewusst genutzt wurde, um in diesem Bereich Akzente zu setzen. Es freut mich in diesem Zusammenhang sagen zu dürfen, dass die Task Force Grenzgänger ein arbeitsmarktpolitisches Instrument ist, das unbedingt auf den Weg gebracht werden muss, um die administrativen Hemmnisse zu überwinden. Es ist eine Expertengruppe, die verstärkt dafür sorgen wird, dass die Grenzgängermobilität an Aufwind gewinnt. Ich höre, dass die Realisierung kurz bevorsteht. Darüber sind wir sehr froh.

Auch im Bereich Tourismus gibt es ein Interregionales Tourismusmarketingkonzept, das sich bewährt hat. Alle arbeiten mit. So sieht es auch in der kulturellen Zusammenarbeit aus. Zum Thema der Sicherheit ist das Vier-Nationen-Zentrum bereits angesprochen worden. Ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Großregion tagtäglich erfahren, wie es ist, in einem sicheren Raum zu leben. Angesichts der aktuellen Diskussionen um Unsicherheiten in Europa und in der ganzen Welt ist das auch ein Markenzeichen für die SaarLorLux-Region. Es gibt gemeinsame Polizeistreifen, gemeinsame Einsätze und vieles mehr. Das alles ist für die Bürgerinnen und Bürger ein Mehrwert, den sie täglich erfahren.

Ich möchte noch ein herausragendes Projekt ansprechen, das sich auf einem guten Weg befindet: die Universität der Großregion. Alle Universitäten der Region arbeiten zusammen, die Studenten können ihre Scheine in den benachbarten Universitäten machen. Auch das wird weiterentwickelt, der saarländische Gipfelvorsitz hat sich dazu einiges vorgenommen.

Dann können wir, denke ich, alle sehr stolz darauf sein, dass es uns gelungen ist, den Anspruch auf Exzellenz in der Großregion durch einen neuen

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

großregionalen Schultyp, das Schengen-Lyzeum, auf den Weg zu bringen. Es ist gelungen, durch diesen herausragenden europäischen Schultyp, durch multinationale Lehrerschaft und Schülerschaft eine Schule in unserer Region zu haben, die europaweit Vorbild ist. Hier können Abschlüsse gemacht werden, die gegenseitig anerkannt werden. Ich habe mir die Zeit genommen, um zumindest an einigen Beispielen aufzuzeigen, was in der Großregion schon alles passiert ist, und wie positiv sich die Entwicklung darstellt.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Aber der Antrag, der uns heute vorliegt, hat noch ein anderes Anliegen, das wir alle gemeinsam verfolgen. Wenn wir gemeinsam die Dinge umsetzen wollen, die noch im Raum stehen, und wenn es weiterhin eine positive Entwicklung der Großregion geben soll, brauchen wir Verbündete, verlässliche Partner, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind, dass sie Teil dieser Großregion sind. Dazu gehört nicht nur der Gipfel, sondern auch der Interregionale Parlamentarierrat.

Wir können mit gutem Gewissen sagen, dass der Interregionale Parlamentarierrat stets Motor war und den Gipfel durch zahlreiche Empfehlungen angetrieben hat. Auf der Grundlage des Zukunftspapiers 2020 hat der Interregionale Parlamentarierrat in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet. Ich sage hier ganz offen, wir haben den Gipfel getrieben und manches wäre möglicherweise „nicht so schnell“ erfolgt, hätte der Interregionale Parlamentarierrat nicht so gut gearbeitet.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Deswegen freut es mich, dass unser Europaminister Stefan Toscani, als er vor dem Plenum des Interregionalen Parlamentarierrates gesprochen hat, ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, den Dialog zwischen Gipfel und IPR noch auszubauen, weil auch er die Meinung vertritt, dass beide Gremien eine große Verantwortung für die Zukunft der Großregion tragen. Ich kann, denke ich, auch im Namen aller Kollegen Ihnen, Herr Europaminister, versichern, dass wir sehr an einem konstruktiven Dialog interessiert sind und weiter sehr kräftig mitmischen werden.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Zum Abschluss möchte ich noch ein paar Bemerkungen zu dem künftigen Gipfelvorsitz machen, den Lothringen innehat. Ich möchte in aller Offenheit sagen: Es gibt Regionen, die sehr verantwortungsbewusst, sehr zielstrebig und mit einer hohen Geschwindigkeit Dinge im Rahmen ihres Gipfelvorsitzes angehen. Es gibt aber auch Teilregionen, die das eher anders sehen, eher wenig engagiert, sich Zeit lassen, gemächlich das Ganze angehen und

den Gipfelvorsitz eigentlich nur als lästiges Übel ansehen.

(Abg. Ries (SPD): Das weiß man nicht!)

Kollegin Ries, ich habe ja noch gar nichts gesagt - -

(Abg. Pauluhn (SPD): Aber das schon sehr lange! - Abg. Ries (SPD): Ja, ganz genau, das schon sehr lange. - Abg. Pauluhn (SPD): Sie hat seit einer halben Stunde noch gar nichts gesagt.)

Sind Sie fertig, Herr Pauluhn? Gut, dann kann ich weiterreden. Man könnte aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen, die wir in den Ausschüssen des IPR gemacht haben, die Befürchtung haben, dass es unter dem Vorsitz von Lothringen zu einer Reduzierung der Geschwindigkeit kommen könnte. Ich hoffe, dass dem nicht so ist. Meine Erwartungen an die Lothringer sind, dass sie sich ihrer Verantwortung mehr, als das in der Vergangenheit der Fall war, bewusst werden, dass sie die Beschlüsse fortsetzen, die gefasst worden sind, dass sie pragmatisch an das, was vorgegeben ist, herangehen, dass sie sich für die Fortführung und das Funktionieren des gemeinsamen Gipfelsekretariats einsetzen, vor allen Dingen auch für die Fortsetzung der Öffentlichkeitsarbeit, um nur einige Themen zu nennen.

Ich hätte die herzliche Bitte auch an die Kollegen der SPD, an Sie Herr Pauluhn, an Sie, Frau Ries und an andere, sich mit Herrn Masseret einmal zu treffen, um ihm zu sagen, wie wichtig die Zusammenarbeit mit Lothringen ist, und dass wir die Erwartungen an Lothringen stellen, wie wir sie an uns selbst gestellt haben. Ich denke, dann wären wir einen großen Schritt weiter.

Zum Abschluss hätte ich noch ein paar Anmerkungen zu machen. Ich wünsche mir, dass den Grenzregionen Sonderrechte eingeräumt werden, dass sie Sonderrechte des Experimentierens bekommen. Das wäre ein Segen für unsere SaarLorLux-Region nach dem Vorbild der französischen Dezentralisierungspolitik. Ich denke, da hätten wir viel mehr Spielräume und wären nicht so auf die nationalen Gesetzgebungen angewiesen. Ich wünsche mir an der einen oder anderen Stelle, dass die Europäische Union für die Grenzregionen vor allen Dingen im Bereich des Spracherwerbs Gelder zur Verfügung stellt, weil die Grenzregionen das oftmals alleine nicht so schnell schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass es künftig in der Großregion weiterhin so positiv laufen wird, wie sich das unter dem saarländischen Gipfelvorsitz in der Vergangenheit dargestellt hat. Ich hoffe, dass das, was hier aufgegriffen worden ist, sehr rasch und zielgerichtet von den Lothringern umgesetzt wird. Ich denke, dass wir dann gemeinsam in eine gute Zukunft in der SaarLorLux-Region gehen. Meine feste Überzeugung ist, die Zu-

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

kunft des Saarlandes, die Zukunft von uns allen liegt in SaarLorLux. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Prof. Dr. Heinz Bierbaum.

Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich zu Anfang erklären, dass wir diesen Antrag unterstützen. Auch wenn wir formal nicht dem Antrag beigetreten sind, so teilen wir ihn doch inhaltlich voll und unterstützen ihn. Ich halte es auch für notwendig, dass der gesamte saarländische Landtag eine Initiative in diese Richtung unternimmt.

(Beifall des Hauses.)

Ich bin der Überzeugung, dass es wichtig ist, uns damit zu beschäftigen, weil wir schon einen bestimmten Widerspruch haben. Auf der einen Seite sind wir eine europäische Region. Wir sind mittendrin, wir sind auch eine der Kernregionen in Europa. Auf der anderen Seite ist aber die Realität noch nicht dadurch gekennzeichnet, dass wir wirklich europäisch denken. Wir haben eine Vielzahl von gemeinsamen Projekten. Das ist eben schon einmal angekommen. Da gibt es eine ganze Menge im Bereich Arbeitsmarkt, im Bereich Bildung, in vielen anderen Bereichen. Es gibt einen Interregionalen Parlamentarierrat. Es gibt all diese Dinge. Aber so richtig hat das noch nicht den Alltag erfasst. Deswegen bin ich auch der Auffassung - und deswegen unterstützen wir diesen Antrag -, dass wir hier politisch stärker initiativ werden müssen. Das heißt, wir müssen mehr machen. Das ist wohl der Sinn dieses Antrags zu sagen, wir müssen uns damit stärker beschäftigen.

Ich will ganz kurz noch einmal auf ein paar Fakten eingehen, die zum Teil schon genannt worden sind. Die Großregion umfasst immerhin etwas über 11 Millionen Einwohner. Das ist eine Menge. Wir wissen, dass das mit der Großregion etwas schwierig ist vom Namen her. Außerhalb unseres Bereiches kann kaum jemand etwas mit dem Wort Großregion anfangen. SaarLorLux ist treffender, aber umfasst nicht alles, was die Großregion darstellt. Wir haben sehr unterschiedliche Regionen und wir haben auch ein sehr unterschiedliches Verhalten. In dem Zusammenhang möchte ich deutlich sagen, es wird nur gelingen voranzukommen, wenn alle gleichermaßen mitziehen. Wir hatten auch sehr unterschiedliche Schwerpunkte. Das gilt für alle Regionen, die einmal Bremsen waren und ein andermal diejenigen, die stärker auf die Tube gedrückt haben. Da gibt es sehr unterschiedliche Entwicklungen. Ich stimme dem zu,

was auch meine Vorredner gesagt haben, dass die Zukunft des Saarlandes gesehen werden muss als eine Zukunft in der Großregion, als eine europäische Zukunft. Das halte ich für außerordentlich wichtig.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auch eine Reihe gemeinsamer Probleme haben. Ich nannte eben die Bevölkerungszahl von etwas über 11 Millionen, wir sind in der letzten Zeit weniger gewachsen. Das hängt übrigens auch stark mit dem Saarland zusammen, weil wir einen deutlichen Bevölkerungsrückgang haben. Wir haben das Problem der demografischen Entwicklung, das heißt die Zahl der Älteren nimmt deutlich zu. Das hat meines Erachtens auch Auswirkungen auf das Thema wirtschaftliche Entwicklung, da werden andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Ich glaube, das ist ein gemeinsames Problem, das wir in der Region insgesamt haben, auch wenn die Entwicklung in den Teilregionen sehr unterschiedlich ist.

Wir haben eine Beschäftigungsquote von 60 Prozent. Die hat in letzter Zeit zugenommen, wir liegen aber noch unter dem von Lissabon gesetzten Ziel von 65 Prozent. Und es gibt einen weiteren außerordentlich wichtigen Punkt, auf den schon hingewiesen worden ist, das ist der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt. Wir haben mehr als 200.000 Grenzgänger, wobei die Ströme ungleich verteilt sind. Der größte Teil der Grenzgänger geht nach Luxemburg, wovon die Hälfte aus Frankreich kommt. Es gibt nur zwei Regionen mit einem positiven Grenzgängersaldo: Die eine ist Luxemburg und die andere das Saarland, auch wenn wir eine abnehmende Zahl von Einpendlern aus Frankreich zu verzeichnen haben. Dennoch ist es eine wichtige Realität. In dem Zusammenhang möchte ich auch noch mal betonen - auch das war eine gemeinsame Initiative des entsprechenden Ausschusses -, dass die Beratungsstellen für die Grenzgänger erhalten bleiben müssen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD.)

Wir müssen dafür sorgen, dass die EURES-Beratungsstellen weiter erhalten bleiben. Hierzu gibt es auch Initiativen der Landesregierung. Es ist aber auch wichtig, dass wir uns in Europa Gehör verschaffen, damit dort keine Mittel gestrichen werden. Die EURES-Stellen, die auch nicht allen bekannt sind, sind eine Erfolgsstory. Es gibt viele Teilnehmer an den Beratungsgesprächen.

Anknüpfend an diese Problematik müssen wir eines tun. Wir müssen uns noch stärker als bisher um die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Region kümmern. Auch was die wissenschaftlichen Untersuchungen angeht, haben wir noch erhebliche weiße Flecken. Die Kenntnis über die Arbeits- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Teilräumen

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

der Region scheint mir nicht ausreichend entwickelt zu sein.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir haben zwar auf der Ebene der Gewerkschaften den Interregionalen Gewerkschaftsrat, aber das ist eine Institution, die - damit trete ich wohl niemandem zu nahe - doch relativ weit weg ist von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Großregion, und das muss sich aus meiner Sicht ändern. Dazu ist eine Reihe von Initiativen notwendig. Wir brauchen mehr Austausch an der Basis selbst. Es gibt Projekte, Schulen, Berufsbildung. Ich glaube, da muss ein Austausch stattfinden. Auch was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeht, brauchen wir einen stärkeren Austausch, um uns gegenseitig kennenzulernen, um zu wissen, wie die Realität in den einzelnen Bereichen aussieht. Hier haben wir zum Teil rückläufige Tendenzen und da müssen wir gegensteuern.

Aus meiner Sicht sind es drei Felder, wo ich einen Vorrang sehe. Es ist erstens die Bedeutung des Wirtschaftsraumes betont worden. Bei allem, was sich positiv entwickelt hat, möchte ich auf einen Bereich hinweisen, der auch schon bei der Diskussion über die Entwicklung im Saarland zur Sprache kam. Die Großregion ist insgesamt, was den Arbeitsmarkt angeht, relativ gut durch die Krise gekommen. Allerdings sind die Grenzgänger nicht ganz verschont worden. Das betrifft insbesondere unsere französischen Kolleginnen und Kollegen, die natürlich auch von dem wirtschaftlichen Rückgang in Luxemburg betroffen wurden. Dennoch gibt es durchaus positive Beispiele, gerade was die Entwicklung auf den Arbeitsmarkt angeht.

Was wir aber aus meiner Sicht noch nicht richtig geschafft haben, ist, dass wir sozusagen den Mehrwert dieser Großregion auch für die wirtschaftliche Entwicklung herausgestellt haben. Hier gibt es ein paar kleinere Dinge, die man auch anpacken muss. Das ist zum Beispiel das Thema Kommunikation, auch was das Telefonieren angeht. Es sind Kleinigkeiten, die oftmals eine größere Entwicklung behindern. Wir müssen deutlich die Gemeinsamkeit des Wirtschaftsraumes herausstellen. Wir müssen unsere europäische Positionierung stärker nutzen, auch als Vorteil für den Wirtschaftsstandort. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir ausbauen müssen und wo wir uns stärker engagieren müssen, um auch dort bessere Angebote, auch Dienstleistungsangebote, zu entwickeln.

Der zweite Punkt hängt eng damit zusammen. Sie haben von der Universität der Großregion gesprochen. Ich meine, dass wir die Zusammenarbeit im Bereich der Bildung deutlich verstärken müssen. Das gilt für die Universitäten, da gibt es bestimmte gemeinsame Projekte. Aber es wird noch nicht ge-

föhlt, dass wir hier wirklich einen Verbund haben. Im Bereich der Hochschulen müssen wir mehr tun, und zwar nicht nur ganz oben, sondern das muss auch die Studierenden stärker erfassen. Die Mobilität muss meiner Meinung nach stärker unterstützt werden.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das gilt aber auch für die Schulen selbst. Sie haben richtigerweise das Schengen-Lyzeum erwähnt. Aber noch ist es sozusagen ein Leuchtturm, das müssen wir verbreitern. Dann ist mir ein Punkt noch sehr wichtig - ich glaube, auch da können wir mehr tun -, das ist der Bereich der beruflichen Bildung. Auch dort müssen wir einen Austausch haben. Ich glaube, es ist möglich, grenzüberschreitende Ausbildungsverbünde zu gründen.

Dritter Punkt. Eugen Roth hat davon gesprochen, dass die Region erfahrbar sein muss. Ich glaube, da müssen wir ansetzen. Das bedeutet, dass wir uns stärker mit den Arbeits- und Lebensbedingungen auseinandersetzen müssen, dass dort eine Erfahrbarkeit stattfindet, dass wir konkret erfahren, was das heißt. Dazu gehört selbstverständlich das Thema Sprache, das leider gegenwärtig etwas zurückgeht, gerade wenn ich an Lothringen denke, wo die Jugendlichen immer weniger Deutsch sprechen im Vergleich zu früheren Generationen. Wir müssen die Arbeits- und Lebensbedingungen erfahrbar machen, damit Europa auch wirklich zum Alltag wird, damit das, was Großregion heißt, Alltag wird.

Deswegen unterstützen wir auch die Projekte, die es da gibt. Wir müssen das auch politisch weitertreiben. Wir müssen Kritik aufgreifen und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass in dieser Region unsere Zukunft liegt. Das muss ganz nach unten gebrochen werden. Nur wenn diese Region auch für den einzelnen Menschen im Alltag erfahrbar ist, wird sie auch eine Zukunft haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Minister Stephan Toscani.

Minister Toscani:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass auch bei diesem Thema eine so breite Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen im Landtag besteht. Das tut gut, das fördert den Europagedanken im Saarland. Es hilft vor allem unserem großen gemeinsamen Projekt SaarLorLux.

Ich verstehe diese Debatte als landespolitische Einstimmung auf den Gipfel, den wir am kommenden Montag ausrichten. Das ist der Höhepunkt der saar-

(Minister Toscani)

ländischen Gipfelpräsidentschaft, des saarländischen Gipfelvorsitzes in der Großregion und gleichzeitig auch der Abschluss. Wir übergeben dann das Staffelholz an die Kollegen aus Lothringen. Insofern ist heute eine gute Gelegenheit, eine Bilanz zu ziehen über das, was wir in den letzten eineinhalb Jahren gemeinsam erreicht haben.

Ich unterstreiche, dass heute Morgen in der Debatte viele gute Ansätze zu verzeichnen sind, viele konstruktive Ansätze, die geeignet sind, unsere Großregion weiterzubringen. Als was empfinden wir uns? Wir sind Saarländer - ja. Wir sind Deutsche - ja. Wir sind auch Bürger der Großregion SaarLorLux. Aber das Problem besteht darin, dass die gefühlte Mehrheit im Land diese dritte Identität noch nicht so stark empfindet wie vielleicht der eine oder andere von uns. Das Wunderschöne an diesen drei Identitäten ist ja, dass sie nicht gegeneinander arbeiten, sondern dass sie sich gegenseitig ergänzen, bereichern und im Grunde diesen Mehrwert darstellen, der eben schon angesprochen wurde.

Uns kommt eine große Bedeutung für das Zusammenwachsen Europas zu. Das klingt pathetisch, ist aber tatsächlich so, denn die Grenzregionen sind Nahtstellen beim Zusammenwachsen Europas. Wir können stolz darauf sein - das sage ich bewusst als Bürger der Großregion -, dass ein Bürger der Großregion der Vater Europas ist. Robert Schuman hat keine Dreiviertelstunde von hier in Scy-Chazelles bei Metz gelebt. Wir haben im Sommer das Jubiläum der Schengen-Verträge gefeiert. Schengen - das berühmteste Dorf der Welt - ist Teil unserer Großregion. Wenn wir das so empfinden, tragen wir dazu bei, dass nach und nach diese gemeinsame Identität als Bürger der Großregion wächst.

Wie schaffen wir es, dass das stärker wird und zunehmend als Vorteil empfunden wird? Die Kolleginnen und Kollegen haben die jeweiligen Themenfelder angesprochen, beispielsweise die Wirtschaft, die Kultur und die Zusammenarbeit auf dem Sektor der Bildung. Ich glaube, es gibt nicht das eine große Projekt, das die gemeinsame Identität noch steigern wird. Es sind vielmehr eine Vielzahl von Projekten in diesen jeweiligen politischen Sektoren. Wir müssen es schaffen, durch immer mehr und immer weitere Projekte auf allen politischen Themenfeldern in der Großregion eine Art kritischen Punkt zu erreichen, an dem diese gemeinsame Identität letztlich zur Selbstverständlichkeit wird.

Wie schaffen wir das? Ich glaube, mit einer Mischung aus Begeisterung für die Vision, die die Großregion unserem Land bietet, aber auch aus nüchternem, fleißigem politischem Handwerk. Beides ist notwendig. Beides prägt auch die saarländische Präsidentschaft, die sich jetzt dem Höhepunkt zuneigt. Gerade als Beispiel dafür, dass das Ganze im Kopf beginnt, möchte ich einen Punkt anführen,

der hier schon genannt wurde: Wirtschaft. Kollege Bierbaum hat es eben angesprochen, die Vorrednerinnen und Vorredner auch. Ich glaube, wenn wir das forcieren, was wir in der Großregion im Grunde sind - nämlich das gemeinsame Tor zu den beiden größten Märkten in der Europäischen Union zum deutschen und zum französischen Markt sowie zu einem der bedeutendsten Finanzplätze in der gesamten Europäischen Union, Luxemburg -, wenn wir den wirtschaftlichen Ansatz so finden, dann ergeben sich daraus Chancen.

Ein weiterer Punkt, der wichtig ist: Raumplanung. Raumplanung klingt etwas trocken, aber ist etwas, was langfristig wirkt. Planerische Entscheidungen haben Bedeutung für die nächsten 10, 20 oder 30 Jahre. Wir sind dabei, uns enger zu verzahnen. Kollegin Simone Peter hat die Raumordnungsminister zusammengerufen und hat ein gemeinsames Projekt vorangetrieben, das ursprünglich aus Luxemburg kam.

Wenn man überlegt, welches die Metropolen in Europa sind, dann taucht in unserer Großregion zunächst einmal keine Stadt auf, vielleicht Luxemburg auf Platz fünf oder sechs. Wenn wir unsere Großregion als europäische Metropole betrachten und uns entsprechend vermarkten, sind wir plötzlich mindestens in der zweiten Liga der europäischen Metropolen. Also gilt es, die Bedeutung dieser gemeinsamen Identität durch Raumordnung und Ansätze in der Wirtschaft zu forcieren.

Was haben wir in den 18 Monaten vorangebracht? Es ist angesprochen worden, dass die Strukturen, die wir haben, mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Das ist auch angekommen. In den Strukturen, die wir haben, finden sich die Mühlen des Alltags. Natürlich ist es so, wenn man solche Strukturen hat: einen Wirtschafts- und Sozialausschuss, einen IPR. Aber trotzdem tragen diese Strukturen dazu bei, dass das entstanden ist, was wir jetzt nach mehreren Jahrzehnten haben. Im Grunde kann man sagen, wenn man jedes Einzelne für sich nimmt, ist es ganz nett und schön. Ich glaube, die Summe macht es aus. Wo in der Europäischen Union gibt es eine derartige Zusammenarbeit von zwei Kulturkreisen, von drei Sprachen, von vier Nationalstaaten, von fünf Teilregionen und von elf Partnern in diesen Teilregionen, eine solche Vielfalt und Heterogenität? Das ist ein Reiz, den es sonst wo in Europa fast nicht gibt. Nirgendwo in Europa, in anderen Grenzregionen Europas arbeiten Regierungen, Beamte, Parlamentarier, Gewerkschafter und Arbeitgeber so eng und strukturiert zusammen wie bei uns in der Großregion SaarLorLux. Die Faszination bewahrt man dann, wenn man auf das zurückschaut, was einmal vor 20 oder 30 Jahren war. Was wir jetzt erreicht haben, ist im europäischen Maßstab etwas Besonderes. Liebe Kolleginnen und Kol-

(Minister Toscani)

legen, wir können mit Fug und Recht sagen: Wir in unserer Großregion SaarLorLux sind die Grenzregion, die am intensivsten in der gesamten Europäischen Union zusammenarbeitet. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

In unserer Präsidentschaft haben wir diese Strukturen weiterentwickelt. Es gibt ein Haus der Großregion in Luxemburg. Künftig gibt es ein gemeinsames Sekretariat dieser Großregion; es wird im Haus der Großregion in Luxemburg angesiedelt. Wir haben dieses Sekretariat in unserer Gipfelpräsidentschaft entscheidend vorangebracht. Es steht jetzt. Es kann in Kürze seine Arbeit aufnehmen. Das wird auch für mehr Kontinuität und Stabilität zwischen den verschiedenen Gipfelpräsidentschaften sorgen. Es soll die jeweils rotierende Gipfelpräsidentschaft unterstützen, ihr Impulse und Anregungen geben. Das heißt, diese Gesamtstrukturen, die wir haben, werden noch stärker angeklungen: es gibt eine gewisse Skepsis und Vorbehalte von manchen, wie stark und engagiert die jeweiligen Teilregionen ihre Gipfelpräsidentschaft wahrnehmen. Ich glaube, wir sollten gegenüber den lothringischen Kollegen der Fairness halber auch einmal sehr deutlich sagen, dass sie es alleine von ihren Strukturen her schwerer haben als wir.

(Beifall.)

Wenn man in die Teilregion Saarland geht, gibt es einen Ansprechpartner, die saarländische Landesregierung. In Luxemburg ist es die luxemburgische Nationalregierung. In Frankreich sind es gleich fünf Partner, die unter einem Dach die Teilregion Lothringen repräsentieren. Das ist nicht ganz einfach. Da gibt es den Präsidenten des Regionalrates, den Präfekten der französischen Nationalregierung und drei Departements mit den drei Präsidenten der sogenannten Generalräte. Jeweils unter fünf Partnern eine Verständigung zu finden, ist nicht ganz einfach. Von daher werbe ich um Verständnis für die strukturellen Schwierigkeiten, die unsere französischen Kolleginnen und Kollegen haben. Ich habe gleichwohl der Eindruck, dass Präsident Masseret, der neue Präsident unseres Gipfels der Exekutiven, mit großem Elan an die Sache herangeht. Ich bin von Natur aus ein optimistischer Mensch. Deshalb glaube ich, dass die lothringischen Kolleginnen und Kollegen in den nächsten beiden Jahren unsere Großregion so engagiert voranbringen, wie wir das getan haben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zur strukturellen Zusammenarbeit. Es hat sich gerade vor Kurzem erwiesen, dass es nützt, wenn wir in der Großregion konkret zusammenarbeiten. Dadurch kommen wir voran. Sie erinnern sich: Wir hat-

ten vor ein paar Wochen die Debatte um die französische Schienenverkehrssteuer. Das ist eine neue Steuer, die letztlich dazu geführt hätte, dass die Saarbahn nach Saargemünd wahrscheinlich vor dem Aus gestanden hätte. Was haben wir gemacht? Natürlich hat sich die saarländische Landesregierung eingesetzt, aber wir haben auch gemeinsam mit den luxemburgischen Kolleginnen und Kollegen dafür gesorgt, dass es jetzt positive Nachrichten gibt. Es ist mittlerweile offiziell: Das französische Parlament und die französische Regierung haben einen Gesetzentwurf eingebracht, um diese Schienenverkehrssteuer die Grenzregionen betreffend zu modifizieren. Auch das ist ein Beispiel für gelebte und erfolgreiche strukturelle Partnerschaft in unserer Großregion.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Seit 2007, dem Jahr der Kulturhauptstadt Europas, gibt es auch eine gewachsene Zusammenarbeit in kulturellen Fragen. Wir waren damals gemeinsam mit Luxemburg und der Großregion die Kulturhauptstadt Europas. Aber das Interessante war, dass wir nicht dabei stehen geblieben sind. Wir haben vielmehr nach diesem Jahr 2007 gesagt, wir setzen diese kulturelle Zusammenarbeit fort. Es gibt einen eigenen Verein „Kulturraum Großregion“, der wirklich interessante Projekte macht. Er bietet eine Internetplattform für Veranstaltungen in der Großregion an. Das Ganze nennt sich „plurio.net“. Sie können also auf einer Internetseite einen Überblick über alle kulturellen Veranstaltungen bekommen, und zwar nicht nur im Saarland, sondern in der gesamten Großregion. Seit kurzem gibt es eine weitere Internetplattform mit der etwas merkwürdigen Bezeichnung „GRRRRR“, wobei die fünf R für die fünf Teilregionen unserer Großregion stehen. Es ist eine Internetplattform für Jugendliche, auf der ebenfalls Veranstaltungen in unserer Großregion angeboten werden. Bei jedem Projekt für sich genommen kann man sagen: Na ja, ist ja ganz nett, aber was bewirkt es denn? In der Summe trägt jedoch alles dazu bei, dass wir uns immer mehr dem kritischen positiven Punkt nähern, dass in unserer Großregion eine gemeinsame Identität entstehen kann.

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich beim Kollegen Klaus Kessler. Er hat ja ebenfalls eine Fachministerkonferenz durchgeführt. Wir hatten in unserer Präsidentschaft mehrere Fachministerkonferenzen. Herr Kessler hat auf der Bildungsministerkonferenz entscheidend dazu beigetragen, dass der Austausch von Lehrern künftig forciert und das Thema „Sprachen“, eines der entscheidenden Themen und neuralgischen Punkte in unserer Großregion, vorangetrieben wird. Die saarländische Landesregierung hat ja ein klares Sprachenkonzept. Wir setzen im frühen Kindesalter auf Französisch. Damit haben die saarländischen Kinder im Vergleich zu Kindern aus an-

(Minister Toscani)

deren Bundesländern einen entscheidenden Vorteil. Natürlich lernen sie in der weiterführenden Schule auch Englisch, aber dann haben sie beides: Sie haben Englisch wie alle anderen Schülerinnen und Schüler in Deutschland, sie haben jedoch als zusätzliche Qualifikation, als zusätzlichen Vorteil gute Kenntnisse in der französischen Sprache. Auch dies trägt dazu bei, die Zusammenarbeit in der Großregion zu verbessern. Deshalb danke ich dem Kollegen Klaus Kessler ganz herzlich für diese Initiative.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich könnte jetzt noch viele einzelne Projekte aufführen, doch dafür bietet meine Redezeit nicht genug Raum. Dafür haben wir aber den Gipfel am kommenden Montag, um all die Projekte öffentlich darzustellen.

Ich möchte zum Schluss noch einmal das aufgreifen, was einige Kolleginnen und Kollegen hier gesagt haben. Wir brauchen ja in der Großregion das Rad nicht immer neu zu erfinden. Es gibt für sie eine Art Kursbuch, eine Art Kompass: den Santer-Bericht, der vor einigen Jahren unter saarländischer Präsidentschaft erstellt wurde. Ich denke, es wäre jetzt an der Zeit, eine Zwischenbilanz dieses Berichtes zu ziehen, der ja bis in das Jahr 2020 reicht. Wir haben jetzt Anfang 2011 und stehen im Grunde an der Hälfte des Weges: Wir haben die Hälfte des Weges zurückgelegt, und es wäre eine gute Gelegenheit - dafür plädiere ich auch -, als Nächstes einmal Bilanz zu ziehen, zu sehen, welche Projekte wir erfolgreich verwirklicht haben, welche Projekte derzeit unterwegs sind, zum Beispiel die Universität der Großregion, und welche überhaupt noch nicht in Angriff genommen wurden und in Kürze angepackt werden müssen. Die saarländische Landesregierung ist - gemeinsam mit dem Landtag - bereit, Motor in der Großregion nicht nur zu sein, sondern auch in Zukunft zu bleiben. Unsere Zusammenarbeit in der Großregion ist letztlich eine logische Entwicklung und Fortsetzung all dessen, was gegenwärtig in der Welt geschieht: Wir haben weltweit den Trend zur Globalisierung, doch parallel dazu steigt das Bedürfnis der Menschen nach lokaler Verankerung, Verwurzelung und Identität. Ich meine, genau dies bietet unsere Großregion. Sie bietet große Chancen für unser Land. Packen wir sie mutig an! Die Landesregierung ist bereit, alles dafür zu tun.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der SPD-Landtagsfraktion und der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/378 - neu -. Wer für die Annahme der Drucksache 14/378 - neu - ist,

den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann kann ich feststellen, dass der Antrag Drucksache 14/378 - neu - mit den Stimmen aller Abgeordneten und somit einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu den Punkten 5 und 9 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Notwendige Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen (Drucksache 14/379)

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Saarländische Verbraucherinnen und Verbraucher vor Lebensmittelskandalen schützen - Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen (Drucksache 14/383)

Zur Begründung des Antrags der SPD-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Isolde Ries das Wort.

Abg. Ries (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Notwendige Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen“ lautet die Überschrift unseres vorliegenden Antrags. Die Ende letzten Jahres erneut aufgetretenen Probleme bei der Futtermittelproduktion haben uns deutlich gemacht, dass es große Lücken bei der Eigenkontrolle der Betriebe sowie in der Lebens- und Futtermittelüberwachung der Länder gibt. Die Frage nach dem „Weiter so“ muss gestellt werden. Im Kampf um niedrige Preise geht allzu oft die Qualität verloren, meine Damen und Herren, und der Skandal kommt uns ganz teuer zu stehen, vor allem den deutschen Bauern. Sie haben voraussichtlich einen Schaden von 100 Millionen Euro, und gerade ihnen muss unsere größte Sorge gelten, genauso wie den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die total verunsichert sind. Sie sind die Hauptbetroffenen des erneuten Skandals.

Lebensmittel sind Mittel zum Leben, wie es das Wort schon sagt, und müssen sicher sein, auch günstige, billige Lebensmittel müssen sicher sein. Der vorliegende Dioxin-Skandal wirft viele Fragen auf. Herr Minister Weisweiler, wir üben Kritik an Ihrer Informationspolitik. Sie haben im Saarland den Eindruck vermittelt, dass Probeergebnisse und der Abgleich von Lieferlisten zu keinem positiven Ergebnis geführt hätten und das Saarland damit bisher dioxinfrei sei. Fakt ist: Es haben lediglich Buchprüfungen stattgefunden, und man hat Eierchargennummern verglichen. Als wir am 12. Januar 2011 im zuständigen

(Abg. Ries (SPD))

Ausschuss nachgefragt haben, was mit den großen Ketten wie Aldi, Lidl und Netto ist, die ja ihre Produkte von überallher beziehen, und mit Schlacht- und Zerlegebetrieben, wurde uns gesagt, es gebe keine Anhaltspunkte. Vertrauen ehrt, Herr Minister, Kontrolle ist besser. Bei meiner Nachfrage im Ausschuss, ob es im Saarland im Rahmen dieses erneuten Dioxin-Skandals zusätzliche Lebensmittelproben gegeben habe, wurde uns vom Vertreter des Ministeriums im Beisein des Ministers für Gesundheit und Verbraucherschutz gesagt, dass zum einen die Proben sehr teuer seien und zum Zweiten die Beprobung so lange dauere, dass man darauf verzichtet habe. Es wurden also keine Proben genommen.

SR und SZ haben nachgefragt, wie viele Proben im Jahr 2010 vor dem Skandal genommen worden seien. Das Saarland ist nach dem nationalen Kontrollplan verpflichtet, zehn Proben zu nehmen. Nachdem wir immer wieder nachgefragt hatten, zu welchen Ergebnissen sie geführt haben, hat sich herausgestellt, dass im letzten Jahr zehn Proben gezogen wurden - und zwar im Mai, im Juni sowie am 03. September - und am 26. Oktober zur Analyse nach Speyer geschickt worden sind. Das heißt: Proben, die im Mai, Juni und September bei Eiern und Fleisch gezogen wurden, sind nach Angaben des Ministeriums am 26. Oktober nach Speyer geschickt worden. Da frage ich Sie, Herr Minister: Was machen Sie? Die Ergebnisse haben bis letzte Woche nicht vorgelegen, und selbst wenn sie jetzt vorlägen und sich ein positiver Befund ergeben hätte, frage ich Sie, Herr Minister Weisweiler: Was wollen Sie mit diesem Befund? Was wollen Sie den Menschen sagen?

(Beifall bei der SPD.)

Das Fleisch und die Eier, die im Mai, Juni und September getestet wurden, sind doch längst verzehrt! Die Produkte der Palette sind alle längst gegessen. - Die Sache ist gegessen. In Fachkreisen sagt man, erst gemessen, dann gegessen. Im Saarland heißt es, erst einmal gegessen, später schauen wir, was drin ist.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Man kann das nur sarkastisch und zynisch nehmen. Dass man nach Angaben des Ministeriums diese zehn Proben am 26. Oktober noch zur Analyse geschickt, ist hinausgeworfenes Geld. Das sind 10.000 bis 15.000 Euro des Steuerzahlers, die rausgeschmissen sind. Mit diesen Analysen kann man nichts mehr anfangen. Das hat nicht mal mehr etwas mit Beruhigung zu tun, das ist Verbrauchertäuschung pur. Jeder Verbraucher und jede Verbraucherin, der oder die im SR gehört hat, dass im Jahr 2010 im Saarland zehn Dioxinproben gezogen wurden, ist davon ausgegangen, dass diese auch analy-

siert wurden. Man glaubt doch nicht, dass diese Proben gezogen und ins Regal gestellt wurden.

(Lachen bei der SPD.)

Wenn jemand davon spricht, dass eine Probe gezogen wurde, dann meint man, sie sei auch analysiert worden. Sie haben also die Verbraucher im Saarland getäuscht und verschwenden Steuergelder. Das ist das Erste.

(Beifall von der SPD.)

Zweitens bezweifeln wir auch, dass die Proben am 26. Oktober nach Speyer geschickt worden sind. Warum? - Wir haben uns bei den saarländischen Laboren erkundigt. Wir haben gefragt, wie lange eigentlich eine Analyse von Dioxinproben dauert. Die saarländischen Labore, die derzeit von vielen Lebensmittelbetrieben Proben ziehen und diese an ein bayerisches Dioxinlabor weiterschicken, sagen, die Beprobung von Eiern und Fleisch dauert zirka vier Tage. Die Beprobung von Milch dauert acht Tage, weil es sich hierbei um eine schwierigere Matrix handelt. In der „Wirtschaftswoche“ steht, die Beprobung von Dioxin dauert in Deutschland zwischen vier und sieben Tagen. Da wir gerecht sein wollten, haben wir gestern in Rheinland-Pfalz, in Speyer nachgefragt, wie lange die Beprobung von Dioxin aktuell dauert. Man antwortete uns, es seien zehn Tage. Aber die zehn Proben, die im Jahr 2010 genommen wurden, sind angeblich am 26. Oktober nach Speyer geschickt worden. Das sind 85 Tage. Das würde bedeuten, dass es acht Mal länger dauert als die normale Probezeit. Herr Minister, ich sage, Sie haben das Parlament belogen. Ich gehe davon aus, dass Sie die Proben am 12. Januar nach der Ausschusssitzung nach Speyer geschickt haben und dass nächste Woche die Ergebnisse vorliegen.

(Beifall von der SPD. - Zuruf von den Regierungsfractionen.)

Alles andere ist nicht zu erklären. Sie können aber gerne das Gegenteil beweisen. Wir müssen das in den Ausschüssen aufarbeiten. Ich bin mir sicher, dass das Parlament belogen wurde.

(Unmutsbekundungen bei den Regierungsfractionen.)

Sie können doch nicht einfach guten Gewissens behaupten, das Saarland sei dioxinfrei, wo Sie keine einzige Lebensmittelprobe genommen haben. Frau Conrad, die Verbraucherschutzministerin aus Rheinland-Pfalz, hat am 12. Januar mitgeteilt, dass sie in Schlacht- und Zerlegebetrieben zusätzliche Lebensmittelproben genommen hat, um auf Dioxin zu testen. Und sie hat eine Menge zusätzlicher Proben genommen. Hier im Saarland wurde im Lebensmittelbereich keine einzige Probe genommen.

(Abg. Ries (SPD))

Kommen wir zum Futtermittelbereich. Hier ist Minister Hartmann zuständig. Nach Auskunft des Landwirtschaftsministeriums wurden im Jahre 2010 sechs Proben genommen. Das sind die Pflichtproben. Als ich letzte Woche nachgefragt habe, lagen die Ergebnisse noch nicht von allen vor. Gestern konnten wir in der Zeitung nachlesen, dass die Ergebnisse vorlägen. Sie seien negativ gewesen. Auch hier sind die Analysen also zeitverzögert in Auftrag gegeben worden. Im aktuellen Dioxin-Skandal wurden sechs Futtermittelproben genommen, nachdem der Skandal aufgetreten ist. Diese wurden bei den vier größten saarländischen Legehennenbetrieben und bei zwei Schweinemastbetrieben genommen. Dabei gibt es im Saarland - man höre und staune - drei Futtermittelproduzenten, bei denen keine Proben genommen wurden, es gibt 48 Handelsbetriebe und 1.415 Tierhalter. Es wurden aber nur sechs Proben gezogen. Ich habe eine Prozentrechnung gemacht. Es wurden 0,4 Prozent der Betriebe beprobt. Bei der „Wucht“ der Kontrollen erfahren wir bestimmt, wenn etwas los ist. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass 99,6 Prozent der Betriebe nicht beprobt wurden. Sie werden mir recht geben, meine Damen und Herren, dass man es dann auch gleich lassen kann.

Unsere erste Forderung im Antrag lautet, nicht nur Proben zu ziehen, sondern diese auch zeitnah zu analysieren. Alles andere ist Verbrauchertäuschung und herausgeworfenes Geld. Im zweiten Punkt unseres Antrags fordern wir, dass ein Dioxinlabor im Saarland benutzt wird, um die Analysen zu beschleunigen.

(Zuruf: Welches denn?)

Wir haben Kontakt zu saarländischen Laboren aufgenommen. Ich hätte mir gewünscht, die Regierungsfractionen oder die Regierung selbst würde so etwas auch tun.

(Erneuter Zuruf.)

Wir wollten wissen, wie man es besser machen kann. Deshalb möchte ich die Forderung wiederholen: Wir brauchen ein saarländisches Dioxinlabor. Wir haben im Saarland drei Labore, die Tests vornehmen. Es wäre für die Landesregierung günstiger, es wäre schneller und würde mehr Verbraucherschutz und Verbrauchersicherheit bedeuten. Wir wissen, dass es im Saarland ein Labor gibt, das die Ausrüstung für Dioxinmessungen besitzt. Dafür braucht man ein hochauflösendes Massenspektrometer, das zwischen 600.00 und 1,2 Millionen Euro kostet. Dieses Labor besitzt es bereits. Es fehlt lediglich ein Untersuchungskit, also die Substanzen, die Chemikalien, um Dioxine zu messen. Sie kosten zwischen 10.000 und 12.000 Euro. Das Labor wäre bereit, dies anzuschaffen, wenn die Landesregie-

rung ihrerseits bereit wäre, ihre Proben dort abzugeben.

(Zuruf: Warum tut man es nicht?)

Diese Frage stellt sich in der Tat. - Außerdem würden die Proben dort nur 400 Euro kosten, während die Landesregierung jetzt zwischen 1.000 und 1.500 Euro zahlt. Man würde also auch noch Geld sparen. Uns ist absolut unverständlich, warum noch keine Kontakte geknüpft wurden; vor Jahren gab es bereits diesen Vorstoß. Aber ich weiß, warum. Dann müsste man nämlich die Proben ausdehnen, man müsste mehr Proben ziehen und sie auch analysieren. Derzeit gilt aber das Motto: Wer nicht sucht, der findet nichts. Wenn nichts gefunden wird, ist man auch dioxinfrei, dann ist man frei von Lebensmittelskandalen und schmiedet den Verbraucherinnen und Verbrauchern dafür einfach die Augen zu.

(Beifall von der SPD.)

Herr Minister, im Ausschuss haben Sie mir versprochen, dass Sie wenigstens versuchen, Kontakt mit diesem Labor aufzunehmen, um zu klären, wie es möglich sein soll. Die CDU-Fraktion hat direkt nach der Ausschusssitzung eine Pressemitteilung abgegeben, in Unkenntnis der Sache und ohne Prüfung. Sie hat mitgeteilt, dass wir kein saarländisches Dioxinlabor brauchen. Dazu kann ich nur sagen, dass Sie den Antrag deshalb abgelehnt haben, weil der Vorschlag von der Opposition kam. Eines hat mich sehr gefreut. Die Verbraucherzentrale des Saarlandes hat gestern Abend, was ich heute morgen auf meinem Rechner gefunden habe, ein Positionspapier für das Saarland verschickt. Darin fordert sie, dass eine umgehende Durchführung von Analysen sichergestellt sein müsse, unter Umständen auch durch die Einrichtung eines eigenen Dioxinlabors beziehungsweise einer Kooperation vor Ort.

(Abg. Roth (SPD): Hört, hört!)

Wir haben also große Unterstützung, auch von der Verbraucherzentrale des Saarlandes. Deshalb bitte ich Sie, sich nicht stur zu stellen, sondern diese Möglichkeit zu prüfen. Das spart dem Steuerzahler Geld und es gibt mehr Verbrauchersicherheit im Saarland.

(Beifall von der SPD.)

Ich kann ebenso Ihre Vorgehensweise nicht verstehen, Herr Minister. Sie haben keine Dioxinproben genommen, weil es Ihnen einfach zu teuer war. Ich frage, warum Sie nicht auf PCB testen. Dies wäre eine Voranalytik. Es gibt in Deutschland acht PCBs, die man testet. Wenn bestimmte PCB-Werte erhöht sind, kann man mit achtzigprozentiger Sicherheit davon ausgehen, dass eine Dioxinbelastung vorliegt, und kann diese Probe dann an ein Dioxinlabor weitergeben. Eine PCB-Testung kostet 100 Euro. Man könnte viele Produkte auf PCB testen und nur in

(Abg. Ries (SPD))

Einzelfällen, in denen bestimmte Werte erhöht sind, die Proben zur Dioxinanalyse weitergeben. Das würde eine Menge Geld sparen. Mir ist völlig unverständlich, dass so etwas hier im Land nicht gemacht wird.

Wir fordern drittens, den Kontrollabstand bei Futtermitteln zu verkürzen. Hier sind wir mit Frau Aigner auf einer Ebene. Die Verbraucherzentrale hat es ebenfalls gefordert. Wir fordern, die Lebensmittelkontrollen auszuweiten. Heute morgen wurde ein Antrag der Regierungskoalition eingereicht. Gestern Abend ging das nicht, weil der Minister drüberschauen und der Antrag noch zwischen allen Parteien abgeglichen werden musste, damit dieses Null-Papier, das keinerlei Aussage enthält, heute vorgelegt werden konnte. In diesem Papier ist kein einziger Satz über Futtermittel- oder Lebensmittelkontrollen enthalten. Kein einziger Satz! So ernst nehmen Sie die Situation für die Verbraucherinnen und Verbraucher im Land!

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Wenn wir sagen, die Lebensmittelkontrollen müssen ausgeweitet werden, dann deshalb, weil derzeit ein Lebensmittelkontrolleur zwischen 350 und 400 Betrieben untersuchen muss. Das ist ein Missverhältnis, das kann nicht gut gehen. Deshalb habe ich mich gefreut, dass die FDP-Landtagsfraktion tatsächlich während des Dioxin-Skandals gefordert hat, die Lebensmittelkontrollen auszuweiten. Ich hoffe, Sie haben nicht nur auf die anderen geschielt, sondern sind der Meinung, dass das auch hier im Saarland der Fall sein muss. Ich setze auf Sie bei den Haushaltsberatungen in diesem Jahr. Vielleicht kann man als Regierungspartei auch vorher schon etwas machen.

Frau Aigner fordert auch einheitliche Qualitätskriterien und sagt, die Länder müssen kontrolliert werden. Nach dem Vorfall hier im Saarland ist es meines Erachtens dringend notwendig, dass das Kontrollgebaren der einzelnen Länder bundesweit koordiniert und kontrolliert wird.

Unsere fünfte Forderung: Die Betriebe müssen verpflichtet werden, die Ergebnisse der Eigenkontrollen an die Kontrollbehörden weiterzuleiten, und die Labore müssen verpflichtet werden, dies ebenfalls zu tun. Das ist keine neue Forderung. Man höre und staune: Diese Forderung wurde von Rot-Grün im Rahmen des BSE-Skandals schon umgesetzt, aber von CDU und FDP im Bund wieder zurückgenommen. Jetzt soll sie wiederkommen. Also neuer Skandal, neue Forderung, man will das wieder einführen. Und nicht einmal diese Forderung findet sich im Antrag der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP. Dort heißt es nur, es soll geprüft werden.

Wir sagen, diese Meldepflicht, die damals von Rot-Grün eingeführt worden ist, war richtig, die muss

auch in Zukunft wieder gelten. Für mich ist es auch unverständlich, dass das kein Mensch diskutiert. Im Umweltbereich, bei Wasser, Boden, Luft, Klärschlamm, gibt es gesetzlich verpflichtende Qualitätskriterien für die Beprobung - Schwermetalle, PCBs -, und das muss alles in einer Datenbank dokumentiert werden, damit die Behörden jederzeit Zugriff haben und sagen können, was an diesem oder jenem Tag war, welches Ergebnis die Beprobung erbracht hat. Es ist für mich völlig unverständlich, warum es das bei den Futtermittelbetrieben nicht gibt. Was in der Umwelt möglich ist, muss auch im Futtermittelbereich möglich sein. Aber es ist mir schon klar, warum das so ist. Ich zitiere an dieser Stelle den nordrhein-westfälischen Verbraucherschutzminister der GRÜNEN, Remmel. Er hat gestern in der Frankfurter Rundschau gesagt, ich zitiere mit Zustimmung des Herrn Präsidenten: „Die Bundesregierung steckt mit der Futtermittelindustrie unter einer Decke. Nur so lassen sich die Privilegien der Futtermittelindustrie erklären.“

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Hört, hört!)

Genau so sehe ich es auch. - Die Verbraucherinformation im Saarland muss schneller erfolgen und transparenter gestaltet werden. So haben wir im Saarland doch tatsächlich am 20. Tag des Dioxin-Skandals eine Pressemeldung vom Ministerium Weisweiler erhalten, in der verkündet wurde, dass Verbraucherinnen und Verbraucher jetzt im Saarland informiert werden! Am 23. Dezember wurde der Skandal ruchbar, am 14. Januar wurden im Saarland die Verbraucherinnen und Verbraucher informiert.

(Zurufe von der CDU. - Sprechen.)

Der Skandal war dort, wo kontrolliert worden ist. Wir hoffen ja nicht, dass das hier der Fall ist. Aber den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Saarland vorzugaukeln, hier sei alles in Ordnung,

(Aufgeregte Zurufe von den Regierungsfraktionen)

ohne eine einzige Probe zu nehmen, das ist Verbrauchertäuschung, meine Damen und Herren von der CDU, der FDP und den GRÜNEN.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Auch Frau Aigner sagt, Kontrolle ist Sache der Bundesländer, auch Aufklärung ist Sache der Bundesländer - -

Präsident Ley:

Kollegin Ries, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jochem?

Abg. Ries (SPD):

Natürlich freuen wir uns, dass jetzt im Saarland informiert wird. Aber das muss früher gehen. Eine umfassende und schnelle Information der Verbraucherinnen und Verbraucher ist vor allem in Krisenfällen besonders wichtig und trägt dazu bei, Verunsicherung zu vermeiden.

Präsident Ley:

Frau Kollegin Ries, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Karl-Josef Jochem?

Abg. Ries (SPD):

Ja, gerne.

Abg. Jochem (FDP) mit einer Zwischenfrage:

Frau Kollegin Ries, Sie haben sich jetzt etwas undeutlich ausgedrückt, auf jeden Fall nicht klar. Ich frage Sie, wo gab es einen Skandal im Saarland?

(Zuruf von der CDU: Gute Frage!)

Abg. Ries (SPD):

Das sage ich Ihnen gerne, Herr Jochem. Ein Skandal ist es, den Verbraucherinnen und Verbrauchern Proben vorzugaukeln, die gar nicht genommen wurden, und ihnen Sicherheit vorzugaukeln, während man nur Bücher überprüft und Eiernummern kontrolliert hat. Alle Verbraucherinnen und Verbraucher sind im Saarland davon ausgegangen, dass hier auch beprobt worden ist. Das war nicht der Fall. Das ist ein Skandal im Skandal.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Nach allen diesen Schweinereinen im wahrsten Sinne des Wortes gibt es überall Aktionspläne, Absichtserklärungen - das gibt es ja immer - und schließlich den Antrag, der heute Morgen von Schwarz, Gelb und Grün vorgelegt worden ist. Wenigstens sind Sie so ehrlich, in diesem Antrag gleich zu sagen, dass Sie nichts verändern wollen, denn er enthält im wahrsten Sinne des Wortes nur Gekacker. Es wundert mich, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, dass, nachdem der grüne Umweltminister Remmel in NRW die Verursacher wie die Hühner bejagt, die GRÜNEN im Saarland einem solchen Antrag zustimmen. Sie sind eigentlich gar nicht mehr grün.

(Zuruf und Lachen.)

Hier steht: Die Einführung einer Futtermittel-Positivliste auf Europaebene soll geprüft werden. Eine Meldepflicht sollte eingeführt werden, wenn die Betriebe nicht sowieso melden. - Hier muss gemeldet werden, immer! Die Betriebe müssen melden, und die einzelnen Labore müssen melden, wie das auch schon der Fall war. - Sanktionen sollen überprüft werden. Konsequenzen sollen gezogen werden, ei-

ne umfassende Information der Verbraucher muss sichergestellt werden.

Meine Damen und Herren, einen solchen Antrag hätten Sie sich sparen können, der hätte heute Morgen nicht mehr vorgelegt werden müssen. Wir fordern Sie auf, den Antrag der SPD-Fraktion zu unterstützen. Damit unterstützen Sie auch die Forderungen der Verbraucherzentrale des Saarlandes, diese in ihrem Positionspapier formuliert hat. - Vielen Dank.

Präsident Ley:

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Astrid Schramm.

(Sprechen.)

Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, mir ist ein Fehler unterlaufen. Uns liegt ein zweiter Antrag vor, der Antrag der Koalitionsfraktionen, der muss zuerst begründet werden. Das macht für die Koalitionsfraktionen Herr Fraktionsvorsitzender Christian Schmitt. - Ich bitte, das zu entschuldigen, Frau Kollegin Schramm. Sie haben danach das Wort.

Bitte, Herr Fraktionsvorsitzender Schmitt.

Abg. Schmitt (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Ries! Sie haben recht, es gibt einen Skandal im Saarland. Der Skandal ist, dass Sie hier einen falschen Eindruck in puncto Lebensmittelsicherheit im Saarland erwecken.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Die Wahrheit ist, dass es glücklicherweise bisher keinen Vorfall im Saarland gab. Sie verunsichern skandalgemäß die Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land. Ich hoffe aber, alle Parteien in diesem Parlament sind sich in den folgenden Punkten einig: Erstens. Der Dioxin-Skandal muss Konsequenzen haben. Die Verursacher dürfen nicht ungeschoren davonkommen. Zweitens. Der Verbraucher muss vor Futter- und Lebensmittelskandalen besser geschützt werden. Wir müssen deshalb transparentere Rahmenbedingungen schaffen. Drittens. Wir müssen das Bewusstsein der Verbraucher für hochwertige, kontrollierte und regionale Nahrungsmittel schärfen. Die Landesregierung tut alles, um die saarländische Bevölkerung zu schützen und der spürbaren Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher entgegenzuwirken.

Sowohl das Verbraucherschutzministerium als auch das Landwirtschaftsministerium haben von Beginn an größtmögliche Transparenz geschaffen und die Öffentlichkeit zu jeder Zeit informiert.

(Abg. Ries (SPD): Das war nicht so! - Weitere Zurufe.)

(Abg. Schmitt (FDP))

Obwohl es keinen Skandal im Saarland gibt, obwohl es keinen Vorfall hier im Saarland gibt, hat das Verbraucherschutzministerium letzte Woche auf die allgemeine Verunsicherung reagiert. So wurde beispielsweise in Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Erzeugercodes für Eier direkt vor Ort den Verbrauchern die Möglichkeit gegeben, sich zu informieren. Dieser Einsatz ist vorbildlich präventiv. Hierfür danken wir Ihnen, Herr Minister Weisweiler.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Doch müssen auch wir im Saarland weitere Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen den vorliegenden Antrag mit weiter reichenden Maßnahmen formuliert. Der Antrag der SPD-Landtagsfraktion enthält hingegen Forderungen, die entweder bereits im Saarland auf hohem Niveau umgesetzt werden oder die erkennbar nicht zweckgerichtet sind. Die Opposition, liebe Frau Ries, versucht krampfhaft, wie bereits im Ausschuss, einen saarländischen Skandal herbeizureden - auch um den Preis der unnötigen Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das Ziel Ihres Antrages, Frau Ries, ist so beschämend wie entlarvend. Dass die Regierungskoalition sich bereits seit Längerem um sichere und hochwertige Nahrungsmittel kümmert, wird unter anderem aus der Kampagne „Aus der Region - für die Region“ deutlich. Hier wirbt das saarländische Wirtschaftsministerium seit letztem Jahr gezielt und mit Erfolg für regionale Produkte. Gerade solche Lebensmittelskandale zeigen wieder, dass wir verstärkt auf heimische Produkte setzen müssen, um die Lieferkette kurz zu halten und die Produzenten aus der Anonymität herauszuholen. Auch die Forderung der SPD nach mehr Anreizen für den Ausbau des Ökolandbaues hinkt offen gesagt der Entwicklung der letzten Jahre weit hinterher.

(Abg. Ries (SPD): Das ist in eurem Antrag auch drin.)

Sie müssen Ihren eigenen Antrag durchlesen, dann sehen Sie, dass Sie uns vorwerfen, hier nicht ausreichend aktiv zu sein. Der Ökolandbau ist im Saarland aber bereits auf hohem Niveau. Wenn Sie hier einen Bedarf sehen, mehr Anreize zu schaffen, Frau Ries, können Sie das in einem gesonderten Antrag gerne genauer zum Ausdruck bringen. Durch Ihre Formulierung unterstellen Sie uns aber, wir hätten Anreize abgebaut. Und das ist bei allem Verständnis für die Oppositionsarbeit nicht der Fall.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ganz im Gegenteil, erst letztes Jahr wurden die Aktivitäten verstärkt, die bereits Minister Mörsdorf eingeleitet hat. So wird ein landwirtschaftlicher Betrieb bei der Umstellung auf Bioproduktion gefördert. Auch

führt das Umweltministerium kostenlose Beratungen für Landwirte durch, die ihre Produktion auf Ökolandbau umstellen möchten. Darüber hinaus fördert das Umweltministerium unter anderem die Vermarktung lokaler Bioerzeugnisse.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Um es noch einmal deutlich zu machen: Die Urheber dieses Skandals dürfen sicher nicht aus der Verantwortung genommen werden. Kriminelles Verhalten muss strafrechtliche Konsequenzen haben. Allein mit Strafrecht werden wir allerdings die Probleme nicht lösen. Wir müssen früher ansetzen und hierbei die Futtermittelhersteller stärker in die Pflicht nehmen. Eine betriebliche Eingangsuntersuchung bei der Produktion halte ich deshalb für erforderlich. Auch müssen wir die Kontrollmechanismen weiter verbessern, zum Beispiel auf bundeseinheitliche Standards abstellen. Ebenso ist über eine Zulassungspflicht für Betriebe nachzudenken, die Futterfette oder Futterfettsäuren herstellen. Eine produktionsstechnische Trennung zwischen Futter- und Industriefettproduktion scheint ebenfalls notwendig zu sein - wie auch eine verbindliche Positivliste für Futtermittelhersteller auf EU-Ebene. Deshalb fordern die Fraktionen von CDU, FDP und B 90/GRÜNE im vorliegenden Antrag die Landesregierung auf, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher zu ergreifen, sie aktiv zu begleiten und die gute Arbeit fortzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Astrid Schramm.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit mehr als drei Wochen beschäftigen wir uns mit dem Dioxin-Skandal. Herr Schmitt, ich stelle fest, dass Sie in dieser Angelegenheit Wahrnehmungsprobleme haben.

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Die Fraktion DIE LINKE hat aus diesem Grund das Thema auf die Tagesordnung der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses gesetzt. In dem Bericht der Landesregierung haben Sie, Herr Minister Weisweiler, dem Ausschuss mitgeteilt, dass bislang keine aktuellen Erkenntnisse über dioxinbelastete Lebensmittel über offizielle Lieferwege von den betroffenen Betrieben in das Saarland gelangt sind. Für die saarländischen Verbraucher bestünde keine akute Gesundheitsgefahr - selbst wenn belastete Lebensmittel wie Fleisch und Eier verzehrt worden sein sollten. - So Ihre Worte, Herr Minister.

Über Schnellwarnsysteme wollen Sie frühzeitig von anderen Bundesländern informiert werden. Sobald

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

es Anlass dazu gäbe, wollen Sie umgehend Gegenmaßnahmen wie Rückrufe und Kontrollen der belieferten Händler ergreifen. Bei größeren Geflügel- und Schweinehaltern würden derzeit zusätzliche Futtermittelproben erhoben und auf Dioxin untersucht. Dies alles wurde in einer gemeinsamen Presseerklärung des Gesundheits- und Wirtschaftsministeriums vom 12. Januar 2011 um 17.30 Uhr bekannt gegeben. Der besagte Gesundheitsausschuss tagte auch am 12. Januar um 9.30 Uhr, also am gleichen Tag vormittags. In der Ausschusssitzung musste eigentlich allen klar werden, dass Sie sich lediglich auf die anderen verlassen haben und durch Aussitzen glänzen. Daher schnell noch abends eine Presseerklärung, herausgegeben zur Beruhigung.

Wenn in der vorerwähnten gemeinsamen Presseerklärung des Verbraucherschutzministeriums und des Wirtschaftsministeriums mitgeteilt wird: Für die saarländischen Verbraucherinnen und Verbraucher bestünde auch im Fall eines Verzehrs belasteter Lebensmittel keine akute Gesundheitsgefahr, so handelt es sich hier um eine bewusste Vernebelungs- und Beschwichtigungstaktik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, soll wegen der Langfristeffekte auch die Aufnahme geringer Mengen - wenn möglich - vermieden werden. Denn auch geringe Mengen von Dioxin in Nahrungsmitteln können für Menschen auf Dauer schädlich sein, da sich der fettlösliche Stoff im Körper ansammelt. Im Hinblick auf die grundsätzliche Giftigkeit und die krebserregenden Eigenschaften von Dioxin ist größte Vorsicht geboten, zumal es zu Dioxinen nach wie vor nur vergleichsweise wenige wissenschaftliche Informationen gibt. In Tierversuchen zum Beispiel war die Substanz tausendmal giftiger als Zyankali. Dioxin zählt zu den giftigen organischen Verbindungen und trägt die Bezeichnung Ultragift. In Deutschland liegt die durchschnittliche tägliche Belastung der Bevölkerung mit Dioxin bei täglich zwei Pikogramm pro Kilogramm Körpergewicht. Das ist bereits am oberen Limit dessen, was die Europäische Union als gerade noch akzeptabel erachtet, wobei hier eine Senkung auf ein Pikogramm pro Kilogramm angestrebt wird. Dioxine stehen im Verdacht, Krebs zu verursachen. Besonders problematisch sind mit Dioxin belastete Lebensmittel für Schwangere und stillende Frauen und deren Kinder. Unabhängig davon, ob nun eine akute Vergiftung zu erwarten ist oder nicht, eine potenzielle Gesundheitsgefährdung ist allemal gegeben.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher im Saarland wollen aufgrund der Langzeitwirkung keine Lebensmittel, die mit überhöhten Dioxinwerten belastet sind. Man muss sich in diesem Zusammenhang auch einmal vor Augen führen, dass nicht wenige

Länder, auch außerhalb der Europäischen Union, im Zuge des Dioxin-Skandals stärkere Kontrollen oder teilweise sogar einen Importstopp für Lebensmittel aus Deutschland verhängt haben. Herr Minister, ganz offenkundig gibt es hier eine differenziertere Betrachtung des Skandals. Müssen denn erst Skandale stattfinden, um Änderungen bei den Lebensmittelkontrollen durchsetzen zu können? Das kann doch alles nicht wahr sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Der Gipfel der Heuchelei ist jedoch, wenn der CDU-Verbraucherspezialist weiterhin tapfer auf die Selbstkontrolle der industriellen Zulieferbetriebe und die verwertenden Großabnehmer verweist. BSE, Gammelfleisch, jetzt abermals Dioxin - es hat sich doch immer wieder gezeigt, dass die Selbstkontrollen der Firmen nicht greifen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir von der Linksfraktion wollen mehr Kontrollen. Die Umfragen zeigen, dass auch die meisten Bundesbürger strengere Gesetze und Kontrollen bei Lebensmitteln wollen.

Die Linksfraktion im saarländischen Landtag hat bereits im Oktober des vergangenen Jahres, also vor dem jüngsten Dioxin-Skandal, darauf hingewiesen, dass angesichts der knapp 15.000 Lebensmittelbetriebe im Saarland die Zahl von 14 Lebensmittelkontrollleuten und 15 Amtstierärzten zu gering sei. Der in diesem Kontext gegebene Hinweis der Landesregierung auf die prekäre Haushaltslage ist allerdings nicht hilfreich, muss doch der Schutz der Bevölkerung oberste Priorität haben.

(Beifall von der LINKEN.)

Die Landesregierung darf nicht beim Personal sparen, wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht. Meine Damen und Herren, diese Einschätzung bekommt durch die aktuellen Vorkommnisse noch einmal einen ganz anderen Stellenwert.

Lieber Herr Verbraucherschutzexperte von der CDU, Sie haben eine Presseerklärung abgegeben. Gestatten Sie mir, Herr Präsident, dass ich daraus zitiere: „Sowohl personell als auch technisch ist der Bereich der Lebensmittelkontrollen im Saarland sehr gut aufgestellt, ein neues Dioxinlabor ist nicht nötig, zumal im Bedarfsfall die Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz gut funktioniert.“

(Beifall und Zurufe „Bravo!“ von CDU und FDP.)

Herr Kollege Hans, als Sie diese Erklärung abgaben, hatten Sie sicherlich noch nichts von den Ergebnissen gehört, die sich im Saarland bei den sage und schreibe zehn Routinekontrollen auf Dioxin ergeben haben. Uns liegt das jetzt vor; Frau Ries hat es eben schon geschildert. Die Kontrollen stammen aus dem Mai, dem Juni und letztlich auch von An-

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

fang September. Und erst am 26. Oktober wurden die Proben nach Speyer geschickt.

(Abg. Ries (SPD): Angeblich! - Abg. Linsler (DIE LINKE): Hört, hört!)

Ich will Ihnen das jetzt noch einmal erklären, allen, die das eben noch nicht kapiert haben:

(Abg. Ries (SPD): Genau!)

Die im Mai und im Juni gezogenen Proben wurden erst vier beziehungsweise fünf Monate später zur Untersuchung geschickt. Allein das ist schon ein Skandal im Skandal!

(Beifall und zustimmende Zurufe von der LINKEN und bei der SPD.)

Bis zum 13. Januar 2011 lagen aber immer noch keine Ergebnisse vor. Das ist nicht nur ein Skandal im Skandal, das ist der Super-GAU!

(Lachen des Ministers Weisweiler. - Vereinzelt Beifall von der Opposition.)

Aber auch nach Bekanntwerden des Dioxin-Skandals Ende des Jahres 2010 wurden keine zusätzlichen Stichproben gezogen. Man hat keine zusätzlichen Stichproben gezogen, weil man sich halt auf die anderen Ministerien verlassen hat. Schlimmer geht's nimmer!

Ungeheuerlich und skandalös ist des Weiteren, dass anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz am 12. Januar der Berichterstatter der Landesregierung auf die Frage nach zusätzlichen Stichproben bei Lebensmitteln dahingehend geantwortet hat, es stünden hierfür derzeit überhaupt keine Laborkapazitäten zur Verfügung, und das gar europaweit. Wir haben diese Aussage überprüft, und sie wurde als Lüge der Regierung entlarvt.

(Abg. Hirschberger (FDP): Was?!)

Bereits das erste von uns im Rahmen einer profanen Google-Recherche binnen Sekunden ermittelte und sodann kontaktierte Prüflabor stünde für Untersuchungen zur Verfügung. Ich halte hier ein Angebot der SGS Institut Fresenius vom 17.01., also zwei Tage alt, in Händen, wonach Ergebnisse von Dioxinanalysen bereits nach drei Arbeitstagen nach Eingang einer Probe vorliegen. Ich frage angesichts dessen die Beteiligten: Was soll hier eigentlich vertuscht werden? Soll Ihnen die Fraktion DIE LINKE noch Mitarbeiter vermitteln, damit die Untersuchungsaufträge für Prüflabore ausgefüllt werden können?

(Große Heiterkeit bei den Oppositionsfraktionen. - Lachen bei den Regierungsfractionen. - Abg. Schmitt (CDU): Besser nicht!)

Herr Minister, die von Ihnen übermittelten Daten der zehn Routineproben werfen noch weitere Fragen auf. Wo haben Sie zum Beispiel die Proben gezogen? Welcher Futtermittelhersteller hat geliefert? Gibt es bei diesen Proben Ergebnisse zur PCB-Belastung? Wenn ja, wie sind sie ausgefallen? Die Antworten auf alle diese Fragen sind nicht nur für die Abgeordneten im saarländischen Landtag wichtig, sondern vor allem für die Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem Lande.

Der nächste Skandal kommt, die nächste Sauerei - im wahren Sinne des Wortes - wartet schon: Sogar in Bio-Eiern, auf die in den vergangenen Wochen verstärkt zurückgegriffen wurde, sind aufgrund verseuchten Maises erhöhte Dioxinwerte festgestellt worden, dies zwischenzeitlich in neun Bundesländern. Und was haben Sie, Herr Minister, im Saarland bisher getan? Nach der Ausschusssitzung in der vergangenen Woche haben Sie durch die Lebensmittelkontrolleure Informationsblätter mit den Chargennummern von verseuchten Eiern an den Handel verteilen lassen. Dies hätte drei Wochen früher erfolgen müssen!

An der gestrigen Sitzung haben Sie, das muss man auch erwähnen, teilgenommen und gemeinsam mit Ihren Amtskollegen ein 14-Punkte-Programm verabschiedet. Das Lebensmotto unseres Landes lautet, wie wir alle wissen, „Hauptsach, gudd gess“. Wir sind uns wahrscheinlich auch alle darin einig, dass wir keine Gifte im Essen haben wollen und dass wir es nicht zulassen dürfen, dass schwarze Schafe der Lebensmittelindustrie unser Genussempfinden vergiften. Es ist daher nur zu hoffen, dass die Inhalte des gestern verabschiedeten Programms schnellstens umgesetzt werden, dies allerdings ohne Zulassen der Ausnahmeregelungen, die jetzt schon wieder in die Diskussion gebracht worden sind. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN und bei der SPD.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Tobias Hans.

Abg. Hans (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Jahr 2011 beginnt Verbraucherschutzpolitisch sicherlich nicht ganz so glanzvoll, wie wir uns das alle gewünscht hätten. Das hat, liebe Kolleginnen Ries und Schramm, nicht unbedingt mit Ihren Redebeiträgen zu tun, die wir hier eben gehört haben.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Aber mit dem Handeln des Ministers!)

Anstatt sich auf das Thema Verbraucherschutzpolitisch mit dem notwendigen Ernst einzulassen,

(Abg. Hans (CDU))

(Abg. Ries (SPD): Das ist eine Frechheit! - Zuruf von der LINKEN: Unverschämt!)

gerieren Sie sich hier als Verbraucheraufhetzer und als Skandalisierer, und das, obwohl es im Saarland einfach keinen Skandal gibt.

(Abg. Ries (SPD): Es ist doch ein Skandal, dass das noch vertuscht wurde!)

Und das ist unlauter!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Kolleginnen und Kollegen, was sich zunächst, gegen Ende des vergangenen Jahres und zu Beginn dieses Jahres, so anhörte, als handelte es sich um ein paar verseuchte Eier und einen kleinen Betriebsunfall, hat sich mittlerweile bundesweit zum größten Lebensmittelskandal seit der BSE-Krise in den Neunzigerjahren entwickelt. Das kann man, so glaube ich, hier mit Fug und Recht behaupten.

Die Dioxinfunde, die erhöhten Werte, die gefunden wurden, zerstören nicht nur weiter das Vertrauen der Verbraucher in unsere Lebensmittel, sondern könnten am Ende auch zahlreiche Bauern in den Ruin treiben. Die Bauern stehen letztlich ja nur am Ende der Kette. Möglicherweise werden sogar die Landwirte betroffen sein, die überhaupt nicht von den Dioxinbelastungen betroffen waren, deren Höfe vielmehr nur gesperrt wurden, weil man einen Verdacht hatte. Diese Landwirtinnen und Landwirte werden sicherlich nur ganz geringe Chancen auf eine Rückerstattung durch die Verursacher dieses Skandals haben.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Dann müsst ihr da rangehen! - Zuruf der Abgeordneten Enschede (DIE LINKE).)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns erneut der Frage stellen, und insoweit stimme ich Frau Kollegin Ries durchaus zu, ob unsere Lebensmittel Mittel zu einem gesunden Leben sein sollen oder aber zu einem Mittel zum Zweck verkommen sind, zum Zweck der möglichst günstigen Sättigung. Der deutsche Verbraucher ist ja insoweit ein seltsames Wesen. Er wünscht sich natürlich günstige Nahrungsmittel, diese sollen dann aber auch noch auf absolut hochwertigem Niveau sein, mindestens den gleichen Kriterien entsprechen, die für die Lebensmittel im Bioladen nebenan gelten, wo es aber das doppelte kostet.

Lebensmittel werden aber auch noch in anderem Sinne als Mittel zum Zweck genutzt, dienen dem Zweck der Förderung des Reichtums einzelner, in einer langen und unüberschaubaren Kette von Lebensmittelherstellern versteckter Akteure. Dies, meine Damen und Herren, geschieht vor allem auch auf dem Rücken der Tiere, die elementarer Bestandteil unserer Schöpfung und eben auch des Lebenskreis-

laufs unserer Erde sind, aber behandelt werden wie Teile einer Produktionsindustrie, einer „Industrie“, die mittlerweile sogar mit den gleichen Fetten „geschmiert“ wird, die in den Werkshallen nebenan zum Einsatz kommen.

Das beschwört dunkle Erinnerungen an die BSE-Krise der Neunzigerjahre herauf, als Tiermehl an Pflanzenfresser verfüttert wurde. Weil wir solche Dinge nicht wollen, Kolleginnen und Kollegen, weil sich diese Fragen aufdrängen und weil ein immer komplexer werdendes Erzeugersystem im Lebensmittelbereich eine systembedingt niedrige Transparenz bietet, muss Lebensmittelsicherheit, muss der Verbraucherschutz, muss die Lebensmittelüberwachung eine wichtige Aufgabe unseres Staates sein! Sie verdient unsere Unterstützung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Kolleginnen und Kollegen, Deutschland wird ja - wenn man den internationalen Vergleich betrachtet - vergleichsweise selten Opfer von Lebensmittelskandalen. Das mag jetzt all denjenigen ein schwacher Trost sein, die durch die Dioxinfunde verunsichert oder betroffen sind, aber wir müssen uns ganz genau anschauen - und das hat bisher keiner meiner Vorredner getan -, woher überhaupt die ganzen Richtwerte im Bereich Dioxin kommen. Es gibt über 40 verschiedene Dioxine, das reicht vom Seveso-Gift, das wirklich hochgiftig ist, bis hin zu Dioxinen, die, wie Sie, Frau Kollegin Schramm, richtig sagen, sehr wenig erforscht sind. Wir müssen uns einmal anschauen, wie das überhaupt geregelt ist.

Seitenlange Verordnungen der Europäischen Union legen fest, wie viel Dioxine Lebens- und Futtermittel enthalten dürfen. Eier zum Beispiel, Sie haben es richtig gesagt, dürfen nicht mehr als 3 Pikogramm in einem Gramm Fett aufweisen. Ein Pikogramm ist der billionste Teil eines Gramms. Geflügelfleisch hat Höchstgrenzen von 2 Pikogramm pro Gramm Fett, bei Schweinefleisch ist es 1 Pikogramm pro Gramm Fett, Fisch hat 4 Pikogramm pro Gramm Fett und bei Fischleber hat die Europäische Union erst kürzlich den erlaubten Wert von 8 Pikogramm auf sage und schreibe 25 Pikogramm erhöht.

Was man nun als Verbraucher von diesen Werten nicht erwarten darf, ist, dass sie uns irgendeinen Aufschluss geben darüber, wie gesundheitsgefährlich oder wie unbedenklich es möglicherweise ist, wenn man diese Grenzen über- oder unterschreitet. Diese Werte geben nicht an, wo es anfängt, gesundheitsgefährlich zu werden - sonst dürften nicht in der Fischleber 25 Pikogramm drin sein und in den Eiern 3 Pikogramm -, sondern sie sagen etwas darüber aus, wo eine Vermeidbarkeit von Dioxinen in Lebensmitteln anfängt und welcher Bereich in Lebensmitteln mehr oder weniger unvermeidbar von Dioxinen belastet ist.

(Abg. Hans (CDU))

Meine Damen und Herren, es ist ganz klar: Niemand will Dioxin im Essen haben! Aber woher kommen die Dioxine? Sie kommen in erster Linie aus den Umweltsünden, die es bis zu den Neunzigerjahren in unserem Land gab. - Ich mache noch diesen Satz fertig, Frau Kollegin, dann gestatte ich Ihnen sehr gern eine Zwischenfrage. - Ich will ein Beispiel nennen. Noch 1990 setzte die Verbrennung von 6 Millionen Tonnen Abfall fast 300 Gramm Dioxin in die Luft frei. Heute wird bei der Verbrennung des Mülls weniger als ein Tausendstel dessen freigesetzt, obwohl die Müllmenge sich verdoppelt hat. Daran sieht man, woher das Dioxin kommt. Ist es erst einmal in den Boden eingedrungen, dauert es 50 bis 100 Jahre, bis auch nur die Hälfte dieses Dioxins im Boden abgebaut ist. Dies als grundsätzliche Bemerkung, damit auch einmal festgestellt wird, woher diese Belastungen überhaupt kommen. Jetzt, Frau Kollegin Ries, gestatte ich sehr gerne eine Zwischenfrage.

Abg. Ries (SPD) mit einer Zwischenfrage:

Herr Kollege Hans, ist Ihnen bekannt, dass die Weltgesundheitsorganisation mitgeteilt hat, dass wir als Menschen schon über die Maßen mit Dioxinen belastet sind und dass alles zusätzliche krebserzeugend sein kann? Sie versuchen, das etwas zu relativieren. Sind Sie der Meinung, dass die Länder China, Südkorea und Tschechien durch ihre Einfuhrverbote für deutsche Geflügel- und Schweineprodukte sowie Eier überreagieren, oder sind Sie nicht der Meinung, dass vorsorgender Verbraucherschutz heißt, dass man Stoffe, die nicht in Lebensmittel gehören, von ihnen fernhalten muss? Das können wir nur über Kontrollen.

Abg. Hans (CDU):

Frau Kollegin Ries, ich stimme mit Ihnen überein und mir ist bekannt, dass wir bereits eine Menge an Dioxin in unseren Körpern angesammelt haben. Mir ist zum Beispiel bekannt, dass ein 25-jähriger Mann heute etwa 25 Pikogramm Dioxinbelastung pro Gramm Fett hat. Das sind durchaus erschreckende Werte. Die Frage ist aber: Wie viel von dieser Belastung können wir beeinflussen, wie viel ist unvermeidbar? Ich stimme mit Ihnen überein: Ja, wir müssen absolut alles daransetzen, um zu verhindern, dass zusätzliche Belastungen durch Dioxine auf den menschlichen Körper einwirken. Lassen Sie mich auf das eingehen, was Sie eben gesagt haben im Zusammenhang mit China. Es ist zu lesen, dass China ein Einfuhrverbot für deutsche Eier verhängt hat, obwohl wir genau wissen, dass gerade aus China die ehemaligen Lebensmittelfette, die in Frittenbuden benutzt wurden, zur Biodieselproduktion nach Deutschland gekarrt werden. Diese Fette landen dann möglicherweise auf einer Produktionsstraße in einem Betrieb, der auch Futterfette herstellt, und

sind vielleicht der Verursacher für die Dioxinverseuchung unserer Lebensmittel.

(Abg. Ries (SPD): Die waren aber nicht für Lebensmittel vorgesehen, sondern für die Industrie!)

Da habe ich schon mit ein wenig Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass die Chinesen ein Einfuhrverbot für deutsche Eiprodukte verhängt haben, Frau Kollegin Ries!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich habe gesagt: Ich stimme mit Ihnen überein. - Ich fahre fort: Wir müssen alles daransetzen, diese zusätzlichen Belastungen zu vermeiden. Dabei spielen Kontrollen, spielt die Qualitätssicherung in Futtermittel- und lebensmittelverarbeitenden Betrieben eine große Rolle. Deshalb sind insbesondere die Selbstkontrollen und die Kontrollen durch staatliche Organisationen in der Vergangenheit immer weiter ausgebaut worden.

Wer vor dem Hintergrund dieser Sachlage sichere Schritte im Sinne von mehr Verbraucherschutz und mehr Lebensmittelsicherheit gehen will, dem sage ich: Man muss diese Schritte mit Bedacht gehen. So wie Sie das gemacht haben, nämlich an der Oberfläche kratzen und versuchen, hier im Saarland etwas zu skandalisieren, wo einfach im Moment kein Skandal festzustellen ist - -

(Abg. Ries (SPD): Weil Sie keine Proben mehr gezogen haben.)

Wenn wir einmal annehmen, dass über 90 Prozent der Lebensmittel, die im Saarland verzehrt werden, nicht aus dem Saarland kommen, müssen wir uns doch auf das verlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, was uns die anderen Bundesländer sagen, was ins Saarland eingeführt wird. Auf Basis dieser Informationen, die wir von den anderen Ländern haben, können wir zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgehen, dass die dioxinbelasteten Lebensmitteln unser Land nicht erreicht haben. Und solange dies nicht der Fall ist, besteht überhaupt keine Veranlassung, zusätzliche Beprobungen zu machen, die über die risikoorientierte Routinebeprobung hinausgehen, meine Damen und Herren.

Fast im Sekundentakt, seit wir von diesem Skandal wissen, hören wir von der Opposition Forderungen nach einem eigenen Dioxinlabor, nach härteren Gesetzen und härteren Strafen. Das ist blinder Aktionismus und Panikmache. Ich halte diese für völlig fehl am Platz. Im Vordergrund muss der Schutz der Bevölkerung stehen und nicht Skandalisierung, Frau Kollegin Ries.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD). - Beifall von den Regierungsfractionen.)

(Abg. Hans (CDU))

In Ihren Redebeiträgen geht es zu 90 Prozent um Dioxinproben im Saarland, obwohl bisher im Saarland kein dioxinbelastetes Lebensmittel gefunden wurde.

(Abg. Ries (SPD): Weil Sie keine Proben gezogen haben! - Zuruf: Sie wissen es doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der Opposition.)

Sie orientieren sich überhaupt nicht daran, wer der Auslöser dieses Lebensmittelskandals ist. Es hat sich wahrscheinlich um kriminelle Machenschaften einzelner Unternehmer gehandelt. Ich sage Ihnen: Das beste Sicherungssystem ist nutzlos gegen solch kriminelles Handeln Einzelner. Wir wissen: Gesetze sind gut, Kontrolle ist besser. Deswegen ist Lebensmittelkontrolle genauso wie Futtermittelkontrolle auch im Saarland ein wichtiges Thema.

Sie ist Ländersache auf Grundlage der Verordnungen der Europäischen Union. Ich sage ganz deutlich - weil es mir bei Ihrer Rede gefehlt hat, Frau Kollegin Ries -, ich bin der Auffassung, dass wir im Saarland am besten entscheiden können, wie viele Lebensmittelkontrolleure wir einsetzen. Die Zahl ist erheblich aufgestockt worden, wir haben mittlerweile 40 Lebensmittelkontrolleure und 15 Veterinäre. Wir können auch am besten über ihren Einsatz entscheiden. Dank der Hochzonung auf die Landesebene - Sie haben als SPD den Bereich kommunalisiert, wir haben ihn wieder verstaatlicht - können wir sie einsetzen, wie wir das für richtig halten. Notfalls können Lebensmittelkontrolleure aus Ottweiler oder St. Wendel für schwerpunktmäßige Kontrollen in Saarbrücken eingeteilt werden. Das ist ein Erfolg der CDU-geführten Landesregierung der letzten Jahre.

Meine Damen und Herren, das hat im Übrigen auch der jüngste Verbraucherschutzindex bescheinigt. Sie wissen, wir haben im Saarland bundesweit die höchste Dichte an Lebensmittelkontrolleuren bezogen auf die Anzahl der Anwohner, und wir sind 2010 an der Spitze, was die Marktüberwachung betrifft.

(Abg. Ries (SPD): Von wegen, höchste Dichte!)

Das ist das Ergebnis des Verbraucherschutzindexes von Juni 2010. Vor dem Hintergrund des bundesweiten Rankings, das sage ich Ihnen ganz klar, sehe ich keine Notwendigkeit, die Anzahl der Lebensmittelkontrolleure aufzustocken.

(Abg. Ries (SPD): Die FDP, Ihr Koalitionspartner, hat das gefordert! - Zurufe von den Regierungsfractionen.)

Das hat natürlich auch mit finanziellen Erwägungen zu tun. Wenn der Bund uns das bezahlt, nehmen wir auch gerne zusätzliche Lebensmittelkontrolleure. Vor der aktuellen finanzpolitischen Lage halte ich das für nicht notwendig, zumal wir im bundesweiten Ranking sehr gut aufgestellt sind. Wir haben auch zwei ausgebildete Futtermittelkontrolleure, die im

Saarland 100 Proben erheben. Damit kann sich das Saarland bei der Futtermittelkontrolle im bundesweiten Vergleich sehen lassen und belegt auch hier eine hervorragende Position.

Meine Damen und Herren, wir haben über 25 Millionen Euro investiert für eine bessere personelle und technische Ausstattung der Lebensmittelkontrolleure, die zu Ihren Regierungszeiten, Frau Kollegin Ries, katastrophal war. Wir haben mit der zentralisierten Lebensmittelkontrolle die Voraussetzung für eine Rotation und für Sonderkontrollen geschaffen. Wir haben außerdem eine Verbraucherschutz-Hotline beim Landesamt für Gesundheit und Verbraucherschutz eingerichtet. Neben dem Bundesland Berlin ist das Saarland das einzige Bundesland, das im Rahmen des rechtlich Möglichen bei Verstößen eine aktive Informationspolitik betreibt. Man kann die Daten über die Internetseite des Landesamtes für Gesundheit und Verbraucherschutz abrufen. Nun gilt es in der Tat zu prüfen, ob dieses Verfahren, das sich im Lebensmittelbereich bewährt hat, auf den Bereich der Futtermittel ausgeweitet werden kann.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Auf jeden Fall!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Seit dem Bekanntwerden der Dioxinfunde haben die zuständigen Stellen, insbesondere das Umweltministerium für den Bereich der Futtermittelkontrolle und das Ministerium für Verbraucherschutz für den Bereich der Lebensmittelkontrolle, auf allen Ebenen hervorragend zusammengearbeitet. Deshalb wehre ich mich gegen die Kritik, dass unterschiedliche Stellen zuständig sind. Es kommt nicht in erster Linie darauf an, wo das angesiedelt ist, sondern dass die Zusammenarbeit funktioniert. Die hat funktioniert, und ein Abgleich aller Lieferanten hat lückenlos ergeben, dass bis heute keine kontaminierten Futter- und Lebensmittel ins Saarland gelangt sind.

Obwohl dies so ist, meine Damen und Herren, ist die saarländische Landesregierung in Alarmbereitschaft, die Kontrollaktivitäten wurden sensibilisiert. Es wurde einiges unternommen, um die Legehennenhalter und die Futtermittelunternehmen zu informieren. Die Kontrollketten arbeiten risikoorientiert und reibungslos. Ich halte es für den falschen Weg - das sage ich Ihnen noch mal -, ein eigenes Dioxinlabor im Saarland zu errichten.

(Abg. Ries (SPD): Das verlangt auch die Verbraucherzentrale!)

Sie haben uns Unkenntnis vorgeworfen, weil ich in einer Pressemeldung sehr früh gesagt habe, wir müssen weiterhin auf Kooperation mit Rheinland-Pfalz setzen, wie im Übrigen in vielen anderen Bereichen. Zum Beispiel im Frauenvollzug, Frau Kollegin Ries, funktioniert die Kooperation hervorragend. In Unwissenheit der Tatsache, dass im Saarland

(Abg. Hans (CDU))

kein Labor diese Dioxinbeprobung durchführen kann, haben Sie in Ihrem Antrag geschrieben, es soll ein saarländisches Labor benutzt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Liebe Frau Kollegin Ries, in Ihrer Rede haben Sie gesagt, es gibt drei Labore, die Dioxin beproben können. Dann haben Sie es eingeschränkt und angeführt, es gäbe theoretisch ein Labor, das dies übernehmen könnte, dem fehle dazu jedoch die Ausstattung. Die Krone aufgesetzt hat die Frau Kollegin Schramm, die sich eine Dioxinbeprobung bei eBay ersteigern wollte. Solche Schnellschüsse sind nicht gefragt, es geht viel mehr um Genauigkeit. Deshalb sind staatliche Labore erforderlich, die ein entsprechendes Ergebnis zur Verfügung stellen können. Natürlich geht es nicht ohne Absprachen. Es muss mit dem Labor in Speyer abgestimmt werden, wann Proben geschickt und ausgewertet werden können, genau dies ist auch erfolgt.

Wenn dioxinbelastete Lebensmittel im Saarland gefunden würden, dann bin ich der festen Überzeugung, dass es gelingen kann, neben der risikoorientierten Beprobung eine Beprobung einzuführen, die in dem Labor in Speyer sehr zeitnah durchgeführt werden kann - und wenn nicht in diesem, dann eben in einem anderen Labor. Ich bin der Meinung, dass das Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz das in der Hand hat und mit Sicherheit in der Lage ist, im Einzelfall richtig zu entscheiden. Deshalb gibt es Rückendeckung für das Verfahren der zuständigen Ministerien in der Vergangenheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es scheint also, dass das Saarland bislang mehr oder weniger durch Zufall an dioxinbelasteten Produkten vorbeigeschrammt ist. Die Ereignisse haben aber gezeigt, dass eine enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen besonders wichtig ist. Die EU, aber auch die Länder sind in der Pflicht. Das Saarland kann noch so gut aufgestellt sein - ob Sie das anzweifeln oder nicht -, wir müssen uns darauf verlassen können, dass die anderen Bundesländer, von denen wir die Information haben, dass wir bislang keine belasteten Lebensmittel erhalten haben, richtig arbeiten. Deshalb ist es gut, dass Bund und Länder sich gestern darauf geeinigt haben, gemeinsam vorzugehen und einen 14-Punkte-Plan vorzulegen, der im Wesentlichen auf den Vorgaben von Frau Bundesministerin Aigner basiert. Die Verantwortung liegt aber nicht nur beim Staat, sie liegt auch bei den Betrieben. Sie müssen Verantwortung für ihre Arbeit und ihre Produkte übernehmen, Eigenkontrolle ist ein wichtiger Punkt. Nur wenn die Rohstoffe, die in die Futtermittelproduktion gelangen, allen Qualitätsstandards genügen, ist gewährleistet, dass der Anfang der Lieferkette unbedenklich ist. Es geht um den Anfang der Lieferkette!

Da eine Kette immer besser in Augenschein genommen werden kann, je kürzer sie ist, halte ich es für den richtigen Ansatz, in einer immer globaler werdenden Futtermittel- und Lebensmittelindustrie einen lokalen Politikansatz zu haben. Wir müssen die regionalisierte Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorantreiben. Es ist gut und wichtig, dass die saarländischen Landwirte bereits unter Minister Stefan Mörsdorf unterstützt wurden - das wird auch fortgeführt -, nicht nur bei der Produktion, sondern auch bei der Vermarktung ihrer Produkte, seien dies Ökoproducte oder konventionelle Produkte. Nur wenn wir es schaffen, vermehrt unsere saarländischen Produkte zu verzehren und zu vermarkten, wird es uns auch gelingen, die Prozesse in der Lebensmittelindustrie besser in Augenschein zu nehmen und zu beurteilen. Damit schließen wir am ehesten aus, dass sich solche Skandale wiederholen. Ich bitte um Unterstützung für den Antrag der Koalitionsfraktionen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Willger-Lambert.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Denken Sie an Frau Künast!)

Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich stellt es niemand in Abrede, dass es sich bei diesem Dioxin-Skandal in der Bundesrepublik um den größten Lebensmittelskandal handelt, dass er ganz erhebliche Ausmaße hat. Niemand möchte an dieser Stelle die Situation in irgendeiner Weise verharmlosen. Von daher haben wir als Koalitionsfraktionen zu Recht unseren Antrag damit betitelt, Konsequenzen aus diesem Dioxin-Skandal zu ziehen.

(Abg. Ries (SPD): Ich sehe nichts im Antrag! - Abg. Enschede (DIE LINKE): Ja, wo steht das?)

Diese Konsequenzen haben wir in einer Reihe von Punkten aufgelistet. Frau Kollegin Ries, ich bin gerne bereit, Ihnen da ein bisschen Lesehilfe zu geben, denn wir haben in diesem Antrag ausdrücklich keine Nennung von abschließenden Punkten vorgenommen, sondern verschiedene Dinge aufgeschrieben, die uns vordringlich erscheinen. Wir haben in diesem Antrag die unterschiedlichsten Maßnahmen aufgelistet, weil wir davon ausgehen, dass dieser Dioxin-Skandal zwar bei uns in der Bundesrepublik aufgeschlagen ist, dass es aber kein deutsches Problem ist, sondern ein europäisches Problem.

Es geht deshalb darum, dass auf der europäischen Ebene, auf der Bundesebene und auf der Ländere-

(Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE))

bene entsprechende Konsequenzen gezogen werden. Ich möchte gerne das Beispiel aufgreifen, das Sie in Ihrem Redebeitrag so negativ dargestellt haben. Wir sagen im ersten Punkt, die Einführung einer Futtermittel-Positivliste ist zu prüfen. Hier steht dann aber, dass auf Europaebene nach deutschem Vorbild zu prüfen ist.

(Abg. Ries (SPD): Dazu sind Sie doch gar nicht in der Lage!)

Von daher verstehe ich gar nicht, dass Sie sagen, es ist hier nichts enthalten.

(Abg. Ries (SPD): Sie schreiben: auf freiwilliger Basis. Die müssen verpflichtet werden!)

In Ihrem Antrag wiederum beschränken Sie sich völlig auf die saarländische Ebene und tun so, als sei die saarländische Ebene die alleinig zuständige. Es stimmt aber nicht, dass man nur auf der saarländischen Ebene etwas machen kann.

(Abg. Ries (SPD): Das ist das, was wir hier regeln können aufgrund der Zuständigkeiten. Alles andere macht der Bund. - Abg. Enschede (DIE LINKE): Hören Sie doch einmal Herrn Hans zu. Der hat etwas dazu gesagt.)

Allein schon die Verbraucherschutzministerkonferenz gestern hat gezeigt, dass es hier um eine Kooperation und eine Zusammenarbeit geht. Frau Kollegin Ries und Frau Kollegin Schramm, wem werden Sie denn gerecht, wenn Sie hier einen Skandal herbeireden über etwas, was nicht skandalös ist? Wem helfen Sie denn dabei?

(Abg. Enschede (DIE LINKE): Das ist nicht zu fassen! Dioxinpartei!)

Helfen Sie den saarländischen Verbraucherinnen und Verbrauchern?

(Zurufe aus den Oppositionsparteien: Ja!)

Nein. Das tun Sie nicht. Helfen Sie den saarländischen Bäuerinnen und Bauern? Auch das tun Sie nicht. Helfen Sie irgendjemandem, wenn Sie hier einen Skandal herbeireden?

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Alle haben gesagt, wir haben einfach Glück gehabt, dass wir hier offensichtlich an einem Skandal vorbeigeschrammt sind.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Glück gehabt, dass nichts passiert ist.)

Sie sprechen uns ab, dass wir überhaupt noch grün sind. Ich weiß nicht, wer Ihnen gesagt hat, dass Ihnen das grüne Jäckchen besser steht.

(Lachen und Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir haben in unserem Antrag sehr deutlich gemacht - darauf haben wir uns auch verständigt -, dass es notwendig ist, Kontrollsysteme zu verbessern, dass das derzeitige System nicht mehr zeitgemäß ist und überarbeitet werden muss. Wir brauchen in diesen unübersichtlichen Arbeits- und Herstellungsabläufen mehr Überblick.

Präsident Ley:

Frau Kollegin Willger-Lambert, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Ries?

Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE):

Nein. Ich möchte dieses Mal einfach weitermachen.

(Abg. Enschede (DIE LINKE): Das habe ich mir gedacht. - Abg. Linsler (DIE LINKE): Die ist unsicher!)

Wir haben aber in unserem Antrag deutlich gemacht, dass es nicht darum geht, unüberlegte, massenhafte Tests durchzuführen, sondern dass es effektive Tests geben muss. Dafür muss man sehen, wo diese Testverfahren wirklich am besten einzusetzen sind. Das ist vorhin schon mehrfach gesagt worden.

Deswegen müssten wir an den Anfang der Kette zurückgehen, hier bestimmte Qualitätsanforderungen einsetzen, diese effizient und schlagkräftig kontrollieren, und zwar ab dem Zeitpunkt, wo wir das können, und dabei auch grenzüberschreitende Produktionen beachten und mit hineinbringen. Es ist auch wichtig, wenn wir Haftungsfragen prüfen, dass hier sehr viel mehr Klarheit herrscht, ab welchem Grad der Fahrlässigkeit eigentlich die Haftung beginnt. Das ist etwas, was wir diskutieren und auf Verbesserungen prüfen müssen, damit die Rückverfolgbarkeit besser geregelt und durchorganisiert wird. Etwas, was bereits 2005 in der entsprechenden EU-Verordnung festgelegt worden ist.

Wir müssen auch überprüfen, wie wir es mit einer Versicherungspflicht halten, damit für diejenigen, die nachher unter derartigen Skandalen zu leiden haben und die Suppe auszulöffeln haben, die entsprechenden Schäden tatsächlich abgedeckt sind. Von daher ist es notwendig, dass wir die aktuelle Krise nutzen - auch wenn wir als Saarland nicht derart betroffen sind -, um eine umfassende Schwachstellenanalyse zu betreiben und Verfahrensfehler gezielt und direkt zu beheben.

Es liegt uns am Herzen, dass Qualifizierungssysteme eingeführt werden, auf die sich Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch die Landwirtschaft jeweils verlassen können, denn sie sind im Moment zu Recht aufgebracht über die Systeme, die sie mitfinanzieren, die ihnen aber nicht den Schutz bieten, den sie eigentlich haben wollen. Dass wir den Produkten aus der Region gerne den Vorrang geben,

(Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE))

dass es uns wichtig ist, dass der Ökolandbau weiter unterstützt wird, das haben wir in unserem Antrag klar und deutlich gemacht. Es ist eben falsch, wenn in Ihrem Antrag steht - -

Präsident Ley:

Frau Kollegin, ich darf Sie an die Redezeit erinnern und bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Willger-Lambert (B 90/GRÜNE):

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich komme zum Schluss. Es ist falsch, was in dem Antrag der SPD steht, dass wieder Anreize für den Ausbau des Ökolandbaus zu schaffen seien. Diese Anreize sind nie abgeschafft worden, sondern sie sind ausgebaut worden. Von daher liegt hier eine Täuschung der Saarländerinnen und Saarländer vor. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die Regierung der Minister für Gesundheit und Verbraucherschutz Herr Minister Georg Weisweiler.

Minister Weisweiler:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wir haben es hier mit einem Futtermittelherstellungsskandal zu tun, mit einem Lebensmittelherstellungsskandal. Wer in der Abarbeitung dieses Skandals die Frage nach der Anzahl der Betriebe hier im Saarland stellt - das sind ja die Betriebe, die Lebensmittel verkaufen, vom Bäcker bis hin zu anderen - und nach den Prüfern fragt, hat deutlich gemacht, dass er gar nicht begriffen hat, was hier eigentlich in den letzten Wochen und Monaten passiert ist.

Meine Damen, meine Herren, nach der verantwortungsvollen Diskussion, die gestern in Berlin geführt worden ist - Verbraucherschutzminister und -ministerinnen und Agrarminister und -ministerinnen, von der Linkspartei über die SPD, Unionsparteien und FDP -, ist es schon ausgesprochen seltsam, wie heute von Ihnen, Frau Ries, Frau Schramm, hier diskutiert worden ist. Ich komme auf einige Ihrer Fragen zurück. Die Anmerkungen erinnerten mich fatal an den Vorschlag von Ihnen in der letzten Sitzung, den eigenen Weg des Saarlandes für die Bekämpfung der Schweinegrippe zu bekommen.

(Abg. Ries (SPD): Wer hat denn den Vorschlag gemacht? - Abg. Schmitt (CDU): Frau Schramm.)

Meine Damen, meine Herren, wir leben hier in einer Situation, wo wir glücklicherweise - auch das muss noch einmal deutlich gemacht werden - im Lebensmittelherstellungsprozess im sogenannten Süd-Kreislauf stecken und nicht im Nord-Kreislauf. Sie wissen, dass der Auslöser dieser Skandale das Un-

ternehmen in Uetersen gewesen ist, der Nordverbund. Insofern konnten und können wir davon ausgehen, dass im Rahmen der regulären Vertriebswege Dioxin nicht zu uns gelangt ist. Was wir letztes Wochenende, letzten Freitag und Samstag, gemacht haben, das werde ich Ihnen gleich noch einmal erläutern, weil da in der Tat die Kette gebrochen war.

Was mich aber zusätzlich geärgert hat, ist die Behandlung des Themas „Zehn reguläre Proben im Jahr 2010“. Es gibt seit 2007 einen Rahmenplan der Kontrollaktivitäten im Futtermittelsektor - der ist 2007 zum letzten Mal aufgelegt worden -, wo regelmäßig unabhängig von dem Skandal, über den wir reden, Proben gezogen werden, im konkreten Fall zehn Monitoring-Proben vornehmlich bei Rindern, die auf der Weide gehalten werden und bei denen dadurch die Dioxinbelastung in der Regel höher ist als bei den Stallrindern. Demnach haben auch die Ergebnisse eine längere Aussagekraft. Es wird überprüft, ob sich die Belastung in der Zwischenzeit verändert hat. Die Proben sind jedes Jahr zu ziehen und werden dann fortgeschrieben. Das hat also mit diesem Skandal nichts zu tun. Bei den zehn Proben, die in der Tat Ende Oktober an das Amt geschickt worden sind, lagen vier unter dem Höchstwert, sechs Proben stehen noch aus. Das hat also mit dem Skandal gar nichts zu tun, sondern hat etwas zu tun mit der verantwortungsvollen Feststellung, wie sich die Dioxinbelastung in einer Region über die Jahre hinweg entwickelt.

Meine Damen, meine Herren, ich komme zum Ruf nach amtlichen Kontrolleuren und beziehe mich auf Herrn Rücker, Sprecher der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch: „Selbst wenn wir zehn Mal so viele Kontrolleure hätten wie heute, könnten sie nur Stichproben nehmen und nicht mehr. Um eine wirklich flächendeckende Kontrolle hinzubekommen, müssen wir die Unternehmen verpflichten, dies selbst zu tun.“ Das muss natürlich von den Behörden überwacht werden. Genau das ist das, was wir gestern auch in Berlin besprochen und verabredet haben. Die Forderung, neben jedes Ei einen Kontrolleur zu stellen, entbehrt jeder Geschäftsgrundlage.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Zuruf von der LINKEN: Das hat niemand behauptet.)

Ich freue mich und möchte noch mal sehr deutlich machen, dass wir uns sicherlich über die Fraktionsgrenzen hinweg einig sind, dass das Ziel - das unterstelle ich auch bei Ihnen - der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ist. Uneinig sind wir uns offensichtlich aber darüber, wie ein solcher Schutz aussehen soll. Was an krimineller Energie dazu geführt hat, dass wir in diesen großen Skandal reingekommen sind, brauche ich nicht weiter auszuführen. Dazu ist es bei uns glücklicherweise, weil wir im Süd-Kreislauf sind, nicht gekommen.

(Minister Weisweiler)

Stand bis Donnerstag, 13. Januar, war entsprechend der offiziellen Meldung vom Bund und den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen: Keine Lieferung belasteter Lebensmittel oder Futtermittel. Dann ist Folgendes passiert. Die kriminelle Energie eines Einzelnen hat sich dann nach dem 13. Januar über das Gemeinwohl gestellt. Da hat ein Landwirt aus Niedersachsen an der amtlichen Sperrung seines Betriebes vorbei Eier in den Handel gebracht. Wir haben dann natürlich gesagt, es könnte theoretisch möglich sein, dass von diesem Bauern auch Eier in das Land gekommen sind.

Dann haben wir unmittelbar am Morgen des Freitag, 14. Januar, reagiert, haben Lebensmittelkontrolleure rumgeschickt, 878 Einzelhandelsbetriebe vor Ort noch einmal mit einem Informationsblatt versehen, wo in der Tat dann die Betriebe aufgeführt waren, wo in der Zwischenzeit eine Dioxinbelastung festgestellt worden war, beziehungsweise explizit dieser eine Betrieb, der rechtswidrig Eier verkauft hatte. Das war etwas, um den Verbraucher einzubinden und deutlich zu machen, dass hier theoretisch etwas hätte passieren können. Das hat eine sehr ordentliche Resonanz in der Bevölkerung gefunden. Die Wahrnehmung, die Sie haben, habe ich nicht. Ich glaube, damit haben wir einen guten Beitrag geleistet in einer Sondersituation, die wiederum ein irreguläres Verhalten zum Hintergrund hatte.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Noch einige Anmerkungen zu Ihrem Antrag. Das sind die Vorurteile, die natürlich gegen Politiker bestehen: sie würden viel reden, aber nichts sagen. Was ich aber noch schlimmer finde - und das ist heute Morgen passiert -, das ist Beunruhigung in der Bevölkerung schüren ohne Hintergrund.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich komme zum Thema Dioxinlabor im Saarland. Wir haben uns natürlich noch mal mit der Sache beschäftigt und mit der Frage, wie das Dioxinlabor und die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Bundesland Rheinland-Pfalz entstanden ist. Ende der Achtzigerjahre gab es eine Vereinbarung, unterschrieben von dem damaligen Wirtschafts- und Agrarminister Hoffmann. Dann wurde Anfang der Neunzigerjahre vom Staatlichen Institut für Gesundheit und Umwelt (SIGU) untersucht, ob man nicht doch trotz dieser Vereinbarung ein eigenes Institut einrichten sollte. Das hätte damals zwei bis drei Millionen D-Mark gekostet. Die jährlichen Kosten hätten deutlich mehr als 100.000 DM betragen. Angesichts der Preisentwicklung können wir davon ausgehen, dass das, was damals D-Mark war, heute Eurobeträge sind.

Aus guten Gründen hat sich dann damals auch die SPD-Regierung gegen die Einrichtung eines eigenen Labors entschieden. Das Aufspüren von Dioxinen ist ein komplexer analytischer Vorgang. Ein lan-

deseigenes Labor neu einzurichten, wäre nach unserem Verständnis sinnloser Luxus, den sich nicht einmal das wesentlich größere Land Hessen und Thüringen leisten. Thüringen und Hessen arbeiten auch mit anderen Bundesländern zusammen, und die Voraussetzungen im Saarland sind keineswegs günstiger.

Erst messen - dann essen, so nennen Sie das, Frau Ries. Das klingt schön simpel und reimt sich sogar. Da könnte man ja denken, da muss etwas dran sein. Aber es hilft überhaupt nichts, das Steak erst in der Fleischtheke auf Dioxin zu untersuchen. Die Kuh darf schon kein Dioxin gefressen haben. Genau das ist die Voraussetzung, die wir schaffen müssen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Solche populistischen Äußerungen, erst messen - dann essen, sind Aussagen, die der Komplexität der Angelegenheit nicht gerecht werden. Sie sind nicht Sache der Landesregierung. Wir sind ehrlich mit den Menschen im Lande, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Lebensmittelkontrolle kann immer nur risikoorientierte Stichprobenkontrolle sein. Deshalb hatte ich schon bei Bekanntwerden des Skandals gefordert, dass alle Maßnahmen, die man jetzt ergreift, am Beginn der Wertschöpfungskette ansetzen müssen, nämlich bei der Futtermittelproduktion. Genau das sind die Dinge, die auch gestern in aller Verantwortlichkeit miteinander besprochen worden sind. Ich hätte eigentlich erwartet, dass nach dieser sehr verantwortungsvollen Diskussion und Beschlussfassung von gestern Sie Ihren dünnen Antrag, meine Damen, meine Herren von der SPD, zurückgenommen hätten.

Der Skandal hat erneut deutlich gezeigt, wie wichtig die Rückverfolgbarkeit der Waren zu jedem Zeitpunkt in der Lieferkette ist. Wir haben deshalb unser Landesamt angewiesen, bei den Betriebskontrollen verstärkt zu prüfen, ob die Betriebe zeitnah ihren Wareneingang und Warenausgang belegen können. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Meine Damen, meine Herren, der beste Kontrolleur - davon bin ich zutiefst überzeugt - ist der informierte und mündige Verbraucher selbst. Er muss wissen, wenn etwas nicht stimmt mit einem Lebensmittel, damit er sich bewusst für oder gegen den Kauf entscheiden kann.

Was gestern beschlossen worden ist, ist ein guter Start in eine Welt, die auch schon von Frau Künast - so habe ich es noch einmal nachgelesen - versucht worden ist und die, so mein Gefühl, jetzt die Chance hat realisiert zu werden. Somit können wir davon ausgehen, dass der Lebensmittelskandal, der hier entstanden ist, in der Form nicht wieder eintreten wird.

(Minister Weisweiler)

Meine Damen und Herren, ich habe wiederholt gesagt, der gestrige Tag war ein guter Tag für die saarländischen Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland insgesamt. Wir können auch in Zukunft natürlich kriminelles Verhalten nicht gänzlich ausschließen, aber es ist nach dem gestrigen Tag weniger wahrscheinlich geworden. Wir können den Verbraucherinnen und Verbrauchern sagen, wir haben etwas erreicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Isolde Ries. Ich darf darauf hinweisen, dass noch eine Restredezeit von 24 Sekunden für die SPD besteht. Die Fraktion DIE LINKE hat eine Restredezeit von genau 2 Minuten. Sie hat sie übertragen, sodass also für die SPD eine Redezeit von 2 Minuten und 24 Sekunden besteht. - Frau Kollegin Ries, Sie haben das Wort.

Abg. Ries (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister Weisweiler, was ist wichtig: Proben ziehen oder Proben analysieren? Wir haben hier nicht gesagt, überall müssen Proben gezogen werden, sondern Stichproben. Sie haben seit 2009 kein einziges Lebensmittel im Saarland nach Dioxin untersucht. Ich habe hier den Bericht über den mehrjährigen nationalen Kontrollplan. Das Saarland hat sowieso immer nur die zehn Pflichtproben genommen, die notwendig sind. Diese zehn Proben sind im Jahr 2010 nicht genommen worden. Wenn Sie erzählt haben, wir haben Proben gezogen, dann ist jeder Verbraucher im Saarland davon ausgegangen, dass die Proben auch analysiert worden sind. Sie sagen, von den Proben, die im Oktober nach Speyer geschickt worden sind, würden jetzt vier Ergebnisse vorliegen. Was nützen uns diese Ergebnisse und die, die ausstehen? Seit 85 Tagen sind die unterwegs. Die Proben sind von Mai, Juni und September. Die Tiere, die damals beprobt worden sind, sind längst gegessen. Also kann man den Menschen überhaupt nicht mehr helfen, selbst wenn einmal ein positives Ergebnis herauskäme.

Die Zahl 85 Tage zeigt doch, dass wir eigene Kontrollen durchführen müssen. Wir wollen kein eigenes Dioxinlabor hier im Saarland. Wir haben ein Labor im Saarland, das ein hochauflösendes Massenspektrometer besitzt und die Grundlage für die Dioxinmessung hat. Es braucht lediglich ein Untersuchungskit im Wert von 10.000 bis 12.000 Euro.

Auch die Verbraucherzentrale des Saarlandes sagt, die Analysezeiten sind zu lange. Wenn wir innerhalb von drei Tagen analysieren können, dann können wir die Produkte noch aus dem Regal nehmen; die

Produkte sind dann nicht gegessen. Was Sie jetzt machen, ist nur, den Leuten die Augen zuzuschmieren, weil alles, was Sie beproben, schon gegessen ist, wenn die Ergebnisse vorliegen. Deshalb verlangen wir das von Ihnen.

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Glauben Sie mir, die Verbraucherzentrale hat mehr Ahnung als viele, die heute hier geredet haben. - Wenn jemand hier verschweigt und davon redet, dass Handeln und Ehrlichkeit angesagt sei, dann muss die Landesregierung noch Einiges lernen.

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Kollege Tobias Hans. Er spricht für die CDU-Fraktion. Ihm stehen noch 38 Sekunden zur Verfügung. Die FDP hat 3 Minuten und 15 Sekunden Restredezeit. Die wird übertragen, sodass es 3 Minuten und 53 Sekunden für die CDU sind. Bitte schön, Herr Kollege.

Abg. Hans (CDU):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Ries, wer hier wirklich noch etwas lernen muss, das ist doch Ihre Person. Weil Sie es nicht verstanden haben und nochmals behaupten, es wurden keine oder zu wenige Proben gezogen, sage ich es Ihnen noch einmal:

(Sprechen.)

Die zehn Proben, die gezogen wurden, haben nichts zu tun mit den aktuellen Dioxinfunden in Lebensmitteln beziehungsweise in Futtermitteln, die an Tiere verfüttert worden sind! Diese zehn Proben haben etwas damit zu tun, dass ein Monitoring gemacht wird. Es soll herausgefunden werden, wie stark unser Weideland belastet ist. Ich habe es Ihnen eben gesagt. Die EU setzt ihre Richtwerte danach fest. Sie hat den Richtwert für Dioxinfunde im Millionstel-Gramm-Bereich bei Fischen hoch gesetzt, weil durch solches Monitoring festgestellt worden ist, dass das möglicherweise ein unvermeidbarer Anteil in den Lebewesen ist, die verzehrt werden. Dazu dienen diese Proben.

Sie haben nichts mit den aktuellen Dioxinfunden in Lebensmitteln beziehungsweise in Futtermitteln zu tun. Wir wissen aus der Kontrolle von Futtermitteln, wie sie in den betroffenen Ländern durchgeführt worden sind, dass keine Chargen ins Saarland gekommen sind. Wir wissen auch, dass wir hier im Saarland im Moment nicht betroffen sind. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit diesen Proben zu tun. Sie haben es nicht verstanden. Eben lese ich, Sie haben schon eine Presseerklärung herausgegeben: SPD deckt Lebensmittelskandal im Saarland auf. Ich sage Ihnen, so etwas ist verantwortungslos,

(Abg. Hans (CDU))

Frau Kollegin Ries. Es spielt mit den Interessen der Verbraucher. Hier werden Verbraucher hinters Licht geführt und zwar durch Ihre Fraktion und Sie, Frau Kollegin Ries. Das ist unmöglich!

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsfractionen. - Sprechen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Isolde Ries. Die Redezeit beträgt noch elf Sekunden.

(Sprechen. - Zuruf: Pfui.)

Abg. Ries (SPD):

Herr Hans, es ist eine Sauerei, wenn Sie das von den zehn Proben sagen. Natürlich hat keiner behauptet, dass die irgendetwas mit diesem aktuellen Dioxinkontrollplan zu tun haben.

(Lautes, erregtes Sprechen.)

Es geht darum, dass der Minister auf Nachfrage der Saarbrücker Zeitung und des Saarländischen Rundfunks gesagt hat, wir haben im Saarland zehn Proben im Jahr 2010 genommen.

Präsident Ley:

Frau Kollegin Ries, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Abg. Ries (SPD):

Wir haben deutlich gemacht, dass die Proben nur genommen wurden, aber nicht analysiert wurden. Im aktuellen Skandal ist keine einzige Probe gezogen worden. Und dann davon zu reden, im Saarland sei alles - -

Präsident Ley:

Frau Kollegin Ries, ich darf - -

(Die Rednerin kehrt an ihren Platz zurück.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Deshalb kommen wir zur Abstimmung über die Anträge.

Zunächst einmal zum Antrag der SPD-Landtagsfraktion Drucksache 14/379. Wer für die Annahme der Drucksache 14/379 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/379 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Oppositionsfraktionen bei Ablehnung der Koalitionsfraktionen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/383. Wer für die Annahme der Drucksache 14/383 ist, den bitte

ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/383 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen bei Ablehnung der Oppositionsfraktionen und Enthaltung von zwei Kolleginnen der Fraktion DIE LINKE.

(Sprechen. - Zuruf: Ist falsch.)

Ist falsch, wird mir gesagt. - Ich habe zwei Kolleginnen gesehen, Herr Kollege Schumacher, die sich enthalten haben und mir gegenüber auch signalisieren, dass sie sich enthalten haben. Also war es doch richtig.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung

Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 5) (Drucksache 14/377)

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 14/377 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/377 einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 14/382)

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 14/382 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/382 einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche noch ein fröhliches Arbeiten.

Anlage

Namentliche Abstimmung

Tagesordnungspunkt 8: Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Zukunft der Bundeswehrstandorte im Saarland (Drucksache 14/381)
(Seite 1400 des Plenarprotokolls)

1. Abg. Becker, Günter (CDU)	Nein
2. Abg. Biendel, Silke (SPD)	Nein
3. Abg. Prof. Dr. Bierbaum, Heinz (DIE LINKE)	Ja
4. Abg. Commerçon, Ulrich (SPD)	-
5. Abg. Eder-Hippler, Elke (SPD)	nicht anwesend
6. Abg. Ensich-Engel, Dagmar (DIE LINKE)	Ja
7. Abg. Georgi, Ralf (DIE LINKE)	Ja
8. Abg. Hans, Tobias (CDU)	Nein
9. Abg. Dr. Hartmann, Christoph (FDP)	-
10. Abg. Heib, Dagmar (CDU)	Nein
11. Abg. Heinrich, Günter (CDU)	Nein
12. Abg. Hinschberger, Horst (FDP)	Nein
13. Abg. Hoffmann-Bethscheider, Cornelia (SPD)	Enthaltung
14. Abg. Huonker, Birgit (DIE LINKE)	Ja
15. Abg. Jacoby, Peter (CDU)	Nein
16. Abg. Gerhard Jene, Hans (CDU)	Nein
17. Abg. Jochem, Karl-Josef (FDP)	Nein
18. Abg. Jost, Reinhold (SPD)	Nein
19. Abg. Dr. Jung, Magnus (SPD)	Nein
20. Abg. Kolb, Gisela (SPD)	Nein
21. Abg. Kramp-Karrenbauer, Annegret (CDU)	nicht anwesend
22. Abg. Kugler, Heike (DIE LINKE)	Ja
23. Abg. Kühn, Christoph (FDP)	Nein
24. Abg. Kuhn-Theis, Helma (CDU)	Nein
25. Abg. Kütten, Edmund (CDU)	Nein
26. Abg. Lafontaine, Oskar (DIE LINKE)	Ja
27. Abg. Ley, Hans (CDU)	Nein
28. Abg. Linsler, Rolf (DIE LINKE)	Ja
29. Abg. Maas, Heiko (SPD)	nicht anwesend
30. Abg. Meiser, Klaus (CDU)	Nein
31. Abg. Müller, Peter (CDU)	nicht anwesend
32. Abg. Pauluhn, Stefan (SPD)	Nein
33. Abg. Rauber, Karl (CDU)	Nein
34. Abg. Rehlinger, Anke (SPD)	nicht anwesend
35. Abg. Ries, Isolde (SPD)	Nein
36. Abg. Rink, Gisela (CDU)	Nein
37. Abg. Roth, Eugen (SPD)	Nein
38. Abg. Scharf, Hermann-Josef (CDU)	nicht anwesend
39. Abg. Schmidt, Volker (SPD)	Nein
40. Abg. Schmitt, Christian (FDP)	Nein
41. Abg. Schmitt, Markus (B 90/GRÜNE)	Nein
42. Abg. Schmitt, Thomas (CDU)	Nein
43. Abg. Schnitzler, Lothar (DIE LINKE)	Ja
44. Abg. Schramm, Astrid (DIE LINKE)	Ja
45. Abg. Schumacher, Wolfgang (DIE LINKE)	Ja
46. Abg. Spaniol, Barbara (DIE LINKE)	Ja
47. Abg. Theis, Roland (CDU)	Nein
48. Abg. Toscani, Stephan (CDU)	Nein
49. Abg. Ulrich, Hubert (B 90/GRÜNE)	Nein
50. Abg. Wegner, Bernd (CDU)	Nein
51. Abg. Willger-Lambert, Claudia (B 90/GRÜNE)	Nein

Zusammenstellung:

Abgegebene Stimmen:	42
Davon Ja:	11
Davon Nein:	31
Enthaltungen:	1